

Nr. 22 (November 74) J 7581 EX DM 1,–

Inhaltsverzeichnis

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum: Proletarische Front c/o A. Röhm, 463 Bochum, Markstr. 118
Frankfurt: Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg: WWA c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
Hannover: Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach
Kassel: Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der ‚Auseinandersetzung', 35 Kassel, Hirtenweg 26
Köln: Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr. 27
München: Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr. 41b
Nürnberg/Erlangen: Gruppe ‚Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849
Saarbrücken: Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176
Zürich (Schweiz): Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich

Redaktionsanschrift und Bestellungen:
Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.

ISOLATIONSHAFT IST MORD



Genosse Holger Meins ist tot. Erst durch die Leiche auf dem Tisch sind Haftbedingungen, Isolationsfolter, der Kampf der RAF-Genossen im Knast, der Hungerstreik öffentliche Themen geworden: nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der linken Öffentlichkeit. Das ist zynisch, aber es ist so. Was bisher Sache der Anwälte, des Komitees gegen die Folter und Rote Hilfe war, mobilisiert plötzlich die gesamte Linke (mit Ausnahme der DKP, die in der „uz" weiterhin von „Baader-Meinhof-**Bande** schreibt). Welche Konsequenzen müssen wir aus dem Hungerstreik, dem Tod von Meins und der plötzlichen Mobilisierung nicht nur der Linken ziehen?

Vorbehaltslose Solidarität mit den gefangenen RAF-Genossen

Wir reden da nicht von den Marxisten-Leninisten: daß für die die Solidarität zumeist eine taktische Sache ist, ist klar. Wir müssen von uns selbst reden: von unserer zaghaften Solidarität mit den RAF-Genossen, von unsern Fehlern. Zwar haben wir immer „Solidarität mit der RAF!" gerufen, praktisch aber ist es uns nicht gelungen, solidarisch zu sein: eine wirkliche Solidaritäts**arbeit** für die RAF-Geossen haben wir nicht gemacht. Es gibt Genossen, die sagen dazu: es war gar nicht möglich, diese Solidaritätsarbeit zu organisieren, und zwar liegt das an der RAF selbst; mit ihrer sektiererischen Politik hätten sie sich so konsequent in die Isolation manövriert, daß es nicht mehr möglich sei, die praktische Solidarität mit diesen Genossen zu organisieren. Daran ist zunächst sicher richtig, daß eine inhaltliche, politische Auseinandersetzung von den RAF-Genossen teilweise selbst abgeblockt worden ist und daß die RAF-Genossen oft nur ein funktionelles Verhältnis insbesondere zur Spontiscene entwickelt hatten. Das partielle Instrumentalisieren Einzelner, das moralische unter Druck setzen hat bei vielen Angst und Abwehr ausgelöst, Angesichts der umfassenden Verfolgungsmaßnahmen und der Vernichtungshaft hat für uns jedoch bedingungslos zu gelten: die Stärke einer revolutionären Organisation oder Gruppe muß gerade darin liegen, daß ihr Verhältnis zu allen, die kämpfen und dem Zugriff des bürgerlichen Gewaltapparats ausgesetzt sind, vorrangig von bedingungsloser Solidarität geprägt ist; daß die Probleme aller, die kämpfen, auch als die eigenen Probleme betrachtet werden; daß man die Kämpfenden dann, wenn sie einem nicht passen, nicht ausgrenzt und abschiebt, sondern zu sich zählt. Abgrenzen: das ist die Sache der ML-Parteien; alles betrachten und beurteilen nach der Linie und dem Nutzen für die eigene Organisation. Revolutionäre Politik aber heißt: Auseinandersetzung auf der Basis von Solidarität. Eine revolutionäre Organisation wird für die **Massen** dadurch glaubhaft, daß sie zu allen Ansätzen von Widerstand ein offenes Verhältnis hat, daß es ihr nicht um ihre Eigeninteressen, sondern immer nur um die Sache geht. Die vorbehaltlose praktische Solidarität der gesamten Lin-

ken wäre ein Beispiel dafür gewesen — das vielleicht auch ein wenig Einfluß auf die Massen gehabt hätte, denen der kleinliche Streit zwischen den linken Organisationen ungeheuer verdächtig ist.

Alles was sich so politisch links von Jusos-DKP tut wird ohnehin den Linken insgesamt zugerechnet, was für uns bedeutet, daß es so etwas wie ein Innen- und Außenverhältnis gibt. Der Bonner Rathaussturm, Häuserkampf, Rüdesheimer Denkmalsschändung, die Bombe im Shellhochhaus, die Aktion bei der Friedenspreisverleihung kurzum alles, was an diesbezüglichen Aktionen so läuft, beinhaltet ein identisches Verhältnis zur Staatsgewalt, zumindest von der Verfolgungssituation her. Das bedeutet, daß Abgrenzung und Distanzierung politisch nichts bringt, die Linke sich in Permanenz als schwachsinniger Chaotenhaufen produziert und außerdem einzelne Teile und Fraktionen der Linksradikalen der Verfolgung des Staatsapparates preisgegeben werden.

Wir haben diese Solidarität nicht praktiziert — und damit zur weiteren Isolierung der RAF-Genossen beigetragen; es fiel dem Staatsapparat so nicht schwer, erbarmungslos auf die Genossen im Knast einzuschlagen. Wir haben immer gesagt: Solidarität **und** Kritik; gemacht haben wir **nur** die Kritik. Eine Kritik, die zu einem Gutteil auch Rationalisierung der eigenen Angst davor, praktische Solidarität zu üben, war.

Warum will die Justiz die RAF-Genossen vernichten?

Die RAF hat sich zum Ziel gemacht gegen Unterdrückung und Ausbeutung mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. In einer Zeit, wo in Vietnam, Südamerika und Südafrika Millionen von Menschen gegen Großgrundbesitzer, Fabrikbesitzer und ihre Armeen kämpfen, haben sie den Entschluß gefaßt, die Herrschenden in der BRD zur Rechenschaft zu ziehen und sich in diesen Kampf gegen den Imperialismus einzuordnen. Sie haben den kapitalistischen Staat unmittelbar auf der Ebene der Macht (im militärischen Sinn) angegriffen. Ohne in diesem Kampf Ausdruck einer breiten proletarischen Massenmilitanz zu sein, einer breiten revolutionären Bewegung, beinhaltet dies das zentrale Problem und die wesentliche Schwäche dieses Ansatzes. Die militärische Zerschlagung war die logische Konsequenz.

Der Kampf der Genossen aber war mit den Verhaftungen vom Sommer 72 keineswegs beendet: keiner der Genossen hat sich das Leben genommen, sie alle haben versucht, unter den Bedingungen des Knasts weiterzukämpfen. Auch das müssen wir begreifen: was da passierte seit Sommer 72 war nicht nur Leiden isolierter Gefangener, **sondern ein Teil des Klassenkampfs in der BRD.** Die Genossen haben im Knast politisch gearbeitet, Kontakte aufgenommen zu den Häftlingen etc. Und sie haben damit deutlich gemacht, daß ein Revolutionär, auch dann nicht am Ende ist, wenn er der Knarre, aller Mittel und Instrumente, aller natürlichen Möglichkeiten und Kontakte beraubt ist. Sie haben im Knast demonstriert, daß der Mensch auch dann nicht besiegbar ist, wenn er noch ein von allem anderen abgeschnittenes Wesen ist; sie haben unter den Bedingungen des Knasts gezeigt, daß die kapitalistische Gewalt nicht allmächtig ist. Die große Herausforderung, den Gefängnismechanismus bewußt außer Kraft zu setzen, sich gegen die psychische Zerstörung durch jahrelange Haft zu wehren, ist der wahre Grund für die Verhängung der Isolationsfolter über die Genossen: sie soll klarmachen, daß **jeder** Widerstand gebrochen werden kann. Und dazu ist jedes Mittel, auch das barbarischste, recht. Isolationshaft: das bedeutet Vernichtung des Menschen, keinerlei sinnlichen oder verbalen Kontakt zur Außenwelt mehr, die Reduzierung des Menschen auf einen Klumpen Fleisch, bedeutet vorsätzlichen Mord. Die Genossen der RAF haben angenommen: der Hungerstreik auf Leben oder Tod ist **ihr** letztes Mittel, sich die Rechte „normaler" Gefangener zurückzuerobern, sich eine neue Basis zu leben und zu kämpfen zu schaffen.

Der völlige Verzicht auf sämtliche humanitäre und menschenrechtliche Bestimmungen und Erwägungen in der bürgerlichen Presse und der Tod von Holger Meins haben gezeigt, daß der Staat hier ums Ganze und ums Prinzip kämpft. Alleine und isoliert wie bisher wären die Genossen der RAF verloren. Sie brauchen die Unterstützung von außen. So zynisch es klingt: erst mit dem Tod von Holger Meins sind Bedingungen für diese Unterstützung geschaffen. Das Schweigen der bürgerlichen Presse ist gebrochen, von Hungerstreik, Isolationsfolter wird geredet. Aber machen wir uns nichts vor: es gibt keine Automatik bürgerlicher Öffentlichkeit, in der sie das Versäumte nachholen wird und über den Prozeß der Meinungsbildung reale Veränderungen erreichen wird; sie ist käuflich und dreckig und wird so schnell sie kann, wieder schweigen. Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß auch weiterhin von Hungerstreik und Isolationsfolter die Rede ist, daß sich was ändert.

Der Kampf gegen die Isolationshaft ist kein „demokratischer Kampf"!

Wie können wir den Kampf der RAF-Genossen im Knast wirkungsvoll unterstützen? Das Hauptgewicht unserer Anstrengungen muß ganz eindeutig darauf liegen, die Folter als Folter zu denunzieren, eine öffentliche Meinung zu schaffen, daß diese Folter rechtswidrig und illegal ist und daher sofort abgeschafft werden muß. Daß militante Aktionen — wie sie in mehreren Städten stattfanden — mit dazu beitragen, ist schon deshalb klar, weil sich darin eine breite Solidarität ausdrückt, der tätige Wille der Vernichtung eines Teils der Linken entschlossen entgegenzutreten. Aber der Erfolg dieses Kampfes wird nicht durch den Grad der entfalteten Straßenmilitanz erreicht werden können, sondern solche Aktionen müssen einen anderen Schwerpunkt haben: sie müssen sich Institutionen, Persönlichkeiten etc. vorknöpfen, die dank ihrer Funktion für eine Argumentation gegen die Folter empfänglich sind **und** in der Lage sind, real etwas auszurichten. Die Berliner Kirchen-Aktion z. B. geht in diese Richtung. Die Mobilisierung einer liberalen Öffentlichkeit, die Auseinandersetzung mit humanitären und ähnlichen Organisationen ist kein halbherziger „demokratischer Kampf", sondern das einzige Mittel der Unterstützung der RAF-Genossen, das wirkungsvoll werden kann, genau wie der Kampf der RAF-Genossen gegen die Isolationsfolter kein „demokratischer", sondern Teil ihres revolutionären Kampfes ist.

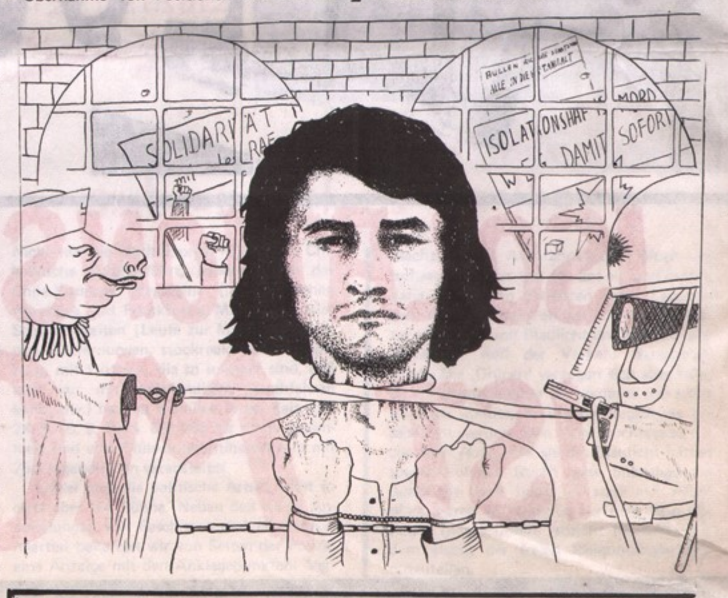
Um es deutlich zu sagen: nichts gegen eingeschmissene Fensterscheiben von Justiz und Banken — aber: die Genossen, die jetzt steineschmeißend durch die Gegend ziehen, darin die adäquate Unterstützung der RAF-Genossen sehen, befriedigt nach Hause gehen und alles andere Sache der Demokraten und pazifistischen Genossen sein lassen, unterliegen einem schwerwiegendem Fehler, denn sie tun nichts Falsches, unterlassen aber das Wichtigste. Der Kampf gegen die Isolationsfolter wird nur dann erfolgreich geführt werden können, wenn es uns gelingt, den Widerspruch in der Bourgeoisie über Art, Inhalt und Ausübung des Unterdrückungsapparates soweit zu treiben, daß die Sonderbehandlung der RAF-Genossen beendet wird. Die Mobilisierung von liberaler Öffentlichkeit, von prominenten Humanisten (das ist nicht gering-schätzig gemeint), das Druckausüben auf Institutionen — all das erfordert auch Aktionen und praktisches Handeln. Wir werden nur dann etwas erreichen, wenn wir uns massenhaft darüber klarwerden, daß darin die Hauptaufgabe für Revolutionäre in der Unterstützung der RAF-Genossen liegt.

Unter diesem Aspekt wird man auch das Ableben des Herrn von Drenkmann beurteilen müssen. Eine Nachfolgeorganisation der RAF hat den Tod von Holger Meins als Signal verstanden, sie haben ihre Trauer und ihren Haß in Handlung umgesetzt. Der Tod des Kammergerichtspräsidenten muß deshalb als Antwort verstanden werden, als Antwort auf die gegen die RAF-Genossen gerichtete Vernichtungshaft. Darin drückt sich ein legitimes Rachebedürfnis aus, eine Position in der die Linken ihren Status als permanentes Opfer der Staatsgewalt verlassen, verlassen müssen, um den ernsthaften Willen zu dokumentieren, die Verhältnisse in diesem Land radikal zu verändern.

Zunächst hat der Tod von Drenkmann eindeutig die politische Situation verändert. In den Mittelpunkt der staatlichen Propaganda konnte wieder der „Antiterrorismus" gestellt werden, das Sicherheitsgeschwafel: konnte abgelenkt werden von der Ermordung von Holger Meins, dem barbarischen Verhalten der Justizorgane; im Gegenteil wird im Augenblick versucht, daraus eine nachträgliche Legitimation zu gewinnen für die praktizierten Haftbedingungen, wird versucht, die nächsten Toten schon moralisch zu legitimieren. Wir meinen, daß diese Aktion kein positiver Beitrag zum Kampf gegen die Isolationsfolter war, daß sie die Bedingungen des Kampfes im Augenblick erschwert. Sie hat nicht den Stellenwert von der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Blanco, die echte Massenbegeisterung ausgelöst hat und alle linke Gruppen in Spanien bestärkt hat, den Kampf gegen das brüchige System energisch fortzusetzen. Wir müssen uns im Augenblick hüten, in eine ähnliche Situation wie 1972 zu geraten, wo jeder Versuch zur Solidarität in den Bereich des § 129 gerät, was bei der jetzigen Stärke der Linken in diesem Land bedeutet, den Staatsorganen relativ hilflos ausgeliefert zu sein.

Wenn wir einerseits kritisieren und andererseits von bedingungsloser Solidarität reden, so meinen wir, daß Solidarität nicht Übernahme von Positionen bedeutet. Der Schwerpunkt der augenblicklichen Arbeit liegt für uns in der Mobilisierung dessen, was man so als demokratische Öffentlichkeit bezeichnen kann. Durch Massenaktionen auf der Straße mit allen linken Gruppen, durch Intervention bei einzelnen Prominenten, durch inhaltliche Aufklärung über das, was Isolationsfolter bedeutet, durch traditionelle Aufklärungsaktionen an Schulen und Universitäten, durch Malaktionen, durch Angriffe auf materiell verantwortliche Institutionen, durch friedliche oder je nach dem militante Intervention bei den Massenmedien, durch Verteidigung der Anwälte, durch militante Verteidigung unserer Demonstrationen. Mit allen Mitteln glauben wir im Augenblick am ehesten, einen wirkungsvollen Beitrag zum Kampf gegen die Vernichtungshaft der RAF-Genossen zu leisten.

Eine Niederlage der RAF-Genossen ist eine Niederlage der gesamten Linken
Solidarität ist eine Waffe!



Kann man die Arbeiterklasse verhöhnen?

Auf einem Teach-in in Frankfurt zwei Tage nach dem Tod von Holger Meins wurde darüber diskutiert, wie der Kampf der RAF-Genossen im Knast von revolutionären Linken unterstützt werden muß. Ein Genosse sagte, er sehe jetzt keinen Sinn darin, mit aufklärenden Flugblättern vor die Betriebe zu gehen: viel zu tief sei die RAF-Hyterie bei den Arbeitern noch verankert. Da rief ihm ein ML-Genosse zu: „Du verhöhnst die Arbeiterklasse."

Möglicherweise hätte eine kontinuierliche Aufklärung über die RAF, ihre Strategie und auch über ihre Verfolgung schon einen Sinn (allerdings nur, wenn sie von jeglichem Opportunismus und Abgrenzung frei wäre — und dazu gehört vor den Betrieben Mut!). Eins aber ist klar: wenn wir den Hungerstreik der RAF-Genossen **wirkungsvoll** unterstützen wollen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß das Hauptgewicht dieser Arbeit nicht darauf liegen kann. Die ML-Genossen ziehen mit allem und jedem vor die Betriebe — wegen dem Bezug zur Arbeiterklasse, die ja die bekanntlich einzige ist, welche das kapitalistische System stürzen kann. Wir halten diese Methode für völlig abstrakt und politisch für gefährlich. Denn sie sieht nicht die heute noch **riesige** Kluft zwischen der revolutionären Linken und den Massen. Diese Kluft nicht gesehen zu haben oder zu sehen, das war und ist ein zentraler Fehler vieler revolutionärer Organisationen: die revolutionäre Organisation (Partei) wird nicht als Entwicklungsprozeß betrachtet, in dem sich Inhalte schrittweise zu verankern, zu verändern und auszuweisen haben — die revolutionäre Organisation gibts immer schon, sie ist die Führerin der Massen; so ist es nur logisch, daß jedes Problem der revolutionären Organisation zugleich auch unmittelbar eins der Massen ist. Das ist eine traurige Tradition: der revolutionären Organisationen, die sich selbst ungeheuer überschätzt haben und eine Politik neben der Realität und in die Niederlage hinein gemacht haben.

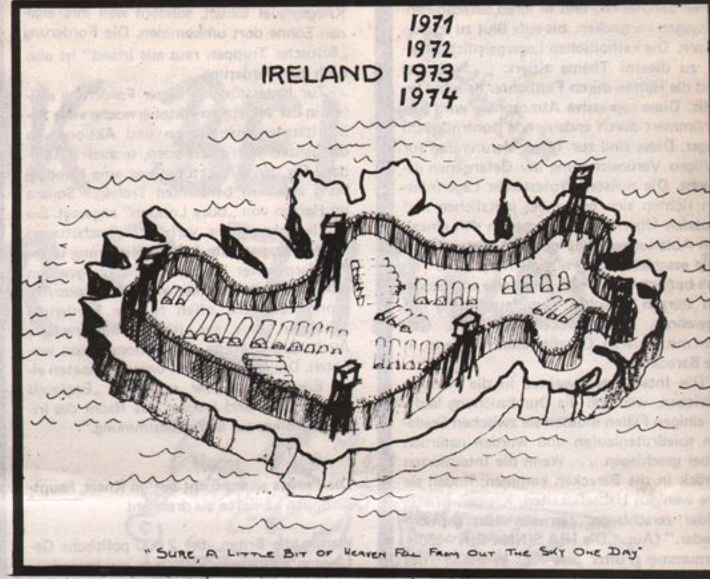
Wir müssen heute ganz klar sagen: die revolutionäre Position ist heute in der BRD ungeheuer minoritär. Die Probleme der Linken haben natürlich etwas mit denen der Massen zu tun — es gibt aber heute noch Inhalte und Probleme, die hauptsächlich oder sogar fast ausschließlich die Linke allein betreffen und die sie in diesem Bewußtsein auch angehen muß. Ein Beispiel ist die Solidarität mit der RAF: sicher hat die RAF zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg in der BRD die Frage des bewaffneten Kampfs praktisch aufgeworfen und ist darin auch auf Massenebene von ungeheurer Bedeutung gewesen — die Solidarität mit der RAF aber ist fast ausschließlich Sache der Linken und bleibt es auch, wenn man damit vor die Betriebe rennt. Wir betonen das, weil es von allgemeiner Bedeutung ist: man kann eine ernsthafte revolutionäre Politik, die das Getto wirklich verläßt, nur dann machen, wenn man sich über die begrenzten Möglichkeiten der Revolutionäre im klaren ist (was da Unklarheit und Verblendung bedeuten, belegt die Berichterstattung von KPD und KBW über ihr Abschneiden bei den Landtagswahlen: man jubelt über ein paar tausend STimmen und schweigt über die Millionen SPD- und CDU/CSU-Stimmen!). Das ist kein Abwiegeln und kein Eintreten für die „Politik der kleinen Schritte". Das ist ein Eintreten für eine Politik, die sich über eins im klaren ist: revolutionäre Initiativen müssen sich zwar klar als solche inhaltlich ausweisen — sie können heute aber in den verschiedenen Ansätzen von Bewegung und Kämpfen der Massen nie mit Führungsanspruch auftreten; sie müssen sich strikt nur an eins halten: dazu beitragen, daß diese Ansätze sich weiterentwickeln können.

Und noch eins: die Arbeiterklasse kann man nicht „verhöhnen" — wir haben kein moralisches Verhältnis zu ihr. Wenn es unter der Arbeiterklasse RAF-Hysterie und auch faschistoide Tendenzen gibt, dann muß man das zur Kenntnis nehmen, um es bekämpfen zu können. Der Genosse, der vom Hohn sprach, sollte mal regelmäßig den faschistischen Roman „Ein Mann sieht rot" lesen, der gerade in Fortsetzungen in der Bild-Zeitung erscheint. Und dann sollte er sich anhören, wie in den Betrieben darüber geredet wird!

Einige Genossen des RK

LONG KESH BRENNT
von einer Ecke bis zur anderen!

Zum Aufstand der IRA-Gefangenen



Zeichnung eines Internierten aus dem britischen KZ LONG KESH

Als am 15. Oktober 1974 um 21.30 Uhr britische Soldaten wie schon so oft im Konzentrationslager Long Kesh erschienen, war das Maß voll. Die Gefangenen und Internierten machten ihre lange angekündigte Drohung wahr und begannen, das Lager anzuzünden. Während ein Teil der Häftlinge damit begann, die Nissen-Hütten des KZ niederzubrennen, verteidigte der andere Teil mit Zaunlatten und winzigen Stöckchen bewaffnet diese Aktion gegen die sofort eingesetzten schwerbewaffneten britischen Soldaten. Um 22 Uhr brannte das Lager von einem Ende bis zum anderen. Die Flammen konnten noch in fünf km Entfernung gesehen werden, von Minute zu Minute setzten die Gefangenen mehr Gebäude in Brand. Mehrere der großen Wachtürme standen in Flammen, sie begannen einzustürzen und fielen zu Boden, ein sehr eindrucksvolles Bild! Zu dieser Zeit zogen sich die Sicherheitskräfte – Soldaten, Wärter usw. – zum äußersten Rand des Lagers zurück – bis zum Morgengrauen. Sie machten zu dieser Zeit keinen Versuch, die Feuerwehr zu holen. Die Gefangenen und Internierten brachen alle aus ihren Käfigen aus und vereinigten sich mit denen aus anderen Käfigen. Während der Nacht machte die britische Armee nicht den Versuch, „die Lage unter Kontrolle zu bringen".

Im Morgengrauen des 16. Oktobers begannen britische Armee-Hubschrauber im Tiefflug Kanister mit Kampfgas über dem Lager abzuwerfen. Die Gefangenen waren alle auf den verschiedenen Fußballplätzen versammelt. Die britischen Schweine griffen eine ganze Stunde lang die „rechtskräftig" verurteilten Gefangenen mit CR-Gas an (siehe dazu Kasten über CR-Gas!). Nach dem Kampf konfiszierten die britischen Soldaten jeden Gasbehälter, den die Gefangenen als Beweisstück aufgehoben hatten. Die Gasbehälter explodierten in ca. 1 Meter Höhe über dem Erdboden und verstreuten ihre Gas-Kugeln über ein weites Gebiet. Die Gefangenen mußten sich stark übergeben, konnten sich nicht mehr bewegen und viele wurden hysterisch. Nachdem sie so die Kampfkraft der Männer geschwächt hatten, rasten 3 000 britische Soldaten herein, feuerten CS-Gas und die berüchtigten rubber-bullets (Patronen aus Hartgummi, die innere Verletzungen hervorrufen, aber keine äußerlich sichtbaren Wunden) auf die Gefangenen und spalteten sie in Gruppen. Eine Gruppe von 345 Männern wurde in eine Ecke des Fußballfeldes gedrängt und die Soldaten überschütteten sie mit CS-Gas und feuerten Salve auf Salve rubberbullets, bis einige ihrer eigenen Offiziere hereinrannten und die Soldaten wegzerrten. Ein Offizier nannte seine eigenen Männer „tierische Bastarde" und befahl ihnen aufzuhören, bevor sie die Gefangenen töten konnten.

Nachdem die Gefangenen so zusammengeschlagen worden waren, mußten sie sich an den Zaun stellen und dort sieben Stunden lang stehen. Während dieser Zeit schlugen die Soldaten sie mit Gewehrläufen und traten sie mit Stiefeln und setzten die Wachhunde auf sie an.

Die protestantischen Gefangenen der UDA (Ulster Defence Association) solidarisierten sich mit der Aktion der IRA-Kämpfer und beteiligten sich daran. Ein Ausdruck der Solidarität zwischen Katholiken und Protestanten war schon der Hungerstreik gewesen, der kurz vor dem Aufstand abgebrochen wurde.

Wie die Flammen im KZ Long Kesh, so zündete die Nachricht vom Aufstand in anderen KZs und Zuchthäusern. Das KZ Magilligan bei Derry stand kurz darauf ebenfalls in Flammen. Das zerstörte die Pläne der Briten, die mehr als 90 der Gefangenen aus Long Kesh nach Magilligan bringen wollten. In Belfast im Gefängnis Crumlin Road kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Gefangenen und Wärtern.

Die tollste Aktion brachten aber die Frauen im Frauengefängnis in Armagh fertig: sie nahmen 13 Stunden lang den Knastdirektor und seine Offiziere als Geiseln fest. Erst wenn die „Männer in Long Kesh in Sicherheit sind", wollten die Frauen ihre Geiseln wieder entlassen. Die Aktion der Frauen war kommandomäßig geplant. Sie hatten den einzigen Fluchtweg der Geiseln mit Gefängnismöbeln zugestellt. Innerhalb von Minuten waren die Geiseln in einer Zelle eingeschlossen und die Gefangenen hatten sich sicher verbarrikadiert. Die Aufständischen erklärten, sie hätten genug Essen und Trinken und würden nicht aufgeben, bis sie sicher wären, daß die Männer in Long Kesh in Sicherheit seien. Sie bemalten Bettlaken mit Lippenstift mit den Parolen „Das Gefängnis ist zerstört", „Schluß mit der Internierung" und „Direktor ist Geisel". Truppen wurden zum Gefängnis gebracht, gingen aber nicht hinein. Nach 13 Stunden bekamen die Frauen die Zusicherung von Mitgliedern der Regierung, daß die Männer in Long Kesh in Sicherheit seien.

Die Unterstützung der Revolte durch die Bevölkerung

Die weithin sichtbaren Flammen von Long Kesh brachten die Bevölkerung auf die Beine. Bis zu 5 000 Leute warteten vor dem Büro der IRA-Zeitung „Republican News" in Belfast auf die Nachrichten aus den KZs und Knasts, die jede halbe Stunde veröffentlicht wurden.

In jeder Stadt im Norden gab es Proteste, Sit-ins und Widerstand gegen die britischen Soldaten. Allein in Belfast gingen 120 Autos in Flammen auf, um die verhaßten britischen Soldaten wenigstens für Stunden mit brennenden Barrikaden in Schach zu halten. In Derry kam das gesamte Geschäftsleben durch zweitägige Streiks zum Erliegen. 500 protestantische Dockarbeiter aus Belfast machten einen Solidaritätsstreik. Tausende gingen auf die Straßen, um zu demonstrieren.

Die haßgeladene Reaktion der Bevölkerung auf die Barbarei der britischen Soldaten und die ungestüme Unterstützung der Revolte brachte die feindlichen Soldaten so zum Flattern, daß ihr ungezügelter faschistischer Terror in den folgenden Tagen das „normale" Maß noch bei weitem überstieg. Mittwoch und Donnerstag Nacht fegten sie pausenlos mit ihren Panzerwagen durch die Straßen, verhafteten jeden wahllos – allein in den Falls (Stadtteil in Belfast) 400 – und als die Straßen leer waren, drangen sie in die Wohnungen ein und verhafteten weiter. Die Schweine schossen mit rubber-bullets in friedliche Protestversammlungen und verletzten damit unbewaffnete Zivilisten.

Am Samstag morgen überfuhr ein Saracen-Panzerwagen mit Absicht einen Mini-Cooper, der mit vier Personen besetzt war. Der Fahrer war sofort tot, die anderen schwer verletzt. In Ballymurphy raste der Feind mit seinen Schützenpanzerwagen mit Höchstgeschwindigkeit Tag und Nacht durch die engen Straßen der Wohnviertel und mähte alles nieder, was ihm im Wege war. – Ein 17jähriger Volunteer wurde aus dem Hinterhalt erschossen, als er unbewaffnet einen Bus besteigen wollte. Schon am Tag davor hatten ihm britische Soldaten angedroht, sie würden ihn erschießen, weil er ihnen als IRA-Kämpfer bekannt war. Das rief Massenproteste der Bevölkerung dieses Stadtteils hervor.

An allen diesen Protesten beteiligten sich Katholiken und Protestanten.

Die Entwicklung bis zum Aufstand

Die Internierungspraxis wurde am 9. August 1971 wieder aufgenommen. Interessanterweise war sich die Armee bewußt, daß dies politischer Wahnsinn sei. Den Forderungskatalog des irischen Parlaments kommentierte der General Farrar-Hockley, britischer Heeresbeauftragter für Nordirland, so: „Dieses Dokument ist militärisch nicht zu gebrauchen, moralisch abwegig und auf lange Sicht politisch selbstmörderisch."

Die Forderungen des nordirischen Parlaments waren: Verstärkung der Truppen auf 20 000 Mann – systematische Verhaftungen und Kontrollen – Bezirksdurchsuchungen – totaler Ausnahmezustand für alle katholischen Gebiete – resolute Aktionen an der Grenze nach Südirland – Einsatzerlaubnis der berüchtigten, verbotenen B-Specials Truppe gegen Katholiken.

Die englische Regierung setzte sich über die Meinung ihres eigenen Unterdrückungsapparates hinweg, und Premierminister Heath gab dem nordirischen Parlament die Erlaubnis zum „uneingeschränkten Gebrauch adäquater Maßnahmen" in der Bekämpfung des Widerstandes in Nordirland. Das bedeutete nichts anderes als den Gebrauch der vorbereiteten Notstandsgesetzgebung (Special Powers Acts): willkürliche Festnahmen, Verhöre, Folterungen und Internierungen ohne Anklage, Gerichtsverfahren und Urteil. Die Internierungen begannen.

Heute sitzen allein im KZ Long Kesh 1 500 politische Gefangene, davon ca. 700 ohne Anklage, Gerichtsverfahren und Urteil. Wer sitzt alles drin? Jeder, der verdächtigt wird, in illegale Aktivitäten verwickelt zu sein. Dazu genügt es, wenn ein Polizeioffizier erklärt, er glaube an eben diese Verwicklung. Er muß die Quelle dieses „Wissens" nicht nennen. Auf dieser Grundlage können Urteile gesprochen werden, die bis zu zweijährige Verhaftung bedeuten!

In den KZs und Gefängnissen behält die IRA ihre militärische Struktur bei. Jeder Kämpfer, der bei einer Aktion gefangen wird, wird sofort ersetzt, behält aber seinen militärischen Rang im KZ. Jede Gruppe von Gefangenen hat einen Offizier. Die IRA-Kämpfer benutzen den Zwangsaufenthalt auch, um sich theoretisch zu schulen. Solange sie in Freiheit waren, hatten sie meistens keine Zeit dazu. Denn die Briten zwingen ihnen jeden Tag den Kampf auf, weil sie ständig die irische Bevölkerung angreifen und die IRA neben ihren offensiven Angriffen auch ihre Verteidigungsaufgaben ernstnimmt – im Gegensatz zu den Officials.

Die britische Armee züchtet sich im KZ Long Kesh ihre schlimmsten Feine: die linken Tendenzen bei den Provos kommen aus Long Kesh, viele politische Gefangene, die sich dort geschult haben, kommen als Linke wieder heraus! (Bis zur Spaltung der IRA im Jahre 1969 war sie wesentlich eine republikanische bis nationalistische Bewegung.) Von den Frauen im Frauengefängnis von Armagh, die bei der Brand-Aktion in Long Kesh die Männer mit der Geiselnahme unterstützten, wird gesagt, daß sie die fortschrittlichsten sind.

Die Gefängnisausbrüche der provisional IRA sind berühmt. Erinnert sei an den Ausbruch der „Glorreichen Sieben" aus dem Gefängnisschiff Maidstone im Januar 1972. Im November 1972 befreiten Provos in einem verwegenen Handstreich drei ihrer wichtigsten Männer aus dem streng bewachten Mounjoy-Gefängnis mitten in Dublin (Südirland!) mit einem Hubschrauber. Darunter Seamus Twomey, für dessen Ergreifung als „most wanted man" die britische Regierung bis vor kurzem 330 000 DM ausgesetzt hatte!

Schließlich brachen am 18. August dieses Jahres 21 Gefangene aus dem Portlaoise-Gefängnis aus, nachdem sie mit Sprengstoff ein Loch in die Mauer gesprengt hatten. Obwohl 4 000 schwerbewaffnete Soldaten das ganze Gebiet, danach sogar andere Grafschaften absuchten, entwischten ihnen die Provos. Die Bevölkerung zeigten den Briten offen ihre Schadenfreude und sang das Lied von der „Großen Gefangenenbefreiung".

Nach dem Ausbruch der Gefangenen aus Portlaoise verschlechterten sich die Überlebenschancen der Gefangenen in allen KZs und Knästen im Norden und Süden beträchtlich. Eine Besonderheit des britischen Faschismus in Irland ist es nämlich, daß er bis dahin nichts dagegen hatte, daß die Iren ihre Freiheitskämpfer auch im KZ am Leben erhalten. Sie durften Lebensmittelpakete schicken und bei Besuchen Lebensmittel mitbringen. Ins Gefängnis Portlaoise wurden vor dem Ausbruch Lebensmittel geschickt, die nach dem Lebensmittelgesetz nicht „unverfälscht" waren, denn es befanden sich winzige Mengen des Plastiksprengstoffes Gelignite darin. Der wurde gesammelt und zu der bewußten Sprengstoffladung zusammengebaut.

Danach verschärften die Briten die Sicherheitsbedingungen in allen Gefängnissen des Nordens und Südens außerordentlich. Die Internierten dürfen keine Lebensmittelpakete mehr bekommen. Der Fraß, den ihnen die Briten vorwerfen, ist aber dermaßen schlecht, daß sie sich wie bisher weigerten, ihn zu essen und einen Hungerstreik machten. Diesen Hungerstreik machten die IRA-Kämpfer und die Protestanten von UDA und UVF gemeinsam. Sie begannen Anfang September und brachen ihn erst kurz vor der Aktion in Long Kesh ab. Mit dem Streik wollten sie erreichen, daß die Lebensmittelsendungen wieder zugelassen werden.

Andere Schikanen, die die Situation in den KZs imme mehr verschlimmerten, sind solche, die bei Besuchen angewendet werden. Die Verwandten, die zum großen Teil allein für die Hin- und Rückfahrt vier und mehr Stunden brauchen, müssen bis zu sechs Stunden im Regen warten, um für eine halbe Stunde zu ihren Angehörigen gelassen zu werden. Vorher müssen sie sich vor den Soldaten nackt ausziehen. Dann müssen sie barfuß durch das Gefängnis bis zu den Besuchszellen laufen. Dieselben Maßnahmen gelten natürlich für die Gefangenen selbst.

Frank Stagg, ein IRA-Mann, der zehn Jahre Gefängnis in England absitzt, ging dafür am 6. 10. 1974 in den Hungerstreik. Es ist sein zweiter, er hat bereits früher einen Hungersreik von 70 Tagen gemacht. Inzwischen ist er sehr schwer krank, doch die Briten gehen nicht auf seine Forderung ein, sich nicht mehr nackt ausziehen zu müssen. Die Gefangenen weigern sich, Besuch zu empfangen, solange diese Schikanen nicht abgeschafft werden.

Long Kesh liegt in der Mitte eines britischen Army-Camps. Eine gute Position für die britischen Soldaten, um die gefangenen Kämpfer, vor denen sie sich draußen hinter

→

vielen Sandsäcken und in ihren Saracan-Panzerwagen verstecken, bis aufs Blut zu schikanieren. Die katholischen Lagergeistlichen seien zu diesem Thema zitiert: „... Nachts sind die Hütten durch Flutlichter dauernd erhellt. Diese repressive Atmosphäre wird verschlimmert durch andauernde Kontrollen im Lager. Diese sind zur Terrorisierung und zur völligen Verunsicherung der Gefangenen gemacht. Die meisten Proteste der Lagerinsassen richten sich gegen die plätzlichen und brutalen Überfälle der Armee in den einzelnen Abteilungen. Was während solcher Überfälle geschieht, kann nur als Reigen des Terrors bezeichnet werden. Hunderte von Soldaten stürzen in voller Kampfausrüstung mit Gewehren, Schlagstöcken, Schildern, Helmen mit Visieren, Obszönitäten schreiend, in die Baracken.

Die Internierten werden in die Kantine getrieben, während die Durchsuchung läuft. In einigen Fällen mußten sie zwischen Soldaten spießrutenlaufen und wurden natürlich dabei geschlagen. ... Wenn die Internierten zurück in die Baracken kommen, finden sie ihre wenigen Habseligkeiten, Kleider, Briefe, Bilder zerschlagen, zerrissen oder garnicht wieder." (Aus: „Die IRA SINN FEIN — Sondernummer Folter und KZs in Irland" des Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitees)

Vor allem diese brutale Durchsuchungen haben dazu geführt, daß die Gefangenen schon vor längerer Zeit damit drohten, das Lager niederzubrennen, wenn ihre Forderung nach besseren Bedingungen nicht erfüllt würde. Diese Aktion wurde erst dann durchgeführt, nachdem alle anderen Protestmittel erfolglos geblieben waren. Es gab lange qualvolle Verhandlungen zwischen Repräsentanten der Gefangenen und dem Lagerkommandanten. Aber jedesmal brachen die Briten die



Das KZ Long Kesh nachher!

Vereinbarungen. Wieder einmal bestätigte sich für die Republikaner die Wahrheit, die sie schon lange wissen: die britischen Imperialistenknechte haben keine Ehre, sie brechen jede Abmachung. Sie benutzen Verhandlungen nur um Zeit zu gewinnen.

Die Revolte in den KZs von Long Kesh und Magilligan, in den Knasts von Belfast und Armagh hat nicht nur das Ziel, bessere Bedingungen dort zu erreichen. Die Aktion wurde für eine allgemeine bedingungslose Entlassung aller politischen Gefangenen — verurteilter und nicht verurteilter — durchgeführt und auch für die Nichtanerkennung der Einmischung der englischen Regierung in irische Angelegenheiten. Die Iren selbst haben die Einschätzung, daß nach der großartigen Aktion gute Aussichten bestehen, daß die Internierung beendet werden muß. Das gesamte Gefängnissystem in den besetzten sechs Grafschaften im Norden scheint am Rande des Zusammenbruchs zu stehen, nachdem die Provos ihre Drohung wahrmachten.

Die Unterstützung des irischen Freiheitskampfes in England

Die englische Arbeiterklasse, aus deren Reihen die britischen Soldaten für Irland rekrutiert werden — als „Freiwillige" aus den Reihen der arbeitslosen Slumbewohner der großen Städte wie Birmingham —, hat übergenug vom Krieg in Irland. Nicht, weil sie die Iren lieben und sich verantwortlich für die Kriegsgreuel fühlen, sondern weil ihre eigenen Söhne dort umkommen. Die Forderung „Britische Truppen raus aus Irland" ist also auch ihre Forderung.

Zur Unterstützung dieser Forderung sollten in der vorletzten Oktoberwoche viele Solidaritätsdemonstrationen und Aktionen in der ganzen Welt stattfinden, so auch in London. Für den 27. Oktober war eine Kundgebung auf dem berühmten Trafalgar Square im Herzen von „busy London" angesagt. Sie wurde schnellstens verboten. Erschütternd für die neugewählte Labour-Regierung unter Premierminister Wilson muß auch gewesen sein, daß sich vier ihrer eigenen Labour-Abgeordneten ganz offen für die Forderung „Truppen raus aus Irland" aussprachen. Auch darum wurde die Demonstration verboten. Die Abgeordneten unterzeichneten eine Erklärung, in der es heißt: „Englands Präsenz in Irland leugnet das Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung."

Die Provos sitzen nicht nur im Knast, hauptsächlich kämpfen sie draußen!

Warum die Briten über 2 000 politische Gefangene einsperren, kann man nur begreifen, wenn man weiß, was für ein Gegner die Provisionals für die britische Armee heute sind. Tatsache ist, daß wir im Moment mehr darüber wissen, wie es in den KZs aussieht, als über den Kampf, der draußen von den Provos geführt wird. Das ist das Resultat einer jahrelangen Fixierung auf die Officials, die vorgaben, die „echten" Revolutionäre zu sein. Nach dem sogenannten Antiimperialistischen Festival der Officials im August 1974, auf dem ihr revisionistischer Sumpf vollends klar wurde, fingen wir an, uns ernsthafter mit der Politik der Provisional IRA auseinanderzusetzen.

Die Auseinandersetzung um die Politik der Officials und der Provisionals wird im neuen INFO des Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitees (637 Oberursel 5, Postfach 35), welches in wenigen Tagen erscheint, fortgeführt. Das bedeutet aber nicht, daß wir schon genügend Informationen über die Politik der Provisionals haben, über ihren Einfluß bei den Massen, und über die Strukturen, die in den Gebieten entstanden sind, die der Kontrolle der britischen Armee praktisch entzogen sind. Anhand einiger Beispiele kann man aber zeigen, daß die Stärke der Provos — auch die militärische — viel größer ist, als aus ihren Aktionen unmittelbar ersichtlich. Sie setzen ihren militärischen Apparat gezielt und sparsam ein. Haben sie in einer Stadt z. B. 1 000 bewaffnete Kämpfer, so setzen sie jeden Tag nur 10 ein. Ihre Taktik ist im Moment nicht, die britischen Soldaten militärisch zu vernichten, sondern ihnen mit jeder Aktion zu zeigen; daß sie sich nicht sicher fühlen können.

Beispiel: 1. In einer Stadt nahe der Grenze zur Republik Irland liegt die militärische Macht in den Händen der Provos. Die Briten haben dort nur einen schwachen Stützpunkt. Die IRA zeigt ihre Stärke nicht, indem sie mit einer Rakete den Stützpunkt in die Luft jagt, sondern indem sie eine Patrouille von drei Soldaten erschießt, kaum daß sie sich ein paar Meter vom Stützpunkt entfernt hat. Die Briten sind nicht in der Lage, mit großem militärischen Getöse dort einzumarschieren, vielmehr müssen sie ihre Toten mit dem Hubschrauber aus dem Gebiet holen.

2. Die IRA ist in der Lage, an hundert Punkten zugleich Straßensperren zu errichten und die Kontrolle auszuüben.

3. Die britische Armee macht ständig Razzien in Wohnvierteln. Sie kann sich nur mit Hunderten von Soldaten und mit Schützenpanzern in die Wohnviertel trauen, sonst käme keiner lebend mehr heraus. Sie verhaften dann alle Männer über 16 Jahre und behaupten, es sind wieder soundso viele „IRA-Terroristen" darunter. In Wirklichkeit haben sie keinen einzigen, weil die IRA vorher Bescheid wußte und sich aus dem Viertel zurückgezogen hat. Von Mai–August dieses Jahres hat die IRA ungestört das Telefon der britischen Armee angezapft und sich bestens über deren Pläne orientiert (vgl. Evening Herald vom 22. 7. 1974)!

4. Die IRA macht sogenannte Prestige-Typ-Operationen, die nicht einfach der Vernichtung des Gegners dienen, sondern auch dem Ansehen der siegreichen Guerillas. Bei einer dieser Aktionen mußte der Chef der RUC (Königliche Polizei von Ulster) in Nordirland, Flannagan, zusammen mit anderen Geheimagenten der britischen Armee notlanden, weil sich in seinem Flugzeug eine Bombe der IRA befand. Die IRA zündet die Bombe bewußt nicht, weil sie nicht ganz sicher waren, ob auch Unbeteiligte an Bord waren. Das war auch nicht nötig, denn die Aktion hat die britische Armee bzw. ihre Handlanger, die Royal Ulster Constabulary bis auf die Knochen blamiert.

5. Offensichtlich gibt es gerade in den Städten so etwas wie befreite Gebiete, die völlig unter der Kontrolle der IRA sind. Nicht die Briten und ihre Handlanger stellen dort. Polizei, Gerichtsbarkeit und andere Institutionen, sondern die IRA, und die Briten wissen es ...

6. Weder in Belfast noch in Derry erbleicht jemand vor Angst, wenn in einem Pub (Kneipe) über die IRA gesprochen wird. Im Gegenteil, dort wird ausgiebig und offen diskutiert, so offen wie möglich, so versteckt wie nötig. Das heißt, die britische Armee weiß ganz genau, welche Brigade, welches Bataillon der IRA für welchen Stadtteil zuständig ist, wer allerdings die Kommandoofffiziere sind, das bleibt ihnen verborgen. Andererseits wissen sie genau, daß die Offiziere der IRA (Provos jederzeit von der Straße weg Jugendliche (bis jetzt meistens noch katholische arbeitslose Jugendliche) für ihre Aktionen gewinnen können und das auch tun.

Trotz des Terrors der Briten läßt sich die Bevölkerung nicht einschüchtern und ducken. Die Iren empfangen z. B. die britischen Soldaten, die mit Maschinenpistolen im Anschlag eine Kneipe kontrollieren, mit einem Spottlied und übersehen sie dabei total.

Auch die Officials IRA hat sich nicht gescheut, jahrelang die gleichen Lügen über die Provisionals IRA zu verbreiten wie die englische Presse: daß die Provos terroristische Bombenanschläge machen, bei denen es ihnen nicht darauf ankommt, wieviele Zivilisten dabei draufgehen. Außerdem behaupten sie ständig, daß die Provos vom Volk isoliert seien. In Wirklichkeit wissen die Massen genau, daß die Provos ihre Aktionen sehr sorgfältig so planen, daß sie den Gegner treffen und nicht das Volk. Ein Provo sagte dazu: „Im Ernst, wir halten uns für die sorgfältigste Guerilla in der Welt, wir vermeiden doch jede abenteuerliche und riskante Aktion, soweit ihr Effekt nicht kontrolliert werden kann. Wir vermeiden Kidnapping, Flugzeugentführungen und wahllos geworfene Bomben und wir können und dies bewußt **leisten**, weil wir aus einer Position wohlkalkulierter Stärke heraus handeln und unsere Guerilla-Schulung uns gelehrt hat, daß man nie auf einmal und stets mit den letzten Kräften an irgendeiner Stelle angreift, sondern in jeder Aktion zeigen muß, daß man souverän den Kampf beherrscht. Mag sein, daß es die Officials nötig haben, dies zu leugnen, uns genügt, wenn die Briten es wissen.

Eine Guerilla muß jederzeit imstande sein, koordiniert den Kampf nicht nur zu eskalieren, sondern auch ihn strikt einzuschränken, wenn es sein muß, sowie die Mittel, Taktiken und Techniken immer wieder überraschend zu wechseln. Kaum haben die Briten sich in Belfast auf unsere Autobomben eingestellt und die ganze Stadt hermetisch gesperrt, da wenden wir die neuentwickelten Feuerbomben an, die wir in Teile zerlegt durch die Körper- und Taschenkontrollen in das Stadtinnere schmuggeln, wo wir sie zusammenfügen und dann richteten sie kalkulierten Schaden an. Keineswegs isolieren wir uns damit: selbst die Protestanten haben Respekt vor unserem Mut, unserer Phantasie und unserem Einfallsreichtum, unserer technischen Raffinesse. Mit wem wollen denn die Protestanten verhandeln, wenn die Briten abziehen? Doch nicht mit den Officials, sondern mit uns! Und wem hat neulich die West Belfast Brigade der protestantischen UDA einen Waffenstillstand und gemeinsame Kontrollen bestimmter Viertel angeboten? Lest die Zeitung, dort steht, daß wir gemeint waren. Auch wenn dieser vernünftige Vorschlag durch Intervention der faschistischen Protestantenführer a la Craig verhindert wurde. Vorläufig verhindert wurde."

Westdeutsches IRLAND-Solidaritätskomitee

Anmerkungen: IRA-Provisionals und IRA-Officials: sowohl die IRA (Irische Republikanische Armee) als auch ihre Partei Sinn Fein (Wir selbst) haben sich 1969 in einen „offiziellen" und einen „provisorischen" Flügel gespalten. In den Gefängnissen und KZs sitzen hauptsächlich die Provos, denn sie sind diejenigen, die militant kämpfen, während die Officials heute zu einer friedlichen Bürgerrechtsbewegung verkommen ist, die militante Kämpfer aus ihren Reihen konsequent ausstößt.

UDA: Ulster Defence Association — UVF: Ulster Volunteer Force (beides) militante protestantische Organisationen).

DER STREIK BEI BURGER & JAKOBI

SCHWEIZ
- Biel -



Eine exemplarische Niederlage

Die Burger Jakobi ist eine kleinere Pianofabrik in der mittelgroßen Industriestadt Biel in der Schweiz. Ungefähr 60 Arbeiter produzieren dort Klaviere , wozu die Arbeitskräfte eine ziemlich hohe Qualifikation benötigen. Doch sind mehr als die Hälfte Ausländer, insbesondere Italiener. Die Geschäfte gehen für den Unternehmer gut und kürzlich hat er die Pianofabrik Sabel in Rorschach aufgekauft.

Laut Gesamtarbeitsvertrag des SBHV (Schweizer Bau- und Holzarbeiter-Verband) steht den Arbeitern dieser Branche der 13. Monatslohn zu. Der Unternehmer bestreitet aber die Gültigkeit dieses Vertrages für seine Fabrik, da er selbst keinen solchen Vertrag unterzeichnet habe. Die Arbeiter versuchten vorerst, mit allen legalen Mitteln die Anerkennung des Vertrags zu erreichen. Sie ließen sich sogar in die Gewerkschaft einschreiben, um den SBHV zum Handeln zu bringen. Aber nichts geschah.

Anfangs Juni entschieden sich die Arbeiter zu streiken. Noch einmal erreichte die Gewerkschaft mit ihrer Intervention eine Aufschiebung des Streiks, indem sie glaubhaft machen konnte, diesmal wolle der Unternehmer verhandeln. Nach einer Woche wurde offensichtlich, daß dem nicht so war, und die Arbeiter entschieden sich zu einem unbegrenzten Streik. Außer einigen Chefs und ein paar jungen Karrieristen beteiligten sich alle am Streik, selbst die alten Schweizer Facharbeiter, die mit dem Unternehmer per Du stehen.

Der Unternehmer ließ sich Zeit und verweigerte weiter die Zahlung des 13. Monatslohns. Dafür fanden die Arbeiter eine breite Solidarität bei den Arbeitern anderer Fabriken der Stadt. Mit der Unterstützung Militanter von linken Gruppen konnten sie in der Stadt und in der Region Aufklärungsaktionen durchführen, um ihren Streik zu erklären. Sie organisierten auch eine Solidaritätsdemonstration, die zur wichtigsten Arbeiterdemonstration wurde, die seit Jahren in dieser Region stattgefunden hat. Der SBHV uunterstützte den Streik nur, weil es um die Anerkennung ihres Vertrages geht. Obwohl die Gewerkschaft die Streikenden regelmäßig bezahlt, gibt sie sich keinerlei Mühe, die Solidarität unter den anderen Arbeitern zu fördern. Sie verhindert den Ausbruch von Solidaritätsstreiks und unternimmt alles, um die Wogen zu glätten. Denn die Metallgewerkschaft (SMUV verhandelt eben zu der Zeit mit den Unternehmern über die Verlängerung des Arbeitsfriedens um weitere fünf Jahre. Der SBHV wartet ab, bis sich der Streik im Sande verläuft, derweil die verschiedenen linken Gruppen haufenweise Solidaritätsflugblätter verteilen. Dabei fordern auch die Gruppen – wie die Gewerkschaften – lediglich die Anerkennung des Gesamtarbeitsvertrags durch den Unternehmer. Langsam nähern sich die Sommerferien, in einer Industriestadt wie Biel ein veritabler Sommerschlaf.

Nachdem während den ersten drei Streikwochen die Fabrik selbst ungeschoren blieb, entschlossen sich die Arbeiter zur Verhärtung der Kampfformen. Sie lassen die Streikbrecher nicht mehr in die Fabrik, obwohl diese wenigen höchstens Reinigungs- und Unterhaltsarbeiten ausführen konnten. Sie verschließen den Haupteingang mit Eisenketten und sabotieren die Schlösser mit Streichhölzern, sie lassen den Reifen der Streikbrecher-Autos die Luft ab und pflanzen im Villengarten des Unternehmers (gleich vis-a-vis) ein Transparent auf. Die Polizei interveniert, um die Interessen des Unternehmers zu verteidigen.

Dieser Streikabschnitt ist wahrscheinlich der interessanteste, weil er ausdrückt, wie der Arbeiterstandpunkt in kleinen Fabriken durchgesetzt werden kann – für die Schweiz mit ihren kleinen Produktionseinheiten ist das sehr wichtig. Die autonomen Kampfformen sind zahlreich und man kennt von diesem Streik nur einige Anekdoten, weil viele linke Genossen sich einbildeten, das sei für den Ablauf des Kampfes nicht wichtig gewesen. Man kann also nur einige Beispiele aufzählen:

Als die Lokalpresse sich weigerte, weitere Informationen der Streikenden selbst zu veröffentlichen, kreuzten sie massenhaft auf der Redaktion des Bieler Tagblatts auf, um ihren Standpunkt durchzusetzen. Da die Redakteure nicht verstehen wollten, wandten sich die Burger-Jakobi-Arbeiter direkt an die Typografen, die den gewünschten Artikel auch druckten.

Anderes Beispiel: Als Jakobi erklärte, er habe nicht genug Geld, um den 13. Monatslohn zu bezahlen, veröffentlichten die streikenden Arbeiter Bilder seiner Villen und Landhäuser, was auch den älteren Schweizer Arbeitern bewies, daß ihre Bosse zahlen konnten. Auch wurde mal der Personalchef die Treppe runtergeschmissen und bei den Streikbrechern klingelte das Telefon jede Nacht . . .

Der Klassenkampf mit all seinen kleinlichen wie glorreichen Aspekten geht weiter. Die ersten, die dafür bezahlt sind, es zu wissen, sind die Gewerkschaftsbonzen. Sobald die Gewerkschaft erkannte, daß der Stellungskrieg in einen offenen Konflikt auszuufern drohte, handelte sie blitzartig. Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und des SBHV, Canonica, kam persönlich an den Ort. Für ihn mußten die Streikenden ihre Kettenverriegelung wegschaffen, damit er mit dem Unternehmer verhandeln konnte.

Nach diesem Besuch lief alles sehr schnell ab. Fast geheime Verhandlungen zwischen Unternehmer, Gewerkschaften und einigen Beobachtern der Arbeiter fanden über 100 km von Biel entfernt in Zürich statt. Nach drei Tagen kehrte die Gewerkschaft nach Biel zurück. Sie organisierte eine Versammlung und verkündete, sie hätte nun einen Kompromiß ausgehandelt, den es nur noch zu verabschieden gälte. Der 13. Monatslohn wird stufenweise eingeführt, 60 % dieses, 80 % nächstes Jahr und 100 % in zwei Jahren.



Die Belegschaft, die von nichts wußte, nahm dazu keine Stellung, sondern verlangte eine Bedenkfrist, um das Ergebnis untereinander zu diskutieren. Die Gewerkschaft manipuliert und drängt zur Abstimmung, obwohl die Mehrheit der Arbeiter dagegen ist und sich der Stimme enthält. Kaum mehr als 20 Arbeiter nehmen das Verhandlungsergebnis an. Die Gewerkschaft beschließt, daß nun alle in die Ferien gehen und in drei Wochen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. So geschah es auch.

Aber am Tag der Arbeitsaufnahme gab es eine Überraschung für die Arbeiter. Sie sollten jeden Abend bis 10 Uhr unbezahlt arbeiten, um 100 Pianos mehr zu produzieren. Dies war laut Direktion Teil des Protokolls zum Abkommen. Da die Arbeiter von nichts wußten, verweigerten einige von ihnen individuell die Überstundenarbeit. Diesen wurde mit Entlassung gedroht. Noch in der gleichen Woche wurde eine Betriebsversammlung organisiert, wo die Gewerkschaft ihre Haltung zu verteidigen suchte: Die Arbeiter mußten eine Betriebskommission wählen, diemitdem Unternehmerüber dieseÜberstunden zu verhandeln hätte.

Es ist wichtig zu wissen, daß zur selben Zeit die Abstimmungskampagne zur Überfremdungsinitiative angefangen hatte. Jedermann wollte die Arbeiter der Burger und Jakobi für seine eigenen politischen Zwecke benützen. Einerseits wollte die Gewerkschaft jeden offenen Konflikt in dieser Abstimmungsphase vermeiden. Andererseits versuchten die verschiedenen linken Gruppen diesen Streik für eine ideologische Kampagne auszunützen, um die „Einheit der Arbeiterklasse" zu propagieren. Sie wollten nicht wahrhaben, daß die Tatsachen ihrer Ideologie widersprechen: Mit der Wiederaufnahme der Arbeit brach auch die Spaltung der Arbeiter in Nationalitäten wieder auf. Die jungen Arbeiter, die den Streik angeführt hatten, waren gegen eine Wiederaufnahme der Arbeit. Sie sind es auch, die seit fünf Jahren den Kampf in der Schweiz geführt haben. Jedesmal mischte sich die Gewerkschaft ein, um zu verhindern, daß die Emigranten ihren Standpunkt durchsetzen konnten. So setzte sich stets ein mittelmäßiger Standpunkt durch, der den Kampf bremste und die Verbindung zwischen der Klasse und ihrer Massenavantgarde zerbrach. In dieser Situation kann man nicht einfach die Einheit der Klasse predigen, wenn man nicht gleichzeitig die Position der Gewerkschaft angreifen will. Das ist es, was die linken Gruppen nicht verstehen wollen. Sie werden Tatsachen verfälschen müssen, um ihre Ideologie mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Die Genossen der Burger & Jakobi stellten sich dem Vorschlag der Gewerkschaften zur Wahl einer neuen Betriebskommission ohne Illusion, entschlossen sich aber trotzdem zum demokratischen vertretenden Weg. Sie wählten Delegierte, um diese mit der Direktion verhandeln zu lassen. Der Unternehmer wollte von dieser neuen Kommission nichts wissen, weil ein Formfehler begangen wurde: in der Kommission fehlte eine Frau. Der SBHV respektierte nochmals die Haltung des Unternehmers. Er kündigte an, eine zweite Kommission sei zu wählen, allerdings nicht vor Weihnachten. (Also wenn die 100 zusätzlichen Pianos gebaut sein werden!)

Die Arbeiter sind nun vereinzelt, gespalten zwischen jene, die Überstunden leisten, weil sie dieses Geld zum Leben brauchen, und solche, die weiter verweigern. Sie hoffen, daß sich eine neue Angriffsmöglichkeit entwickeln wird. Die Verzweifeltsten suchen sich eine neue Stelle. Als einer der kämpferischsten Arbeiter die Produktion zu sabotieren versuchte und daraufhin entlassen wurde, fand sich keine Verteidigungsmöglichkeit mehr.

Die Gewerkschaft hat das Gesicht verloren (Arbeiter hatten ihre Mitgliedskarten zerrissen). Die Arbeiter weigern sich aber auch, mit den linken Gruppen zu diskutieren, die aus der ganzen Schweiz vor das Fabriktor gepilgert kamen. Für die Arbeiter bedeutet es eine schlichte Unverschämtheit, wenn die Flugblätter der Linken nun in der ganzen Schweiz den Streik der Burger & Jakobi-Arbeiter als Sieg der „Einheit zwischen Emigranten und Schweizern" feiern.

Der Arbeiter, der die Produktion zu sabotieren versuchte, wird nun vor Gericht gestellt und von linken Gruppen verteidigt. Zu verteidigen gälte es aber auch – und vor allem – jenen Weg des Kampfes, den er aufgezeigt hat.

Einige Genossen des Klassenkampfs

Kampf gegen Entlassungen

– Bericht der T+N-Betriebsgruppe –

TN

Während im Winter letzten Jahres noch 2 700 Kollegen bei T+N in Frankfurt arbeiteten, beträgt die Belegschaft jetzt noch knapp 2 400. Seit Frühjahr dieses Jahres wurde die Belegschaft durch Einstellungsstopp, also Nichtersetzen der Abgänge, Verlagerung von Abteilungen, Stillegung eines Busses, was Kollegen aus Grünberg zum Kündigen zwang, und durch die Entlassung von 142 Kollegen im Oktober 1974 stark reduziert. In den T+N-Werken in Grünberg, Urbach und Limburg gab es seit Monaten Kurzarbeit. Im T+N-Werk in der Kleyerstraße sind von den etwa 2 400 Beschäftigten etwa 60 % Emigranten, der größte Teil sind Frauen (70 %).

Die T+N-Betriebsgruppe arbeitet seit einem Jahr, sie besteht aus Genossen innen und außen.

Inzwischen, sechs Wochen nach dem Kampf gegen die Entlassungen, ist uns einigermaßen klargeworden, in welch unmittelbarem Abhängigkeitsverhältnis auch wir als Genossen zur Bewegung bzw. Nichtbewegung im Betrieb (und anderswo!) stehen. Diese Abhängigkeit scheint uns dermaßen groß zu sein, daß die Arbeit unserer Gruppe in schöner Regelmäßigkeit kollapiert und andererseits sich in beinahe hektischer Geschäftigkeit auslebt, wenn es einen realen Anknüpfungspunkt im Betrieb gibt. Ganz sicher haben wir Fortschritte erzielt. Während wir im Frühjahr, bei der Verlegung bzw. Auflösung von einzelnen Abteilungen, die ebenfalls Entlassungen mit sich brachte, im wesentlichen nur per Flugblatt reagieren konnten und uns darum stritten, ob wir den Betriebsrat angreifen sollten bzw. die Kollegen auffordern sollten, zu ihm hinzugehen und auf den Tisch zu hauen oder nicht, weil's vielleicht hätte reformistisch sein können, war diesmal ganz klar, ob reformistisch oder nicht, einer der wesentlichen Punkte war der frontale Angriff auf den Betriebsrast, der den Entlassungen zugestimmt hatte, und ein anderer war die Nichtakzeptierung der Ent lassungen, die dem kapitalistischen Zusammenhang unterworfen sind.

Als wir zum erstenmal von den Entlassungen hörten, breitete sich bei uns zunächst Ratlosigkeit aus. **Was tun?** Zum einen war es im Laufe unserer Arbeit bei T+N nicht gelungen, über den ‚abstrakten' Arbeiter hinaus, den wir mit unseren Flugblättern erreichten, Kontakt zum lebendig-konkreten Arbeiter aufzunehmen und auszubauen (bis auf Ansätze), um gemeinsam mit Kollegen Handlungsperspektiven zu diskutieren, vorzuschlagen und durchzuführen. (Ein wesentlicher Punkt der Kritik an uns und anderen Frankfurter Betriebsgruppen, und ein wesentlicher Punkt für unsere weitere Arbeit, ist der Ausbau unserer Kontakte mit Emigranten zu einer Infrastruktur im Betrieb.) Zum anderen, und das hängt verdammt eng mit dem ersteren zusammen, herrschte beim T+N Friedhofsruhe, es war nicht abzusehen, daß sich die Kollegen in irgendeiner Art und Weise zusammentun würden, um etwas gegen die Entlassungen zu unternehmen.

Aufgrund der Einschätzung der Situation im Betrieb breitete sich zunächst Resignation bei uns aus, die aber bald von unserem revolutionären Gewissen attackiert wurde. Wir wußten zwar nicht genau, was wir tun konnten, aber wir wußten, daß wir etwas tun mußten. Nur was?

Als erstes fiel uns ein, Parolen an die Fabrikwände mit der Forderung: ‚Keine Entlassungen bei T+N!' zu schreiben, um zu sehen, wie und ob die Kollegen darauf reagieren würden. Zu unserem Erstaunen waren die Reaktionen überaus positiv. Es kamen nicht die üblichen Beschimpfungen von wegen Schmierereien und so, sondern die Diskusionen drehten sich um den inhaltlichen Punkt der Entlassungen. Die Parolen an den Wänden waren von uns gesehen ein Zusammenhang mit einem Flugblatt, in dem wir auf die Pressekonferenz von Behr (einem Geschäftsleitungstyp) eingingen, der von der schlechten Auftragslage aus eine Begründung für die Entlassungen konstruierte und klar sagte, was die Entlassungen für alle Kollegen bedeuten würde: „Mit weniger Arbeitern mehr produzieren." Dieses Flugblatt, das gut ankam, schaffte erste kollektive Diskussionsprozesse im Betrieb, die die Begründungsstrategien der Geschäftsleitung für die Entlassungen anknackste.

Wir haben dann in der Betriebsgruppe diskutiert, eine Unterschriftensammlung im Betrieb für eine Betriebsversammlung zu machen. In den zwei Tagen, die unsere Diskussion dauerte, hat der Betriebsrat eine Betriebsversammlung angesetzt, um der Unruhe der Kollegen zu begegnen.

Wir bereiteten uns auf die Betriebsversammlung vor. Klar war: 1. Forderung: Die BV muß übersetzt werden. Noch nie wurde bei T+N eine BV übersetzt. Unsere Forderung nach Übersetzung hatte die Funktion, die Wut der Emigranten, die hauptsächlich von den Entlassungen betroffen waren, zu mobilisieren. In allen Flugblättern, die von uns verteilt wurden, haben wir gefordert, daß die BV übersetzt werden muß, auf jeden Fall wollte die Betriebsgruppe eine Situation vermeiden, in der die Mehrzahl der Kollegen daran gehindert wäre, an der BV teilzunehmen aufgrund der Sprachschwierigkeiten. Um diese Forderung zu verstärken, haben wir Aufkleber hergestellt und verteilt, die in verschiedenen Teilen der Fabrik an den Wänden aufgeklebt wurden. In der Abteilung eines Genossen klebten er und ein Emigrant die Toiletten, Korridor, Eßraumwände mit den mehrsprachigen Klebern: Die Betriebsversammlung muß übersetzt werden. Keine Entlassungen bei T+N.

Daraufhin wird im Betrieb immer häufiger über die Entlassungen diskutiert. Immer noch aber bleibt die Frage, was sollen und können wir machen? Intervention auf der BV ist klar. Forderung keine Entlassungen und Übersetzung auch. Durch Zufall erhalten wir in dieser Situation, etwa eine Woche vor der BV, eine wichtige Information: Eine Liste mit den genauen Angaben, wieviel Kollegen in jeder Abteilung entlassen werden. Wir veröffentlichen die Liste zwei Tage vor der BV, unter den Entlassungen wahrscheinlich auch Genossen, weil wir annehmen, daß sich dann in den Abteilungen etwas tun wird, und daß die Abteilungen untereinander sich verständigen werden, so daß die nötige Kommunikationsstruktur für gemeinsames Handeln entsteht.

Das Flugblatt schlägt zwei Tage vor der BV wie eine Bombe ein. Das war die erste konkrete Information, die die Kollegen über die Entlassungen erhielten. Sie liefen im ganzen Werk umher, um zu diskutieren und viele arbeiteten nicht. Alle waren ungeheuer sauer und empört darüber, daß sie von den Entlassungen erst durch ein Flugblatt der Betriebsgruppe erfahren und nicht durch den Betriebsrat bzw. die VL. Aufgrund von Diskussionen im Betrieb ist vielen Kollegen klar, daß nur ein Streik die Entlassungen verhindern kann.

Wir beschließen deshalb in der Nacht vor der BV die Parole ‚Streik' in sechs Sprachen am Fabrikgebäude anzubringen. Dennoch, in den Diskussionen, die laufen, stellt sich keine Handlungsperspektive her. Die von uns am Werksgebäude angebrachte Parole bleibt abstrakt, sie wird zwar nicht kritisiert, aber auch nicht aufgegriffen. Diese Reaktion der Kollegen auf unsere Parole entspricht auch unserer Unsicherheit, genauso experimentell und ungerichtet bleibt sie eine unbedeutende Nebensache. Keine Entlassungen, ja, sagen die Kollegen. Streik wär ja richtig, aber wer macht's, wer organisiert's, ohne Infrastruktur im Betrieb kann's nicht gehen. Über die tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten eines Streiks gab es in unserer Gruppe unterschiedliche Positionen und Hoffnungen. Wir hielten es als minimalen Konsens unserer Gruppe für richtig, ‚Streik gegen die Entlassungen', was von einigen Kollegen gesehen wurde, als Handlungsperspektive für alle wenigstens anzudeuten.

Die Reaktion der Kollegen war für uns eine Bestätigung, die Vorbereitung auf die BV zu intensivieren. Dabei haben wir die Schwierigkeit gehabt, nicht zu wissen, was andere Kollegen auf der BV sagen würden, und wir konnten kaum einschätzen, ob auch Emigranten reden würden. Eine Verständigung über eine gemeinsame Intervention brachten wir nicht zustande. (Als Entschuldigung mag angeführt werden, daß auf den bisherigen Betriebsversammlungen bei T+N bestenfalls ein deutscher Facharbeiter redete.)

So viele Kollegen sollen aus den folgenden Abteilungen entlassen werden:

Bu Kadar arkadaşimizin işten atılması Kararlaştırılmıştır.:

Apparate Vormontage 5	grosse Stanzerei 4
Apparate Endmontage 22	kleine Stanzerei 5
Spulenwicklerei 8	Kantine 6
Fuhrsatzmontage 8	Schreinerei 1
Kabelformerei 13	Elektriker 1
Koppelfeldmontage 26	Abt. Dillmann (681) 2
Zentralbau 2	Abt. Dittmann (858) 1
Revision 8	Abt. Müller (576) 4
Abt. Kölle 1	Abt. Rapp 8
Abt. Schott 1	FRK Montage 5
Abt. Desch 1	FRK Vorfertigung 2

Bericht eines an der BV-Beteiligten

„Alle Kollegen in der Abteilung wußten, daß ich und andere auf der BV reden wollten und es war auch klar, daß all diejenigen, die sprechen würden, mit 100 % Unterstützung rechnen konnten. Die BV begann wie immer. Ungefähr 1 000 Kollegen waren anwesend. Sobald die Tagesordnung vorgelesen war, stand einer auf und versuchte die Forderung nach Übersetzung der Versammlung im Namen der Emigranten vorzubringen. Der BR-Vorsitzende sagte gleich, daß dies eine außerordentliche BV sei und es keine Einwände gegen die Tagesordnung gäbe. Trotzdem konnte sich der Kollege aufgrund der spontanen Unterstützung der Kollegen, hauptsächlich der Ausländer, durchsetzen. Er verlangte eine Begrenzung der Redezeit für den Bericht der Geschäftsleitung und des Betriebsrats. Der BR-Vorsitzende versprach eine Übersetzung und daß sein Beitrag kurz sein würde. Es war klar, daß uns seine Antwort nicht befriedigte, aber wir fühlten uns nicht stark genug, um sofort auf unseren Forderungen zu bestehen. Tatsächlich sprach der BR nur 15 Minuten, aber so schnell, daß sogar die Deutschen nur die Hälfte verstanden. Dann sprach ein Typ von der GL. Es gelang ihm, eine dreiviertel Stunde zu sprechen. Wir sind dann ständig unruhiger geworden. Während seiner Rede waren die ersten Zeichen einer Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern zu sehen. Weil wir nichts verstehen konnten, haben wir uns untereinander unterhalten. Wenn wir was verstanden haben, haben wir ihn ausgebuht. Viele Deutsche – bei mir saßen ein paar deutsche Frauen – haben sich belästigt gefühlt. Sie fingen an zu schimpfen gegen die Türkinnen, die hinter ihnen saßen, aber die Türkinnen haben ihnen erzählt, wo sie mit ihren Schimpfereien hingehen sollen.

Der BR hatte geglaubt, bis 11 Uhr mit der Versammlung fertig zu sein. Sie fing um 8.30 Uhr an, also hatten sie sich für die Aussprache eine halbe Stunde vorgestellt. Aber die Kollegen hatten sich das anders vorgestellt. Mehrere von uns haben sich gleich zu Wort gemeldet, Deutsche und Emigranten. Fast alle Emigranten haben ihre Beiträge in ihrer Muttersprache gehalten, manche haben ihre eigenen Beiträge gleich selber übersetzt. Niemand hatte Vertrauen zu den Dolmetschern, die in GL und BR sitzen. Die Kollegen sagten: Wieso müssen wir für die Absatzschwierigkeiten der T+N-Bosse bezahlen? Letztes Jahr haben wir Überstunden wie die Irren gemacht, dieses Jahr wollen sie uns rausschmeißen. Die Schwierigkeiten sind nicht von uns produziert worden. Wir wollen nicht die GL aus der Scheiße holen. Warum haben uns unsere sog. Betriebsräte nicht vorher informiert? Es ist schließlich nicht so, daß sie entlassen werden, sondern wir. Der BR sollte den Entlassungen nicht zustimmen. Der BR vertritt nicht unsere Interessen.

Eine Emigrantin ist aufgestanden und hat gefragt, was in ihrer Abteilung denn für Schweinereien laufen, wo die Kolleginnen, obwohl sie schwer krank sind, zur Arbeit gehen aus Angst, entlassen zu werden. In diesem Moment intervenierte ein Betriebsrat: die Leute, die sich die Freiheit herausnehmen, hier so zu reden, sollten lieber in ihre Heimatländer zurückgehen und da reden. Da war der Teufel los. Die ausländischen Kollegen sind aufgesprungen und waren wütend. Ein paar von uns sind gleich nach vorn gerannt zum Rednerpult. Es hätte nicht viel gefehlt und der BR-Typ hätte die Fresse poliert bekommen. Er versuchte weiterzureden, aber er wurde ausgebuht. Nachdem er es 6–7mal probiert hat zu reden, gab er's auf.

Von dem Moment an war die Situation nicht mehr richtig zu kontrollieren. Ich habe auch nicht mehr so richtig durchgeblickt. Ich war so richtig wütend geworden. Ich hatte auch schon 6-7mal geredet, ich hatte nicht kapiert, daß die Kollegen wollten, daß ich weiter reden sollte, die Fragen für sie stellen sollte, die sie durch verständliche Ängste nicht selber stellen konnten, ich war schließlich schon entlassen und der einzige, der das mit 100 % Sicherheit wußte. Ich war dermaßen verwirrt, daß ich vergaß, über meinen Antrag: Rücknahme der Unterschrift unter die Entlassungen abstimmen zu lassen, nur weil mich eine dämliche Frage des Geschäftsleitungstyps: machen Sie einen konkreten Vorschlag – worauf ich antwortete: einige leitende Angestellte, die z. B. die totale millionenschwere Fehlinvestition im Werk Limburg verschuldet haben, entlassen, dafür können die 142 Kollegen bleiben. – aus dem Konzept brachte.

Nur durch einen Trick gelang es dem Betriebsrat, die BV zu beenden. Es war schon nach 12 Uhr und die Aussprache hatte über 1 1/2 Stunden gedauert. Der BR hat eine

Abstimmung über die Weihnachtsurlaubsregelung gemacht, was er durchsetzen konnte, weil drei bis vier von uns ihn nicht verstanden hatten. Dann sind die ersten zwei Reihen aufgestanden, deutsche Meister und Facharbeiter, und aus der Halle marschiert. Die BV war zu Ende und wir so durcheinander, daß wir nicht wußten, wie wir das verhindern konnten.

Wir sind dann zurück in unsere Abteilungen, aber wir haben nicht mehr gearbeitet. Viele Kollegen, fast ausschließlich Emigranten, sind durch die Fabrik gezogen, um die anderen Kollegen, die erst am nächsten Tag BV hatten, zu informieren, was passiert ist. Für uns alle war die BV überraschend und toll gewesen trotz der Tricks, die der BR noch anwenden konnte. Bei mir in der Abteilung hat sich einiges geändert. Ein Grieche, mit dem ich mich vor einigen Monaten gestritten hatte und seitdem, trotz Versuchen meinerseits, nicht mehr reden konnte, hat mich nach der BV spontan umarmt. In der Nebenabteilung ist der offene Kampf ausgebrochen zwischen den Emigrantinnen und den deutschen Frauen. „Plötzlich sind wir für sie die Scheißausländer, aber wenn sie sich am Abend mit ihrem ausländischen Boyfriend treffen, um zu ficken, so geht es nicht weiter, jetzt wissen wir, wo wir mit euch dran sind."

Aus der Reaktion der Kollegen, aus ihren Pfiffen, aus ihren Beiträgen, aus ihrem Klatschen war deutlich abzulesen, daß sie keine Entlassungen wollten und was sie von diesem Betriebsrat hielten und daß sie ihn satt hatten."

Von dieser Einschätzung der BV ausgehend, entwickelte sich bei uns eine neue Diskussion. Es war klar geworden, die Entlassungen sollten verhindert werden, aber wie? Wir meinten, daß es noch möglich sei, die Entlassungen zu verhindern und nicht nur durch einen Sozialplan, wie gut auch immer, teuer zu erkaufen. Wir meinten, daß es in dieser Situation notwendig sei, offensiv gegen die Entlassungen vorzugehen und daß es tatsächlich möglich sei, einen Streik zustande zu kriegen, weil die Kollegen auf der BV gezeigt hatten, daß sie nicht bereit waren, die Entlassungen hinzunehmen, und ein Großteil der Emigranten, die auf der BV waren, nach Ende der BV teilweise ein bis zwei Stunden nicht arbeiteten und in dieser Zeit im Betrieb unterwegs waren, um ihren Freunden und Bekannten von der BV zu berichten und mit ihnen zu diskutieren. Wir hatten die Einschätzung, daß sich am nächsten Tag auf der BV eine ähnliche Intervention der Kollegen zeigen würde.

Noch in der Nacht machten wir ein mehrsprachiges Flugblatt über das Geschehen auf der BV und verteilten es am Freitagmorgen. Die BV am Freitag verlief ähnlich turbulent wie die erste.

Nach der ersten BV wurden die Genossen spontan von Kollegen angesprochen, von ausländischen Frauen zum Essen eingeladen oder wenn sie über den Hof gingen, wurde ihnen applaudiert. Auf Grund der Gespräche nach der BV hielten wir es für notwendig, eine Arbeiterversammlung am nächsten Tag einzuberufen, und wir hielten es für wahrscheinlich, daß etliche Kollegen dahinkommen würden, um mit uns darüber zu beraten, was wir weiterhin tun könnten. Auf dem Flugblatt, daß wir Freitagmorgen verteilten, haben wir zur Arbeiterversammlung im Nebenraum einer Gaststätte eingeladen und nachmittags noch einmal Handzettel verteilt.

Zur Versammlung selber kam niemand außer uns, obwohl einige Kollegen in Gesprächen versprochen hatten zu kommen. Wir meinen, daß die Kollegen aus mehreren Gründen nicht gekommen sind:

1. Die Versammlung wurde öffentlich auf einem Flugblatt angekündigt, die Kollegen hatten Angst, daß Spitzel des Betriebsrats und der GL auch kommen würden. Eine Einschätzung, die auch von uns geteilt wurde, zumal nach unseren ersten Flugblättern sowohl BR als auch GL bei unserer Kontaktadresse angerufen hatten.

2. Die Versammlung wurde zu kurzfristig einberufen, so daß die Kollegen (und das gilt insbesondere für die Frauen, zumal es auch noch Freitagabend war, nicht noch kurzfristig umdisponieren konnten).

3. Die Betriebsgruppe war zu wenig bekannt, sie stellte keinen realen Machtfaktor im Betrieb dar. Es gab zwar Sympathie und teilweise auch Identifikation mit der Betriebsgruppe, aber — und das scheint uns eine richtige Einschätzung der Kollegen zu sein — nicht ein solches Vertrauen in die Gruppe, daß sie reale Handlungsalternativen im Betrieb tragen könne.

Spätestens am Freitagabend hätte für uns klar sein müssen, daß wir keinen Streik zustandekriegen. Aber getragen von der Euphorie über die BV und die Reaktionen beim Verteilen (die Genossen, die Flugblätter verteilten, führten ausführliche Gespräche mit den Kollegen, wurden von den Kollegen ermuntert, teilweise standen die Kollegen sogar Schlange nach den Flugblättern) haben wir immer noch geglaubt, einen Kampf zustande zu kriegen.

Als wesentlichster Punkt schien uns dabei die Verhinderung der Spaltung zwischen Entlassenen und nicht Entlassenen, da wir wußten, daß am Samstagmorgen die Entlassungsbriefe eintreffen würden. Um der Spaltung und der mit ihr in Zusammenhang stehenden Resignation zu begegnen, schien es uns notwendig klarzumachen, was die Entlassungen bedeuten. Wir konnten uns dabei nochmals der Hilfe der GL bedienen und darauf hinweisen, daß Entlassung (für die Entlassungen war das ja klar) für die Nichtentlassenen mehr Arbeit bedeutet, und daß, wie die GL auf der BV klargemacht hatte, noch in diesem Jahr weitere Entlassungen vorgenommen werden. Der inhaltliche Punkt der weiteren Arbeit war also klar. Nach der totalen Ablehnung, der der Betriebsrat von Seiten der Kollegen auf der BV erfahren hatte, konnte das nur die Ablehnung der Entlassungen, gekoppelt mit dem Rücktritt des BR, sein, der diesen Entlassungen zugestimmt hatte. Wir beschlossen deshalb, im Betrieb eine Unterschriftensammlung gegen die Entlassungen, für den Rücktritt des BR und für eine neue außerordentliche BV zu starten. Die mehrsprachigen Unterschriftenlisten wurden dann am Dienstag der folgenden Woche von mehreren Kollegen und den Genossen in Umlauf gebracht.

Da unserer Einschätzung nach eine Initiative zu einem Streik gegen die Entlassungen nur von den Entlassenen selber ausgehen würde, sollten die Genossen am Montag versuchen, Kontakt zu den Entlassenen in den anderen Abteilungen aufzunehmen, um mit diesen Kollegen gemeinsam einen Kampf aufzunehmen. Aufgrund der von uns veröffentlichten Entlassungsliste wußten wir, welche Abteilungen wir schwerpunktmäßig vor allem zu kontaktieren hätten. Wir hatten aber nicht mit dem Verhalten der entlassenen Kollegen gerechnet. Am Montag war bereits der größte Teil der Entlassenen nicht mehr im Betrieb. Sie dachten sich, warum noch für diesen Betrieb arbeiten und waren plötzlich krank.

Zur gleichen Zeit war die Repression und Kontrolle, der die Kollegen und Genossen ausgesetzt waren, bereits so sehr entwickelt, daß wir nur noch mit wenigen Kollegen reden konnten. Dennoch kam am Mittwoch ein Treffen mit zehn Kollegen zustande. Aber weil die Repression und Kontrolle von Meistern und Vorarbeitern zu groß war, konnten wir nicht schnell genug die nötige Anzahl Unterschriften sammeln. Aufgrund der Repression im Betrieb haben mehrere Kollegen gesagt, sie würden vor dem Tor unterschreiben, und da wir mittlerweile herausgefunden hatten, daß dies juristisch o. k. war, haben wir unsere Hauptaktivitäten auf die Unterschriftensammlung vorm Tor konzentriert. Wir sind mehrmals nach Arbeitsschluß mit je zwei Ständen vor die Fabrik gezogen, aber die Ausbeute war recht mager. Trotz der Repression haben 350 Kollegen unterschrieben, das entsprach etwa der Hälfte der benötigten Unterschriften.

Die Unterschriften haben wir nicht etwa deshalb gemacht, um den BR zu stürzen und durch einen besseren zu ersetzen (vielleicht durch uns selbst zu ersetzen???), aber um bei den nächsten Entlassungen es dem BR nicht mehr zu gestatten, einfach seine Unterschrift unter Entlassungen zu setzen, und um den Handlungspielraum der T+N-Kapitalisten einzuengen.

Unser Versuch, qua Unterschriftenliste ein gemeinsames Kampfmoment für alle zu haben, war die Bedingung dafür, daß eine Initiative nicht auf eine qua Spaltung herbeigeführte Interesselosigkeit der nichtentlassenen Kollegen stößt. Allerdings denken wir **jetzt**, daß der inhaltliche Punkt — keine Entlassungen, Streik gegen die Entlassungen — insofern falsch war, als es nötig gewesen wäre, bereits in den Flugblättern, die vor der BV verteilt worden sind, den vom BR mit der GL ausgemauschelten Sozialplan (600 DM pro Jahr für jeden, der mindestens das zweite Jahr bei T+N arbeitet) anzugreifen und ihn, zumal er von der IG-Metall als vorbildlich bezeichnet wurde, mit den Abfindungsvorschlägen der Opel/VW-Kapitalisten zu konfrontieren und ähnliche Abfindungssummen für alle bei T+N Entlassenen zu fordern. (Vorschläge von Genossen aus anderen Betriebszusammenhängen, etwas Neues, etwa Sabotage, als adäquates Mittel gegen Entlassungen zu propagieren, ist schwachsinnig, in der Situation, mit der wir bei T+N konfrontiert waren!!!) Was für die Entlassenen selber eine realisierbare Forderung gewesen wäre und im Hinblick auf weitere drohende Entlassung eine wichtige vorbereitende Funktion gehabt hätte.

Aus unserer Arbeit während der Entlassungskampagne haben wir mehrere Kontakte zu Emigranten geknüpft, mit denen wir auch weiterhin zusammenarbeiten, wodurch sich eine längerfristige Perspektive abzeichnet.

Während den zwei bis drei Wochen unserer extrem intensiven Arbeit bei T+N ist uns klar geworden, daß wir aus der Situation der Isoliertheit einer Betriebsgruppe herauskommen müssen und wenigstens mit anderen Frankfurter Betriebsgruppen diskutieren müssen, wie eine Arbeitsteiligkeit, wie ein politischer Konsens unter uns erreicht werden kann, insbesondere in einer Situation, in der wir mit einer Offensive der Kapitalistenklasse konfrontiert sind, die über die Frage von Entlassungen hinaus allgemeine politische Fragen für uns alle wie Krise, Restrukturierung, Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, Tarifrunden usw. usw. auf die Tagesordnung setzt. Dem haben wir eine Antwort gegenüberzusetzen, die nicht von uns als kleine Betriebsgruppe allein gelöst werden kann.



T+N- Werksmauer

Aus der Betriebszeitung der T+N-Gruppe

Was ist passiert?

Auf der Betriebsversammlung vom 26. und 27. 9. 1974 hat jeder einzelne von uns gemerkt, daß wir alle mit den Entlassungen nicht einverstanden sind, und daß wir uns untereinander verständigen müssen, was wir dagegen tun können. Das hat der Betriebsrat auch erkannt und bewußt versucht, das mit Tricks zu verhindern.

Viele von uns haben nach der Betriebsversammlung gefragt: „Soll das alles gewesen sein, wir müssen jetzt was dagegen machen, wenn wir die Entlassungen verhindern wollen." Im Anschluß an die Betriebsversammlung haben wir nicht gearbeitet, wir haben in unseren Abteilungen zusammengestanden und diskutiert. Viele von uns sind in andere Abteilungen gegangen und haben dort die Kollegen über die Betriebsversammlung informiert und mit ihnen geredet, wie es weitergehen soll.

Ein Vorschlag in allen Gesprächen war, eine Unterschriftensammlung für eine neue, außerordentliche Betriebsversammlung zu machen, den Betriebsrat abzuwählen und neu über die Entlassungen zu verhandeln.

Zuerst haben mehrere Kollegen im Betrieb dazu Unterschriften gesammelt, was vom Betriebsversammlungsgesetz ausdrücklich abgesichert ist. Trotzdem haben Geschäftsleitung, Meister und Betriebsrat versucht, die Unterschriftensammlung abzuwürgen, indem sie jeden, der unterschreibt, mit Entlassung bedrohten. Ein Meister: „Wer unterschreibt, fliegt raus." Die hatten Angst, weil sich zum ersten Mal bei T+N die Mehrzahl von uns klar gegen Geschäftsleitung und Betriebsrat geäußert hat.

Am ersten Tag haben 150 von uns ihre Unterschrift gegeben. Nach zwei, drei Tagen wurde es so gefährlich, in der Firma Unterschriften zu sammeln und zu geben, daß wir gezwungen waren, Unterschriften vor den Toren zu sammeln. (Mehrere von uns haben gesagt, sie würden draußen unterschreiben, drinnen hätten sie Angst.)

280 Unterschriften sind zusammengekommen. Die meisten von Kollegen, die nicht entlassen wurden. Das war zu wenig, um eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen (dafür hätten wir ca. 25 %, also etwa 650 Unterschriften gebraucht) und den Betriebsrat abzuwählen. Aber 280 von uns haben trotz massiver Einschüchterung gezeigt, daß sie die Entlassungen nicht hinnehmen. Die Unterschriftenlisten haben wir inzwischen verbrannt, damit sie nicht in falsche Hände kommen.

Neues von T+N

Am letzten Freitag sind alle Emigranten zum Personalbüro bestellt worden, um ihre Aufenthaltsgenehmigungen nachzuprüfen. Der Sinn dieser Aktion besteht darin, Emigranten über das Ausländergesetz entlassen zu können, was gleichzeitig ein Unterlaufen der Schutzbestimmungen bei Massenentlassungen ist. Der Betriebsrat bei T+N hat inzwischen einen großen Sieg errungen. Er hat sich mit der Geschäftsleitung geeinigt, daß in diesem harten Krisenjahr 62 % Weihnachtsgeld an jeden Kollegen gezahlt werden. Nach der totalen Ablehnung der Kollegen, die der Betriebsrat erfahren mußte, ist dies ein Versuch der Geschäftsleitung, den Betriebsrat bei den Kollegen wieder zu rehabilitieren, um weitere Entlassungen über die Bühne zu bringen. Wir als Betriebsgruppe sind zwar nicht ratlos, aber doch ein bißchen unsicher, was wir machen können. Wenn Ihr Vorschläge oder Kritik an uns habt, schreibt uns an unsere Kontaktadresse: Gerd Fürst, 6 Frankfurt a. M., Jordanstr. 11, Tel. 778807.

Heute nehmen sie unser Kindergeld – wenn wir Keinen Widerstand leisten, nehmen sie uns morgen andere Rechte!

(Türkische Parole auf der ausländischen Kindergelddemonstration in München am 2. 11. 1974)



Als im Sommer 1973 der multinationale Massenarbeiter unter der eindeutigen Führung der Emigranten an den Grundfesten des kapitalistischen Systems rüttelte, saß der Ausbeuterklasse der kalte Schrecken im Nacken. Sie reagierte sofort mit dem Einsatz scharfer Repressionsmaßnahmen, die in der taktisch äußerst geschickten Niederschlagung des Fordstreiks ihren Höhepunkt fanden. Aber die militärische Intervention ist nur die eine Seite – ebenso bedeutsam ist die beschleunigte Strategiediskussion des Kapitals, um den Arbeiterwiderstand, der nun auch das befriedetste Land Europas, die BRD, mit aller Härte heimsuchte, zu brechen. Auf die drei Schwerpunkte in der Strategie der deutschen Konterrevolution wurde in der WWA schon eingegangen: – die Neuzusammensetzung der Klasse durch Einführung moderner Technologien und Arbeitsplatzgestaltungen (s. WWA Nr. 20) – die Verlagerung arbeitsintensiver Industrien ins Ausland (ebd.) – und den Einsatz der Krise zur Disziplinierung und Lohnsenkung, wobei die Schmidt-Regierung die Funktion des Managements übernommen hat (WWA Nr. 21).

Daß die Repression die Emigranten nach ihrer 1973 gezeigten Entschlossenheit besonders treffen würde, war klar. Die sozial-liberale Koalition verhängte den Ausländerstopp; sobald er gelockert wird, tritt an seine Stelle ein ausgefeiltes Rotationsprinzip, das immer frischen und gesunden Nachwuchs für die kapitalistische Maschinerie garantiert. Gekoppelt ist die Rotation mit der Integration eines Teils der Ausländer, die aufgrund der zugestandenen Privilegien nicht mehr dieselben Probleme haben wie ihre rotierenden Landsleute. Die illegale Arbeit, bisher sowohl die Einnahmequelle Zehntausender als Touristen eingewanderter Arbeiter, als auch Hunderter von geschickten Kleinunternehmern, wird den Kapitalisten bei Höchststrafe verboten. Die Ausländerghettos, Angsttraum deutscher Spießer, werden in verstärktem Maße kontrolliert – in der Umgebung von München gibt es mehrere Gemeinden, in denen das Wohnrecht für Ausländer verboten ist.

Am einschneidensten aber wirken die Entlassungen. Was wir da an Statistiken vor uns haben, sagt nur wenig aus über die Realität. Die Wirklichkeit erfährst du in der Fabrik, in den Kneipen und Wohnheimen. In der Statistik nicht erfaßt sind die Illegalen, die, die nach der Entlassung sofort nach Hause zurückkehren, die, die sich nicht beim Arbeitsamt melden, weil sie Angst haben, daß sie nach der Erfassung rausfliegen – und das sind viele Zehntausende. Auch die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind bei den Ausländern in weit größerem Maße in die Höhe geschnellt als bei den Deutschen. Bei den Gesprächen, die wir geführt haben, zeigte sich der messerscharfe Zynismus, mit dem das System versucht, seine Parias in die Knie zu zwingen: bei BMW wirst du von heute auf morgen in das 150 km weiter entfernte Zweigwerk Dingolfingen versetzt. Wenn du nicht mitmachst, kündigen sie dich und bei dieser Kündigung giltst du als schuldhaft, denn es handelt sich, so die BMW, um eine Versetzung innerhalb des Betriebes. Hast du deine Kündigung schuldhaft herbeigeführt, so erhältst du zumindest einen Monat lang kein Arbeitslosengeld. Oder bei Krauss Maffei wurden 100 Türken rausgeschmissen, ohne daß die Firma ihnen das gesetzlich zustehende Geld für den bezahlten Urlaub zukommen läßt. Oder wieder bei BMW – es kommt vor, daß du heute deine fristlose Kündigung erhältst und wenn du dann von deiner Arbeit ins Wohnheim zurückkehrst, stehen deine Klamotten schon beim Pförtner. Oder du bist Bandarbeiterin und suchst einen Job. Das Arbeitsamt sagt, daß nur noch im Gaststättengewerbe etwas zu haben ist. Du nimmst an, verdienst 400 DM netto, Kost und Logis frei. Die Arbeit ist anstrengender als in der Fabrik, die Arbeitszeiten sind bedeutend länger. Du willst zurück ans Band. Du kündigst und gehst wieder zum Arbeitsamt. Dort haben sie etwas frei bei Siemens – aber du kriegst die Arbeit nicht, denn wer einmal einen Spüljob angenommen hat, muß das immer wieder tun. Du kannst nicht mehr ausschlagen. Ähnlich dem indischen Kastensystem haben sie dir einen Stempel eingebrannt mit dem Zeichen „Spülerin".

Unzählig sind die Beispiele der Unterdrückung, die auf dem Prinzip der Spaltung aufbauen. Sie findet auch auf gesetzlicher Ebene statt, etwa in der Verordnung, daß die Ausländer keine Arbeitslosenhilfe bekommen. Stingl, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, sinngemäß: Der Gesetzgeber hat dafür zu sorgen, daß die Deutschen bevorzugt werden. So auch bei der neuen Kindergeldregelung. Hier kurz einige Fakten: Nach der am 1. 1. 1975 in Kraft tretenden neuen Kindergeldregelung fallen die bisherigen Steuerfreibeträge fort. Dafür zahlt der Staat auf Antrag einen Betrag, der für alle unteren und mittleren Einkommen höher liegt als bisher. Betroffen sind aber nur Deutsche und Ausländer aus den EWG-Ländern. Mit den anderen Nationalitäten wurden gesonderte Verträge abgeschlossen. Die dabei ausgehandelten Beträge liegen bei weitem unter den entsprechenden der deutschen Regelung:

Deutsches Kindergeld:
50 DM für 1 Kind
70 DM für das 2. Kind
120 DM für jedes weitere Kind

Kindergeld für Ausländer:
10 DM für 1 Kind
25 DM für das 2. Kind
60 DM für das 3. und 4. Kind
70 DM für jedes weitere Kind

Für ausländische Kinder, die in Deutschland wohnhaft sind, werden die inländischen Beträge gezahlt. Die Verhandlungen mit den einzelnen Ländern führte die Bundesregierung mit Erpressung. So drohte die sozial-liberale Koalition mit der Blockierung der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung. Mit der neuen Regelung ist u. a. auch beabsichtigt, daß viele Ausländer „freiwillig" in ihre Heimat zurückkehren und dann auf das ihnen zustehende Arbeitslosengeld verzichten. Weiterhin spart der Staat am Ausbau von Kinderkrippen, Schulen, Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen und Ausbildungsstätten. Die erste Reaktion von Emigranten, jetzt alle Kinder nach Deutschland zu holen, ist unrealistisch, weil pro Kind eine bestimmte Quadratmeterzahl Wohnraum gefordert wird. Schon jetzt schnüffeln Vermessungstrupps in den Wohnungen der Ausländer herum.

Die Homogenität der Klasse zu zerstören, sie zu spalten durch neue Arbeitsplatzregelungen, den Arbeitsmarkt und die unterschiedliche Gesetzgebung, daran arbeiten alle Kräfte von den Unternehmern über die Regierung bis zu den Gewerkschaften. Die Spaltung beschränkt sich nicht nur auf die einzelnen Fraktionen, sondern findet auch unter den Arbeitern ganz allgemein statt. Jeder ist darauf bedacht, seinen Job zu halten und viele versuchen ihre Kollegen auszustechen. Diesen Eindruck hatten wir jedenfalls bei unseren Gesprächen. Neben die Spaltung tritt die allgemeinste Waffe, über die das Kapital überhaupt verfügt – die Inflation.

Was müssen wir aus der Strategie des Kapitals lernen? Entlassungen, Inflation, Mieterhöhungen, neue Straßenbahntarife haben den Angriff auf die Klasse in einem bisher nie dagewesenen Maß auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet. Nicht nur in der Fabrik, sondern in allen Lebensbereichen findet die kapitalistische Offensive statt. Es bedeutet nur eine banale Feststellung, daß die Klasse in allen Bereichen eine entsprechende Antwort finden muß.

Wenn wir unsere bisherige multinationale Politik betrachten, dann sind heute sicher andere Akzente zu setzen. Wir gingen aus von der Homogenisierung des multinationalen Massenarbeiters, der trotz unterschiedlicher Herkunft und Nationalität durch die kapitalistische Maschinerie vereinheitlicht wird – daß aus dieser Einheit die Radikalität seiner Kampfformen und -inhalte entsteht. Ob es sich nun um Frauen, Ausländer oder Pendler handelt – in der Fabrik haben sie alle die gleichen Interessen und die dort zum Ausdruck kommenden Bedürfnisse waren der Humusboden der Revolution. Erst die Frauen brachten den abstrakten Gebrauch des Begriffs „Massenarbeiter" ins Wanken, als sie die Doppelausbeutung im Beruf und Haushalt entdeckten. Was auf die Frauen zutrifft, gilt ebenso für die Ausländer – sie werden doppelt ausgebeutet: in der Fabrik und durch die Emigration. Bisher haben wir nur die Fabrik gesehen, und da hatten schon viele Schwierigkeiten mit der „proletarischen Einheit". War die Forderung der Fordtürken nach 6 Wochen Urlaub vereinheitlichend? Durften sie überhaupt soweit vorpreschen? – Glücklicherweise haben ein paar Deutsche mitgemacht oder bei Opel Bochum waren es die Deutschen, die zum gleichen Zeitpunkt für ähnliche Forderungen wild streikten. So was wirkte immerhin noch beruhigend.

Verläßt Du aber die Fabrik und schaust in die Wohnheime der Ausländer, besuchst die Familien, gehst in die ausländischen Kindergärten und Schulen und studierst die Gesetze und Verwaltungsakte für und gegen die Ausländer, dann wirst du feststellen, daß es hier nur sehr wenig Gemeinsames gibt. Vieles ist anders, das meiste bedeutend schwieriger. Die Männer finden keine Frauen, die ausländischen Arbeiterinnen keine Männer, die Familien keine Wohnungen, die Kinder keine Schulen. Das Leben der Ausländer ähnelt außerhalb der Fabrik vielmehr bestimmten ausgestoßenen Schichten des deutschen Proletariats, wie Obdachlosen und Rentnern, als dem der deutschen Arbeiter. Sie sind ausgestoßen und sie sollen es sein. Die neue Kindergeldregelung ist nur ein Glied der Sklavenkette der Emigration.

Für die Kapitalverwertung wird die Spaltung zu einer notwendigen Voraussetzung. Sie ist einmal notwendig aus Kostengesichtspunkten. Mit der Emigration spart der deutsche Staat ungeheure Summen an Infrastrukturausgaben. Sie ist weiterhin notwendig, um durch die Konkurrenz innerhalb der Klasse Produktivitätshingabe und Lohndruck zu bewirken. Sie ist aber vor allem notwendig unter dem Gesichtspunkt des Klassenkrieges: eine homogenisierte multinationale Arbeiterklasse würde dieses System der Zwangsarbeit zum Einsturz bringen. Wenn nun die Emigranten in allen gesellschaftlichen Bereichen die Forderung nach gleichem Recht für alle aufstellen und dafür kämpfen, so hat das nichts mit Reformismus zu tun, weil die Ausländer etwas haben wollen, was der Kapitalismus den Deutschen schon gegeben hat. Gerade weil die Spaltung für die Aufrechterhaltung des Systems notwendig ist, wird jede Gleichstellung der Ausländer zu einer grundsätzlichen Gefahr. Ganz absurd ist es natürlich, wenn dieses Bedürfnis nach Gleichstellung von mosernden Spontilinken oder knackigen MLern verurteilt wird, weil keine Deutschen mitmarschieren. Es läuft einem kalt über den Rücken runter, wenn deutsche Genossen schlau mit Tatsachen jonglieren, indem sie den Ausländern die Spaltung in die Schuhe schieben, deren Opfer sie gerade sind und die sie leider oft als einzige aufzuheben suchen.

Es wäre natürlich falsch zu behaupten, daß das neue Konzept „Gleiche Rechte für Ausländer" Resultat unserer Analysen ist. Vielmehr hat die Emigrantenklasse auf dieser Ebene eine wenn auch noch junge Tradition. Oft waren es soziale Kreise der Kirchen, die sich an den Protestaktionen beteiligten. Die Linke registrierte sie kaum. Erst mit der For- →

derung nach gleichem Kindergeld wurde das Problem aufgegriffen und der Versuch gemacht, es zu verallgemeinern. Die Initiative ging aber auch hier wesentlich von ausländischen Arbeitergruppen aus, namentlich den Spaniern.

Wie vollzog sich nun die Diskussion und die ersten praktischen Ansätze der Emigrantenarbeit hier in München? Vor der Schilderung muß gesagt werden, daß die gesamte Aktivität von sehr wenigen Genossen getragen wurde und das politische Interesse daran nicht sehr verbreitet war.

Zum ersten gingen wir davon aus, daß die Kampagne „Gleiches Kindergeld für alle" nur mit der Unterstützung aller möglichen Organisationen sinnvoll sein kann. Dabei dachten wir vor allem an die ausländischen Parteiansätze, die Jusos und die Kirchen. Die Diskussionen waren nicht schwierig. Wir zogen mit einer nichtssagenden Plattform rum, auf die sich alle schnellstens einigten. Ernst meinten es, wie sich später herausstellte, jedoch nur die türkischen Genossen. Das lag daran, weil die Türken die meisten Kinder haben und deswegen auf die Organisationen ein starker Basisdruck ausgeübt wurde. Darüberhinaus nahmen die Türken unseren Vorschlag, Informationsabende zu veranstalten über Rechtsfragen, die Kündigungen und das Arbeitsamt betreffend, an und verwerteten die Ergebnisse zur Propaganda für ihre Parteiarbeit.

Parallel betrieben wir vor allem bei den Türken und soweit das in unseren Kräften stand, Massenagitation. Wir gingen in die Wohnheime, öffentlichen Kantinen, ans Fabriktor und an den Bahnhof. Einige besuchten ausländische Familien. Die Agitation war äußerst informativ und teilweise auch erfolgreich, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß sie von Türken, die mit uns zusammenarbeiteten, selbst betrieben wurde. Die Forderung nach gleichem Kindergeld für alle war allgemein verbreitet und viele zeigten sich auch bereit, dafür auf die Straße zu gehen. Hinagitiert wurde auf die Demonstration am 2. November, was natürlich ein beschissener Termin war, weil zwei Wochen vorher die letzten Verträge abgeschlossen wurden. Mit der Begründung, jetzt sei es zu spät, blieben deswegen auch viele fern.

Die Demonstration begann mit ca. 100 im wesentlichen organisierten Deutschen und Ausländern. Sie führte aber durch Hauptgeschäftsstraßen und am Bahnhof vorbei, alles Orte, an denen sich große Mengen von Ausländern aufhalten. Es war verblüffend, wieviele sich anschlossen. Kurz nach dem Bahnhof hatte sich der Demonstrationszug auf ca. 600 Personen vergrößert, und zwar waren die Zugestoßenen ausschließlich Arbeiter, vor allem türkische. Bestimmt dazu beigetragen hat die rote Fahne mit dem Halbmond und die doch bewundernswerte Agitationsfähigkeit der türkischen Genossen während des Demonstrationszuges. Die Multinationalität war mehr symbolisch gewahrt. Es gab so ungefähr jeweils 20 unorganisierte Griechen, Spanier und Jugoslawen. Nun hatte ja, wie schon erwähnt, unter diesen Nationalitäten kaum Agitation stattgefunden. Die Demonstration war sehr lebendig, es gab Bilder, die an Photographien vom Kölner Ford-Streik erinnerten.

Anschließend fand eine Arbeiterversammlung in einer Kneipe statt, wo wir uns als Komitee vorstellten, eine kollektive Rechtsberatung ankündigten und weitere Aktivitäten, vor allem in Zusammenhang mit der rollenden Entlassungswelle, ankündigten. Unsere Vorschläge wurden mit Begeisterung aufgenommen.

Über die Zielsetzungen und die Arbeit des multinationalen Komitees, über eine mögliche Plattform mit Forderungen für die Gleichstellung der Emigranten, sowie über den Aufbau eines Ausländerzentrums werden wir in einer der nächsten WWA-Nummern ausführlich berichten.

Multinationales Komitee München

Spenden September

1.000,–	RK Betriebs kollektiv Ffm
60,–	Stadtteilgruppe Nordend, Ffm
40,–	Köln
50,–	B. Ffm
30,–	K. Ffm
10,–	W. Rheine
8,–	G. Renningen
100,–	U. Ffm
1,–	R. Huissen
1.299,–	

Naja... aber es könnte noch mehr sein!



Wer ist am meisten betroffen von der Kürzung des Kindergeldes? Die Antwort auf diese Frage zieht eine ganze Gruppe ans Licht, von der sonst nie die Rede ist – eine Gruppe, die abhängig, schwach und ohne jede sichtbare Organisations- und Kampfmöglichkeit scheint: Die Zurückgebliebenen in den Heimatländern: Ehefrauen, die nun mit noch weniger Geld die zahlreichen Kinder aufziehen sollen; Ehefrauen, die all die Kinder mühevoll allein erziehen müssen, die dann für die Fabriken des westeuropäischen Kapitals arbeiten sollen; Ehefrauen, die nicht in der Lage waren, Verhütungsmittel zu verwenden oder sich dem Zwang zum vielen Kinderkriegen zu widersetzen; die Kinder, die häufig nur das Schicksal der Emigration vor sich sehen; und die Alten, die jetzt gebrechlich sind, die vorher auf den kargen Feldern oder ebenfalls in den Fabriken Westeuropas geschuftet haben. Eine Welt, in der die jungen, aktiven Menschen fehlen, in der die Schwachen und Hoffnungslosen zurückbleiben.

Die Einkommenskürzung, so ist zu vermuten, wird voll zu Lasten dieser Gruppe gehen, denn die, die **hier** arbeiten und leben, sind auf die Dauer nicht in der Lage und immer weniger bereit, ihr hier verzehrtes Einkommen noch wesentlich zu kürzen. Das heißt aber nichts anderes als: Die Schwächsten einer Gruppe haben den Preis zu zahlen für die Kämpfe und Lohnerhöhungen der letzten Jahre. Man stelle sich vor, es wäre offen eine direkte Lohnkürzung der hier arbeitenden Ausländer betrieben worden, nicht lediglich eine Kürzung des Geldes für ihre Familien – eine solche massiv offen rassistische Politik hätte man sich wahrscheinlich noch nicht zugetraut. Provokation und Rassismus gegenüber Alten, Frauen oder Kindern ist aber vertretbar, zwar ein politisches Risiko, aber eines, bei dem man sich trotz allem nicht auf zu viel Widerstand einrichten zu müssen glaubt.

Eine Spaltung wird also betrieben zwischen den Familien, die mit ihren Kindern in Deutschland sind und denen, wo Frauen und Kinder daheimgeblieben sind. Eine Spaltung wohlgemerkt besonders auch der betroffenen Frauen – denn diejenigen von ihnen, die ihre Kinder hier zu versorgen haben und voll arbeiten, vollziehen nicht so leicht den Schritt, sich aktiv mit den Betroffenen, noch Schwächeren zu solidarisieren. Ihre Probleme wachsen ihnen ohnehin über den Kopf.

Das Kindergeld und die Lebensbedingungen der Emigrantinnen

Neben dem speziellen Angriff auf die Daheimgebliebenen ist die Kürzung des Kindergeldes aber auch eine Attacke auf die Emigranten insgesamt, die bestimmte Strukturprobleme ihrer Lage deutlich macht: Nicht nur daß die Kinder in der Heimat schlecht versorgt sind; die Alternative, hier mit den Kindern zu leben, ist ebenso nichtig: Arbeitsüberlastung der Eltern, zu enge Wohnungen, schlechte Schulversorgung, keine Ausbildungsmöglichkeiten, ständige Arbeitsplatzunsicherheit immer härtere Kontrolle durch die Behörden etc.



Diese ganze Lebenssituation aber hat wesentlich ein **Frauengesicht:** Hausarbeit unter schlechten Küchen- und Wohnungsverhältnissen, bei mangelhaften sanitären Einrichtungen ist es einfach schwerer; die Frauen sprechen meistens weniger deutsch als ihre Männer, haben schwerer Zugang zu Informationen; sie tragen im wesentlichen die Last von Versorgung, Kindererziehung, von der Tatsache, ihre Kinder unter entwürdigenden Bedingungen bekommen zu müssen, oder von dem Schmerz, ein eben geborenes Kind ins Heimatland abschieben zu müssen, weil eine gemeinsame Lebensmöglichkeit nicht besteht. Kleinkinder müssen älteren Geschwistern oder verkümmernden Krippensituationen ausgeliefert werden, in der Schule verstehen die Kinder nichts, sind Opfer ihrer erfolgreicheren deutschen Schulkameraden.

Leben in der Emigration heißt vor allem arbeiten in der Emigration. Das wiederum bedeutet für viele Frauen nicht nur den niedrig bezahlten Fabrikjob, sondern dazu noch einen zweiten in Putz- und Dienstleistungsberufen. Manchmal noch einen dritten: die Prostitution – solange sie noch jung und unverheiratet sind. Dies alles neben der Tatsache, daß sie entweder schon eine Familie zu versorgen haben oder zielgerichtet auf diesen Zustand hinarbeiten.

Es heißt außerdem, daß sie jetzt in der Krise verstärkt auf Arbeitsplätze gezwungen werden, die weder ein Existenzminimum gewährleisten noch auf die Dauer zumutbar sind: Spülerinnen, Putzfrauen, Dreckarbeiten in Krankenhäusern und Küchen etc. – Arbeiten, die der Hausarbeit am nächsten kommen und deswegen am schlechtesten bezahlt werden.

Multinationale Frauenarbeit?

Wir haben angefangen, mit den ausländischen Frauen – zunächst anhand der Kindergeldproblematik – zu arbeiten. Dabei wurde uns klar, daß wir die von diesem Problem am stärksten und unmittelbarsten betroffenen Frauen – nämlich die in den Heimatländern lebenden – nicht erreichen und auch keine Möglichkeit haben, mit ihnen gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Erreichen können wir aber diejenigen Frauen, die hier in der BRD leben und arbeiten und alle oder einige Kinder im Heimatland zurückgelassen haben. Diese Frauen könnten eine Motivation entwickeln, sowohl das Problem des Kindergelds aufzugreifen, als auch die Frage ihrer Lebensbedingungen in der Emigration und ihrer Situation als Frau im Heimatland, in das sie früher oder später ja – oft mit veränderten Einstellungen – zurückkehren.

Mit der Bildung einer multinationalen Frauengruppe wollen wir versuchen, eine Kommunikation unter den Frauen verschiedener Nationalitäten einzuleiten – z. B. wie sich die Emigration im einzelnen auf die Frauen auswirkt etc. – die Bedingungen ihrer jeweiligen Arbeits- und Lebenssituation zu diskutieren und mit ihnen gemeinsame aktuelle Probleme anzugehen wie Abtreibung, Schwangerschaft, ärztliche Versorgung, Kinder, kontrollierte Wohnheimsituation, verschärfte Ausbeutung, Lohnkürzung, Entlassungen usw.

Aus einem gegenseitigen Verständnis der Frauen in der Emigration läßt sich erst eine Art Marschlinie für eine gemeinsame politische Arbeit entwickeln.

Der Kampf für „gleiches Recht" in einer Situation, in der die Ungleichheit zum Kampfmittel Nr. 1 der Unternehmer geworden ist, ist für die ausländischen Frauen noch ungleich schwerer zu führen als für die ausländischen Männer. Zu ihrer Situation als Frauen und der zusätzlichen Diskriminierung als Ausländerinnen kommen noch die Sprachschwierigkeiten und kulturelle Bindungen, die sie stärker in Nationalitäten aufsplittern als es bei den Männern der Fall ist.

Für das Vorantreiben des Ansatzes einer multinationalen Frauengruppe haben die deutschen Genossinnen in der ersten Phase eine wichtige Funktion: das Zusammenbringen der verschiedenen Nationalitäten, Vermittlung von Information und Beratung etc. Aber das Ziel müßte letztlich ein autonomes, multinationales Frauenkomitee sein, wobei uns die Frage der Beteiligung von deutschen Frauen in solch einem Komitee noch nicht klar ist.

Bei der Agitation in den Wohnheimen mit ausländischen Frauen haben wir festgestellt, daß die unverheirateten Frauen die ganze Familienproblematik, auf die sie ja doch fast alle hinarbeiten, noch völlig verdrängen. Kindergeld, meinten viele zunächst, ginge sie nichts an, sie hätten keine Kinder. Aber wenn wir mit ihnen den Zusammenhang diskutiert haben, den die Reduzierung des Kindergeldes mit ihrer gesamten Situation als Ausländerinnen in der BRD hat – nämlich als Beschneidung von Rechten und Lohnkürzung – so sind sie sehr schnell darauf eingestiegen. Aber klar scheint uns, daß eine einheitliche Agitation für alle ausländischen Frauen in nächster Zeit nicht sinnvoll ist – eher das Ansetzen an Konflikten, die bestimmte Gruppen bilden oder betreffen.

Noch sind die Anfänge des Komitees sehr begrenzt – wichtig ist aber eins: daß wir von Anfang an die Bildung einer reinen Genossinnengruppe vermeiden, uns vielmehr auf die Problematik der ausländischen Frauen einstellen und mit ihnen gemeinsam neue Lernprozesse und Erfahrungen machen.

Initiativgruppe für ein multinationales Frauenkomitee

DIE WACHT am RHEIN[1]

im ELSASS + in BADEN

1 „Die Wacht am Rhein", nationalistisches deutsches Lied gegen den französischen Erbfeind, 1854. Ein elsäßisches Transparent auf dem besetzten Platz hat diesen Slogan vom Kopf (Volk gegen Volk) auf die Füße gestellt (Unten gegen Oben): „Deutsche und Franzosen: Die Wacht am Rhein".

Seit dem 20. September 1974 hat der Kampf der elsässischen und badischen Bevölkerung gegen die Planungen eines Bleiwerkes in Marckolsheim und eines Atomkraftwerkes in Wyhl seinen bisher schärfsten Ausdruck gefunden: Bauplatzbesetzung in Marckolsheim (Elsaß). Auf dem Gelände, das die Chemischen Werke München Otto Bärlocher GmbH (CWM) – 51 % der Anteile hält CWM-Geschäftsführer Christian Rosenthal, 49 % der Frankfurter Degussa-Konzern – der Straßburger Hafenverwaltung abgekauft haben, soll das Bleiwerk entstehen.

Hier soll keine politische Einschätzung geliefert werden, vielmehr wird anhand von Flugblättern, Pressemitteilungen, Bildern die tatsächliche Ebene der Auseinandersetzung dokumentarisch festgehalten.

– entnommen aus Flugblättern –:

Eine zusammenfassende Darstellung der Atomkraftwerk–Problematik mit den wichtigsten Quellen- und Literaturangaben bringt Ihnen „DER UMKREIS" Nr. 10 (16 Seiten, Selbstkosten ca. DM 0,70, 2. Aufl.).
Bürgerinitiative Umweltschutz Kinzigtal e. V.
D-7612 Fischerbach, Hauptstr. 17
Spendenkonto 00-023888 Bezirkssparkasse Haslach i. K.

CHRONIK

Marckolsheim

Vor mehr als zehn Jahren wurde das Gelände des besetzten Bauplatzes als Industriegelände ausgewiesen. Seither wartet Marckolsheim vergeblich auf Industrieansiedlungen.

Oktober 1971: Claude Cheysson, Chemie- und Bergbaumanager, proklamiert die „chemische Berufung" des Elsaß.

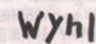
Seit Ende 1973: weiß der Gemeinderat von Marckolsheim, daß die Chemischen Werke München (CWM) den Bau einer Bleifabrik planen.

April 1974: Einige wenige, die von der Gefahr des Bleis wissen, beginnen, die juristischen und parlamentarischen Mittel auszuschöpfen: Briefe, Petitionen, Einsprüche, Flugblätter und Plakate, Informationsveranstaltungen.

8. 5. 1974: Der Gemeinderat entscheidet sich mit 11 zu 9 Stimmen gegen die Fabrik, aber

26. 6. 1974 der Präfekt von Straßburg, Jean Sicurani, beschließt den Bau. Die 11 Gemeinderäte treten zurück.

28. 7. 1974: 2 000 Menschen demonstrieren gegen den Bau der Bleifabrik. Zum ersten Mal sind Badener dabei, denn der Bleistaub der CWM wird nicht an der deutschen Grenze haltmachen.



1972 verhindern Winzer, Studenten und Wissenschaftler den Bau eines KKW in Breisach. 65 000 Unterschriften, massive Proteste der Bevölkerung, Demonstrationen.

14. 5. 1974: Die Wyhler Bevölkerung erfährt aus dem Radio, daß ihr Ort als neuer Standort des KKW bestimmt ist. Ein Bürgerentscheid, der dem Gemeinderat verbieten soll, das Gelände an das Badenwerk zu verkaufen, wird vom Bürgermeister abgewürgt. In vielen Ortschaften des nordwestlichen Kaiserstuhls bilden sich sofort Bürgerinitiativen. Ihre Forderung: Kein KKW in Breisach, kein KKW in Wyhl! Versammlungen, Aufrufe, 100 000 Einsprüche, Demonstration der Fischer auf dem Altrhein.

27. 4. 1974 Traktordemonstration der Winzer und Bauern. Ein 6 km langer Zug mit 400 Traktoren und Wagen fährt durch die Weinbaudörfer.

9. 7. 1974 Erörterungstermin der Einsprüche in der Turnhalle in Wyhl. Die „neutrale" Erörterung der Einsprüche ist eine Farce, allzu deutlich wird die Union zwischen Badenwerk und Genehmigungsbehörde. Die Einsprecher erklären die Ministerialräte für befangen und beenden am zweiten Tag durch vollständigen Auszug das Alibi-Verfahren.



25. 8. 1974: Sternmarsch gegen KKW und Bleiwerk. 2 000 demonstrieren von Wyhl aus zum vorgesehenen Bauplatz des Kernkraftwerks. Grußadressen aus der Schweiz und Frankreich. Gründung des INTERNATIONALEN KOMITEES der 21 badisch-elsäßischen Bürgerinitiativen.

BAUPLATZ-BESETZUNG

20. 9. 1974 1. Woche
Einige hundert Demonstranten betreten den Bauplatz. Nach einer freundlichen und vernünftigen Diskussion stellen die Arbeiter ihre Tätigkeit ein. Sie machen diesen Job ja nicht, weil sie ein Bleiwerk wollen, sondern Arbeit. Zwei Zelte werden aufgeschlagen. Der Widerstand nimmt täglich zu. Ein Schichtwechsel wird eingerichtet, jeden Morgen kommen die Bewohner aus je einem badischen und elsässischen Dorf, viele mit Traktoren und übernehmen die Wache. Es werden Hütten und Unterstände gebaut, eine Kantine, ein Hühnerhof, Spielgeräte für Kinder. Mobile Informationsgruppen arbeiten in den Dörfern.

26. 9. 1974
Am Donnerstag läßt der Präfekt in Straßburg die Grenzen für badische Demonstranten schließen. Daraufhin blockieren sie (etwa 200, voran die Frauen aus der Umgebung) die Grenzbrücken bei Sasbach und Breisach. Am Freitag sind die Grenzen wieder offen.
Es wird bekannt, daß Bayer Leverkusen in Mackenheim, einem Ort nördlich von Marckolsheim, ein anderes Chemiewerk plant. Der Gemeinderat stimmt 7:6 für das Werk. Am nächsten Tag steht im Dorf ein Galgen mit sieben Stricken . . .

29. 9. 1974 2. Woche
Am Wochenende sind einige Hundert auf dem Platz. Es gibt Straßentheater, Musik, viele Diskussionen. Die Leute aus den Dörfern bringen Verpflegung, Baumaterial, Brennholz. Bürgerinitiativen aus der Schweiz, Holland, Wissenschaftler aus mehreren Ländern solidarisieren sich mit der Bauplatzbesetzung.

30. 9. 1974
Die Frauen, die den Platz besetzt halten, schreiben an Mme. Francoise Giroud, Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten: „Wir sind fest entschlossen, bis zuletzt für die Zukunft unserer Kinder zu kämpfen. Wenn bis heute die Besetzung aufrechtzuerhalten war und sich Tag für Tag vergrößerte, so ist dies besonders der Einsatzbereitschaft derjenigen zu danken, die die Mühen und Kosten für die Verpflegung und die materielle Organisation auf sich genommen haben und der Entschlossenheit all dieser Frauen und Mütter, die ihre Männer und Kinder unterstützen . . ."

Schallplatte am Wacht Rhein

Im deutsch-elsäßischen Grenzgebiet kämpft die Bevölkerung seit Wochen gegen die Errichtung eines Bleiwerks und eines Atomkraftwerks in Wyhl und Marckolsheim. Tausende beteiligten sich seither an der Besetzung der Bauplätze: Bauern, Jugendliche und andere, Deutsche und Franzosen. 21 Bürgerinitiativen in diesem Raum haben sich zu diesem Kampf zusammengeschlossen. Dabei entstanden Lieder, denen immer neue Strophen aus der Bevölkerung hinzugefügt werden. Die Lieder sind jetzt als Platte da. Mit Text kann man sie für DM 5,– beim TRIKONT-VERLAG, 8 München 80, Josephsburgstr. 16, beziehen.

Die Wacht am Rhein

Im Elsaß und in Baden
war lange große Not
da schossen wir für unsre Herrn
im Krieg einander tot.
Jetzt kämpfen wir für uns selber
in Wyhl und Marckolsheim
wir halten hier gemeinsam
eine andere Wacht am Rhein.

Auf welcher Seite stehst du? He!
Hier wird ein Platz besetzt.
Hier schützen wir uns vor dem Dreck,
nicht morgen, sondern jetzt!

Herr Rosenthal hat einen Plan,
der uns gar nicht gefällt.
Dem Rosenthal ist das egal,
den interessiert nur Geld.
Uns aber interessieren
der Fluß, der Wald, das Feld
und unsere Gesundheit
kauft uns keiner ab für Geld.

Wer will den bleiverseuchten Wein,
Blei-Milch, Blei-Hecht, Blei-AAl?
Wer ißt ein Rindersteak mit Blei?
Vielleicht Herr Rosenthal?
Aber nein, der hält sich sehr gesund,
sauber und elegant –
bloß seinen CWM-Mülleimer
stellt er in unser Land.

usw.

ERKLÄRUNG DER 21 BÜRGERINITIATIVEN AN DIE BADISCH-ELSÄSSISCHE BEVÖLKERUNG

(Wurde in zwei Sprachen verfaßt)

Weil wir wissen,
daß das geplante Atomkraftwerk bei Wyhl, sein Atom-Müll und seine künftige Ruine unser Land und unser Leben gefährden;
daß der Betrieb des Atomkraftwerks und der nachfolgenden Industrie das Klima so verändert, daß den Landwirten, vor allem den Winzern die Existenz zerstört wird und sie als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen;
daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanzen und Tiere, die wir essen;
und weil wir nicht abwarten können, bis die Katastrophe da ist —

Weil wir sehen,
daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihre Profite aufs Spiel setzt;
daß wir belogen werden mit Parolen wie: „Entweder Fortschritt oder Umweltschutz" — Den Fortschritt schaffen wir mit unserer Arbeit. Wir lassen uns nicht einen „Fortschritt" der Selbstzerstörung aufzwingen;
daß die KKW-Spezialisten von der Atomindustrie bezahlt sind und deshalb Illusionen verbreiten über ‚saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit', obwohl sie es besser wissen müßten;
und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen explodieren —

Weil wir gelernt haben,
daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen; daß sie selbst Reklame machen für Atomstrom;
daß die Regierung neutrale Wissenschaftler abwertet, die Bürgerinitiativen, d. h. die Selbstorganisation der Bevölkerung, bekämpft und die Bevölkerung täuscht;
daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt und gegen den Protest von fast 100 000 Einsprechern durchsetzen will;
daß wir jetzt unsere Interessen nur noch selber, gemeinsam und entschlossen vertreten können;
und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derart mißachtet wird —

Weil wir wissen,
daß die Produktion auf der Basis von Blei, wie sie von den Chemischen Werken München in Marckolsheim geplant wird, eine große Gefahr darstellt für Menschen, Tiere und Pflanzen;
daß die Behörden nicht imstande sind, unsere Umwelt vor dieser Verseuchung zu schützen;
daß die Baugenehmigung erteilt wurde, ohne vorher umfassende Gutachten einzuholen;
daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen die Gefahren nicht vermindern, sondern nur verbergen;
daß die deutsche Bevölkerung, die es ja auch angeht, gar nicht befragt wurde;

Weil wir sehen,
daß Ärzte und zuständige Wissenschaftler immer wieder einhellig auf die Gefahren hinweisen, die von der Bleiindustrie ausgehen;
daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden;
daß der ausgeschiedene Staub von Bleihütten Katastrophen hervorruft: Nordenham, Stollberg . . . .;
daß für diese Fälle meistens gar keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen wurden, und wenn, dann nutzlose;

Weil wir gelernt haben,
daß die sogenannte „Untersuchung des öffentlichen Nutzens" (enquete d,utilité publique) nur einen blassen Anschein von Demokratie hat;
daß die Behörden die Ansicht der Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigen;
daß wir jetzt alle verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen,

Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.

Marckolsheim ist seit dem 20. September besetzt

Am 20. September 1974 rufen die 21 Organisationen zur Besetzung des Geländes der CWM in Marckolsheim auf. Seit diesem Tag organisiert sich die Besetzung auf dem Gelände. Informationsstände, Zelte und Unterstände werden aufgestellt. Ein ständiger Wachdienst wird abwechslungsweise von allen Dörfern des Kreises Marckolsheim und Emmendingen in die Hand genommen, halbtagsweise. Traktoren und private Wagen bringen jeden Tag die Leute auf das besetzte Gelände zur aktiven Beteiligung an allen Aktionen, die von dort aus unternommen werden.

Franzosen und Deutsche stehen den Chemischen Werken München in gemeinsamer Front gegenüber und organisieren sich, damit trotz der ungerechten Machtausübung der Gewählten und der Administration die Niederlassung von CWM unmöglich gemacht wird.

Seit dem Anfang der Besetzung sind verschiedene Aktionen durch die einzelnen besetzenden Gruppen unternommen worden:

Eine Delegation des GISEM hat den Umweltschutzminister Jarrot in Gebweiler aufgesucht.

Eine Delegation der besetzenden Gruppen ist zweimal vor der Prefecture in Strasbourg mit Plakaten gestanden, wo der Conseil Regional eine Sitzung abhielt.

Ein Brief ist an Herrn Dr. Rosenthal, CWM München und Francoise Giroud, Secretaire d'Etat a la Condition Feminine abgesandt worden.

Europe I hat unserem Problem eine Sendung gewidmet: „Es gibt immer etwas zu tun" von Pierre Bellemare.

Unsere Aktion ist von der gesamten regionalen und nationalen Presse Radio und Fernsehen in Frankreich und Deutschland besprochen worden.

Die Eltern in Marckolsheim haben sich an einem Tag geweigert, die Kinder in die Schule zu schicken.

Die Arbeiter sind gehindert worden, ihre Arbeit zu verrichten, indem sich die Leute vor die Maschinen stellten.

Das Goldene Buch der Besetzung hat schon 4 500 Unterschriften.

Viele Bewohner des Kreises besetzen zur Zeit das Gelände mit unseren deutschen Freunden. Sie kämpfen für die Wahrheit und vor allem für die Gesundheit. Es darf nicht sein, daß nur ein Teil der Bevölkerung sich diesem Schädlichen zu widersetzen wagt. Nein der CWM! **Presseerklärung**

FRAUEN BEWACHEN DEN BAUPLATZ

Frauen schlagen Alarm

Wir, vierzig Frauen aus Sasbach, Wyhl, Weisweil, Riegel und Leiselheim, haben uns am Dienstag, 8. 10. 1974, getroffen, weil uns klargeworden ist: Wenn wir Frauen jetzt nicht aktiv werden, ist es bald zu spät!

Politik ist nicht mehr nur „Männersache". Denn es geht nicht nur um die Existenz der Winzer und Landwirte und um lebensgefährliche Arbeitsplätze: **Es geht um die Gesundheit unserer Familien, um die Zukunft unserer Kinder!**

Was beim Erörterungstermin noch geleugnet wurde, ist durch das Beispiel Marckolsheim jetzt bewiesen: Das Kernkraftwerk zieht weitere lebensgefährliche Industrie nach sich. Um das Bleiwerk zu verhindern, haben die 21 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen am 20. September zur Bauplatzbesetzung aufgerufen. Und fast 5 000 sind gekommen, um sich an der Besetzung zu beteiligen. Warum?

Die Chemischen Werke München (CMW) wollen dort Bleiverbindungen herstellen, die Plastik, besonders PVC, haltbarer machen. Nach Angaben des Unternehmens werden dabei jährlich **3 Tonnen Bleistaub** durch den Schornstein geblasen. Nach Berechnungen von Wissenschaftlern der Univesität Freiburg sind es **aber 8 Tonnen**, trotz Filteranlagen. Und in einem **Umkreis von 50 km müssen wir mit Bleivergiftungen rechnen!** Besonders stark wirken sie sich bei Kindern aus: Schwachsinn, Krämpfe, Störungen in den Muskeln und Augen, Mißbildungen. **Wir wollen nicht, daß sich die Katastrophen von Nordenham, Stolberg und Hoboken bei uns wiederholen, bloß weil gewissenlose Unternehmer daraus Profit schlagen!**

Eine solche Bleifabrik brauchen wir genauso wenig wie das Atomkraftwerk. Es ist erwiesen, daß es nicht für **uns** Strom produzieren wird, sondern für eine Industrie, die unsere Heimat und uns zerstört und die wir sowieso nicht wollen. Unser Strombedarf ist längst gedeckt! Und wir wissen, daß das KKW nur wenige und außerdem hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft, die mit Fachleuten von auswärts besetzt werden.

Frauen, laßt Euch nicht länger belügen! Kämpft für die Gesundheit Eurer Familien! Kämpft jetzt, bevor es zu spät ist!

Was wir brauchen, sind gesunde Arbeitsplätze und eine Umwelt, in der unsere Kinder gesund aufwachsen können. Wir haben gehört und gesehen, wie eine gewissenlose Industrie Tausende von Contergankindern verkrüppelt und die Mütter im Stich gelassen hat. **Wir wollen keine Bleikrüppel und auch keine Hiroshima-Kinder!**

Alle Frauen müssen sich jetzt gegen diese Gefahr zusammenschließen, in jedem Dorf des Kaiserstuhls und nördlich des Kaiserstuhls. Man kann jetzt nicht gegen die Bleifabrik und für das Atomkraftwerk sein, oder umgekehrt: eins hängt mit dem anderen zusammen, und beides kann uns nur schaden. Blei und Atom machen auch nicht vor einzelnen Dörfern Halt: deshalb müssen alle Frauen zusammenhalten.

Dieser Kampf ist jetzt wichtiger als die Hausarbeit! Was nützt uns später der perfekte Haushalt, wenn darin nur noch Kranke leben? Beteiligt Euch an der Bauplatzbesetzung in Marckolsheim und bereitet gleichzeitig die Platzbesetzung in Wyhl vor! Wir Badener Frauen dürfen nicht hinter den Marckolsheimer Frauen zurückstehen! Laßt Euch nicht am Kommen hindern, wenn Ihr kein Auto habt, verabredet Euch mit anderen Frauen!

Fortsetzung CHRONIK

1. 10. 1974
Das Internationale Komitee der Bauplatzbesetzer schreibt an Dr. Rosenthal, Generaldirektor der Chemischen Werke München: „Herr Direktor, bei uns in Marckolsheim ist es üblich, öffentliche Angelegenheiten öffentlich zu behandeln . . . Bedenken Sie, daß, wenn ein Volk für seine Freiheit und die Zukunft seiner Kinder kämpft, niemals der Angreifer oder der Unterdrücker das letzte Wort hat. Wir wissen, wofür wir kämpfen . . ."

4. 10. 1974 3. Woche
In Mulhouse, Schlettstadt, Straßburg und Freiburg finden Solidaritätskundgebungen statt.

6. 10. 1974
Sonntag. 2 000 Franzosen und Deutsche versammeln sich auf dem Platz. Ein Sprecher von 18 000 französischen Pendlern solidarisiert sich mit der Besetzung: Wir brauchen Arbeitsplätze, aber nicht solche. Mehr als 7 000 haben sich im „Goldenen Bleibuch" solidarisch erklärt. Rosenthal spricht gegenüber dem „Spiegel" von „Leuten, die besoffen Gaudi machen . . .".

8. 10. 1974
40 badische Frauen schlagen Alarm! Sie verfassen ein Flugblatt und verteilen es in 14 badischen Dörfern: „Wir wollen keine Bleikrüppel und keine Hiroshima-Kinder!" Ihr offener Brief an Ministerpräsident Filbinger wird von 200 Frauen unterschrieben: „Die gegen uns hier angewandten Methoden erinnern zu sehr an jene des 1 000jährigen Reiches, dessen Verantwortliche, wie auch Sie noch wissen werden, schon nach 12 Jahren am Galgen geendet haben."

13. 10. 1974 4. Woche
Wahlen in Marckolsheim. Ersatz für die 11 zurückgetretenen Gemeinderäte. 70 % Wahlbeteiligung. Alle 11 neuen Gemeinderäte stammen aus der Liste der Platzbesetzer. Der alte Bürgermeister tritt zurück. Ein Platzbesetzer wird Bürgermeister. (Aber **kein** Bürgermeister wird Platzbesetzer.)

20. 10. 1974 5. Woche
Sonntag. 4 000 auf dem Platz. „Es ist ungewiß, ob wir dem Sieg nahe sind, aber sicher ist, wir sind ihm näher als zu Beginn der Aktion."

Es geht weiter

Offener Brief der badischen Frauen an Ministerpräsident Filbinger

Herr Ministerpräsident,

nachdem alle bisher von unserem Gebiet vorgetragenen und schriftlich eingereichten Bedenken in bezug KKW Wyhl und Bleiwerk Marckolsheim scheinbar ungehört verhallten, wenden sich heute wieder die Frauen und Mütter des betroffenen Gebietes an Sie.

Muß es für Sie und Ihre Mitarbeiter nicht ein beschämendes Gefühl sein, das Vertrauen Ihrer Landeskinder so zu belohnen, indem 100 000 Einsprüche aus unserem Gebiet und 360 Unterschriften der Frauen und Mütter aus Weisweil, die einem in allem Anstand an Sie gerichteten offenen Brief beigefügt waren, höchstens Ihren Papierkorb bereichert oder Ihnen ein mitleidiges Lächeln entlockt haben? Ihr Schreiben an die Weisweiler Frauen war ja nach all dem, was im weiteren Verlauf geschah, ein billiges Trostpflaster, mit dem Sie uns beruhigen wollten. Ist es nicht eine himmelschreiende Gemeinheit, wenn man die Vertreter der betroffenen Gemeinden nach Stuttgart zitiert, um sie dort mit einer großen Gruppe von Pro-KKW–Experten und Wissenschaftlern zu konfrontieren, während die Wissenschaftler, die für die Interessen der Bürgerinitiativen eintreten, zu Hause bleiben mußten? Oder wie wollen Sie es nennen, wenn die Artikel für die Presse schon am Tage zuvor fertig waren, bevor nur ein Mann gehört wurde?

Wir nennen das Manipulation. Und nichts anderes war es auch, als wir in den angeblich neutralen Zuschauern der Pro-und-Kontra-Sendung in Sachen Kernkraftwerke uns bekannte Befürworter vom Erörterungstermin in Wyhl wiedererkannten!

Wir glauben, daß solche Verfahren einer demokratischen Regierung unwürdig sind. Die Herren in Stuttgart sollten aber nicht vergessen, daß in jüngster Zeit Präsidenten- und Ministersessel auf sehr schwachen Füßen stehen, und wer weiß, wie schnell es Wahrheit werden kann: Ich will heimsuchen der Väter Missetat an den Kindern bis in das dritte und vierte Glied.

Die gegen uns hier angewandten Methoden erinnern zu sehr an jene des 1 000jährigen Reiches, dessen Verantwortliche, wie auch Sie noch wissen werden, schon nach 12 Jahren in Nürnberg am Galgen geendet haben. Oder gehen wir in die Frühgeschichte zurück, wo ein Turm bis zum Himmel gebaut werden sollte. Wahrlich ein tollkühnes Unterfangen. Er wurde unter zahllosen Opfern und Mühen der damals lebenden Generation in die Höhe getrieben und entsprach bei der damaligen Technik wahrscheinlich einem KKW bei unserem heutigen Stand. Aber ein unmißverständliches Halt unseres Schöpfers verhinderte seine Vollendung. Sollten wir uns nicht einmal darüber Gedanken machen!! – Wir glauben, daß uns Frauen das ein Hoffnungsschimmer sein könnte.

Herr Ministerpräsident, wir kämpfen um ein gesundes Leben unserer Kinder und deren Nachkommen. Wir wehren uns nicht gegen eine saubere, gesunde Industrie, die doch mit Hilfe der heutigen Forschung erreicht werden müßte. Was nützt es uns, wenn wir nach einigen Jahren dahinsiechen müssen? Dann werden auch Ihre so groß geplanten Fabrikhallen leerstehen. Es scheint uns fast, als ob, von Stuttgart aus gesehen, Deutschland vor den Bergen des Schwarzwaldes enden und Frankreich erst hinter den Kämmen der Vogesen beginnen würde.

Sollten Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Mitarbeiter nicht bereit sein, unseren eindringlichen Appell ernstzunehmen, so werden wir Frauen des Kaiserstuhls und des betroffenen Gebietes entschlossen sein, Ihnen bei der nächsten Wahl die verdiente Quittung zu präsentieren.

Wir flehen Sie an, Ihre Entschlüsse zu revidieren, bevor unsere Männer zu Mördern werden.

Einerseits machten die Vertreter des Badenwerks Panik mit der Energie-„Knappheit", andererseits machten sie Reklame für Stromverbrauch u. a. (auf der Landwirtschaftsmesse 1973 in Freiburg) für elektrisch beheizte Swimmingpools. Das fiel auf.

→ Flugblatt

Bauplatzbesetzung in der 5. Woche – Wahlsieg der Bürgerinitiativen

Die Nachwahlen für die 11 aus Protest gegen das Bleiwerk zurückgetretenen Gemeinderäte in Marckolsheim brachten einen großen Sieg für alle, die den Bau des Bleiwerks nun schon fünf Wochen lang verhindern: alle 11 Gemeinderäte wurden aus der Liste der G.I.S.E.M., einer der 21 Bürgerinitiativen, gewählt. Der Bürgermeister trat daraufhin zurück; am 19. 10. 1974 wurde aus den Reihen der Platzbesetzer ein neuer Bürgermeister gewählt.

Die 21 Bürgerinitiativen und die Fraueninitiative haben der Badischen Zeitung, der einzigen regionalen Zeitung, gedroht, dafür zu sorgen, „daß die Badische Zeitung in 14 Gemeinden des Kaiserstuhls massenhaft abbestellt wird", wenn sie weiterhin über die Bauplatzbesetzung schweigt, aber über den Presseball in Freiburg ausführlichst berichtet:

„Was ist wohl von größerem öffentlichen Interesse, das Tanzbein des Ministerpräsidenten oder die Bevölkerung, die sich unter großen persönlichen Opfern gegen Gefahren wehrt, die kein Mensch mehr ernsthaft bestreiten kann? Unser Kampf um das Recht, nicht gefährdet zu werden, ist hundertmal schwieriger als die Bemühungen der CWM, uns gefährden zu dürfen. Wir wünschen, daß auch die Bevölkerung in Freiburg und Umgebung über die Vorgänge in Marckolsheim ausreichend informiert wird."

Nach vier Wochen Bauplatzbesetzung, die mit jeder Woche mehr Rückhalt in der badischen und elsässischen Bevölkerung findet, hängen sich abgeordnete, Weinbauverband und Bürgermeister an die Bewegung und versuchen den Anschein zu erwecken, als seien sie schon immer gegen gefährdende Industrie gewesen. CDU-Landtagsabgeordneter Evers „zeigt sich über die Bedingungen erschüttert, unter denen gegenwärtig Bleiwerksgegner auf dem Bauplatz kampieren" (BZ, 22. 10. 1974).

Auch der Bürgermeister von Wyhl, Zimmer, bekannt als Kernkraftwerk-Befürworter und williger Verhandlungspartner der Badenwerk AG, reiht sich in die Reihe der Bleiwerksgegner ein. Sie machen sich lächerlich vor der Bevölkerung auf beiden Seiten des Rheins, denn die 21 Bürgerinitiativen haben von Anfang an erklärt, daß der Kampf gegen Bleiwerk und KKW gemeinsam geführt wird. „Man kann jetzt nicht gegen das Bleiwerk und für das Atomkraftwerk sein und umgekehrt: eins hängt mit dem anderen zusammen und beides kann uns nur schaden." (Frauen schlagen Alarm; Flugblatt)

Am Sonntag, 20. Oktober, versammelten sich 4 000 Elsässer und Badener auf dem Bauplatz. Immer mehr Dörfer im südlichen Teil des Kaiserstuhls beteiligen sich am Kampf gegen Bleiwerk und KKW. Sie erklären: „Es ist ungewiß, ob wir dem Sieg nahe sind, aber sicher ist, wir sind ihm näher als zu Beginn der Aktion."
(aus: ID, 25. 10. 1974)

Beim Erörterungstermin in Wyhl (9. 7. 1974) saßen, gut bezahlt, teils getarnt, aber alle einig, auf der einen Seite: Eierköpfe der Kraftwerksunion (AEG, Siemens), des Badenwerks, der Landesregierung, der Kripo, des Verfassungsschutzes, des Batelle-Instituts, der Bereitschaftspolizei, der Forschungsinstitute usw.

Auf der anderen Seite: Die betroffene Bevölkerung, Bauern, Fischer, Angestellte, Arbeiter, Winzer, Wissenschaftler und Studenten . . . → Flugblatt

Biwak im Stroh „Badische Zeitung" v. 31.10.74

Die „Besatzer" biwakieren in ausrangierten Omnibussen, nächtigen auf Stroh in kleinen Zelten und lassen das Gelände keine Minute aus den Augen. Den anrückenden Bautrupps schlugen sie mehrmals ein Schnippchen. Sie setzten sich in ausgehobene Löcher, um das Einlassen von Zaunpfählen zu verhindern. Traktoren wurden als Sperren zusammengezogen. Die Initiatoren des gewaltlosen Widerstandes gegen das Bleiwerk haben einen genauen Bewachungs- und Alarmplan ausgetüftelt.....

Streiks und nochmals Streiks

Arbeitskämpfe in Spanien

Die Streikbewegungen der Arbeiter haben sich im ganzen Land mit großer Intensität entwickelt. Es ist fast unmöglich alle Kämpfe aufzuzählen, die die Arbeiter aus ökonomischen, solidarischen und auch politischen Gründen führen. Allein im Oktober haben bedeutende Ereignisse stattgefunden, wie der große Streik in Valladolid, der solidarisch von anderen Fabriken in Valladolid selbst, durch die Arbeiter der FASA-Renault-Werke in Sevilla und große Teile der Arbeiterklasse im ganzen Land unterstützt wurde. Das war der wichtigste Konflikt im Oktober, aber es gab noch viele andere.

In Barcelona haben 8 000 Arbeiter der SEAT, des größten Autoherstellers in Spanien, mehrere Streiks erklärt. Die Polizei von Barcelona hat eine Notiz veröffentlicht, in der sie die Verhaftung von Arbeitern in einer „illegalen" Versammlung mitteilte. Unter den Verhafteten befanden sich auch einige italienische Arbeiter der Fiat-Werke, die des Landes verwiesen wurden.

Bei Hispano Olivetti wurden 2 500 Arbeiter wegen eines Streiks bis zum 14. 10. 1974 von Arbeit und Lohn ausgeschlossen. In Manresa und Sabadell wurden in verschiedenen kleinen und mittleren Unternehmen Streiks durchgeführt, an denen über 2 500 Arbeiter beteiligt waren.

In Bilbao wurden 4 000 Arbeiter der General Electrica Spanien bis 15. 10. 1974 ausgesperrt, weil sie einen Streik erklärt hatten. 800 Arbeiter der Robert Bosch Werke in Madrid streiken schon seit drei Wochen um gegen die Entlassung und Verhaftung ihrer Kollegen zu protestieren. Sie wurden am 5. 10. 1974 von Polizei und Mitgliedern der „sozialen und politischen Brigaden" aus einer Kirche, in der sich sich versammelt hatten, vertrieben. 300 Arbeiter wurden festgenommen und ihre Personalausweise einbehalten. Bis auf sechs wurden später alle wieder freigelassen. Diese sechs (drei Priester, ein Journalist, zwei Rechtsanwälte) wurden vor das Gericht, das für Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung zuständig ist, gestellt.

Am 12. 10. 1974 wurden die Arbeiter von Pirelli (ungefähr 2 000) von Arbeit und Lohn ausgeschlossen.

Bei Damper Iberica de Gava (Barcelona) wurde die Arbeit nach einem 20 Tage andauernden Streik wieder aufgenommen.

1 600 Arbeiter der Autofabrik Authi in Pamplona sind seit dem 12. 10. 1974 zeitweise ohne Arbeit, nachdem die Unternehmensleitung erklärt hat, die Firma befände sich in einem Krisenzustand.

Arbeiter, denen Sanktionen auferlegt wurden, demonstrierten in Sestao, Portugahlete und Las Arenas. Diese Arbeiter gehörten den Unternehmen der Babcock Wilcox und General Electric Espanola an.

Am 12. 10. 1974 klärte sich der Konflikt der Fischer von Cudillero (Asturien), die sich drei Wochen lang im Ausstand befanden.

16. 10. 1974: Bei den Pirelli-Werken in Manresa werden die „normalen Zustände" wieder hergestellt, aber die Arbeiter von Pirelli Moltex in Cornella, die von Arbeit und Lohn ausgeschlossen sind, behalten ihre kämpferische Haltung bei und streiken trotz der Gefahr, ihren Arbeitsplatz endgültig zu verlieren.

In Cornella de Llobregat finden in fünf Fabriken mit mehr als 3 000 Arbeitern Arbeitsniederlegungen aus Solidarität mit den Pirelli-Arbeitern statt. Fortsetzung des Streiks in der Metallfabrik von Esplugas Benavent S.A. Erneute Schließung der Fabrik der General Electrica Espanola in Trapaga und Galindo. Die Arbeiter, die seit dem 7. 10. 1974 von Arbeit und Lohn ausgeschlossen sind, erklären den Streik. Die Unternehmensleitung beschließt die Firma auf unbestimmte Zeit zu schließen. Die Anzahl der von dieser Maßnahme betroffenen Arbeiter beläuft sich auf 2 000.

18. 10. 1974: 8 000 Arbeiter der SEAT in Barcelona führen aus Anlaß des dritten Todestages des Arbeiters Ruiz Villalba, der von der Polizei ermordet wurde, einen mehrstündigen Streik durch.

Pirelli-Moltex in Cornella entläßt in einer Abteilung von 500 Arbeitern 319 wegen ihrer Haltung zum Streik. Mit diesen Arbeitern solidarisieren sich in 16 Fabriken dieser Gegend über 5 000 Arbeiter und legen zeitweise ihre Arbeit nieder.

118 Arbeiter werden von der Metallfabrik Benavent entlassen. Der Arbeitsausstand von Hispano Olivetti geht weiter.

In Madrid liefen über 1 000 Menschen zwei Stunden lang durch die Colonia de San Blas de Madrid (Arbeiterviertel) mit den Parolen „Bezahlt keine Mieten, wir wollen anständige Wohnungen" und „Nachbarn, mehr Einheit". Der Anlaß dieser Protestkundgebung war, daß über 300 Häuser von 1 200 in diesem Viertel sehr große bauliche Mängel aufweisen.

Weitere Streiks: 900 Arbeiter der Bekleidungsindustrie von Cedifar in Vigo führten Protestaktionen durch, weil die Unternehmensleitung in den Toiletten Stechuhren anbringen ließ, um die dort zugebrachte Zeit zu kontrollieren.

Die monarchistische und reaktionäre Zeitung ABC in Madrid schloß 9 Arbeiter von Arbeit und Lohn aus, weil sie an den stattgefundenen Arbeitsniederlegungen teilgenommen hatten.

94 Frauen der Fabrik von Jose Ormachea in Bilbao wurden von Arbeit und Lohn ausgeschlossen, weil sie Lohnforderungen aufgestellt hatten.

In Sevilla haben Arbeitsniederlegungen in Arteferro, Astilleros Espanoles y Dragados y onstrucciones stattgefunden, um sich mit den Kollegen von Valladolid zu solidarisieren.

Die Bankangestellten von Madrid, die gerade dabei sind, neue Arbeitsverträge auszuhandeln, führten aus Solidarität mit den Arbeitern von Valladolid eine Arbeitsniederlegung durch.

Bewegungen der jüngsten Zeit: 11 Hausfrauenvereinigungen protestierten beim Minister de la Gobernacion und beim obersten Polizeichef gegen das Verbot, Veranstaltungen und Pressekonferenzen durchzuführen, die Probleme der Familie, der Schule und Betrügereien bei Lebensmitteln zu behandeln. Die Polizei hatte die Lokale, in denen die Veranstaltungen stattfanden, gesperrt und in einigen Fällen die Teilnehmer gewaltsam vertrieben. 4 Frauen wurden 48 Stunden lang in Polizeigewahrsam genommen. Während dieser Artikel geschrieben wird, sind in der Provinz von Vizcaya 12 500 Arbeiter im Streik. In Baracaldo und Renteria finden Demonstrationen statt. In Renteria hat die Polizei schon von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.



Kapitalistische Entwicklung, Klassenkampf und politische Krise in SPANIEN

Die ungleiche und kombinierte Entwicklung des Kapitalismus in Spanien hat seit 1953 und besonders seit 1960 durch das internationale Finanzkapital die wichtigsten Aspekte des Landes und der Gesellschaft verändert. Obwohl die totalitäre Struktur und die reaktionäre Ideologie stark hemmen, unterscheiden sich die Spanier der 70er Jahre sehr von den Spaniern der 40er und 50er Jahre, die unter einer erbarmungslosen Diktatur lebten, die sich eine Autarkie ohne Zukunft als Ziel gesetzt hatte.

Die Wiederaufnahme Spaniens in den Weltmarkt, die Änderung, die das internationale Kapital in Spanien hervorgerufen hat, der Durchbruch des ausländischen Kapitals, die Auswanderung der Landarbeiter und die Emigration in die industriellen europäischen Länder, das Phänomen des Massentourismus, die Dekadenz der verfaulten Bourgeoisie und das städtische Wachstum haben eine neue Situation geschaffen, haben die Kräfteverhältnisse und die sozialen Kategorien zwischen den Klassen in Spanien verändert.

Der aktive Teil der Bevölkerung des Landes umfaßt in der Gegenwart 13 Millionen Personen. Die Zahl der Lohnabhängigen stieg inzwischen auf 8 Millionen. Das industrielle Proletariat umfaßt etwa 4 Millionen. Auf dem Lande gibt es mehr als eine Million Landarbeiter und 2,5 Millionen Kleinbauern. Eine Million Arbeiter, die zum großen Teil aus der Landwirtschaft kommen, befinden sich im Ausland in der Emigration. Der Dienstleistungssektor ist enorm gewachsen und umfaßt heute mehr als vier Millionen Personen. Dieser enormen Masse von 8 Millionen Lohnabhängigen entsprechen 60 % der aktiven Bevölkerung und unter Berücksichtigung ihrer Familien stellen sie 70 % der Bevölkerung Spaniens dar.

Innerhalb dieser großen Kraft bedeuten die 4 Millionen Industriearbeiter und die 1 Million Landarbeiter die Avantgarde des Proletariats. Eine Million Arbeiter, die im Ausland sind, haben auf Grund ihrer äußersten Mobilität ebenfalls ein starkes Gewicht in den sozialen Kämpfen Spaniens.

Das industrielle Proletariat und die Massen der Lohnabhängigen überhaupt sind stark gewachsen und haben sich innerhalb der letzten Jahre in den Ballungszentren konzentriert. Madrid hat sich in eine wichtige Industriestadt verwandelt. Die Arbeiter machen 35,8 % der aktiven Bevölkerung Madrids aus, also 400 000.

Die klassischen industriellen Zonen haben sich ebenfalls stark verändert. Die Provinz Barcelona, deren Städte ihre Bevölkerung in der letzten Zeit verdoppelt und verdreifacht haben, hat 800 000 Arbeiter, was 51,5 % der aktiven Bevölkerung ausmacht. Der Arbeiteranteil in Vizcaya und Guipuzcoa beträgt 52,2 % und 51,3 % der aktiven Bevölkerung, in runden Zahlen also 200 000 und 128 000 Arbeiter. Das asturische Proletariat, das sich in den letzten Jahren aufgrund der Bergbaukrise verringert hat, hat durch die wachsende Metallindustrie wieder zugenommen und umfaßt jetzt mehr als 150 000 Arbeiter, also 35 % der aktiven Bevölkerung. Trotz seiner Beschränkungen und seiner Ungleichmäßigkeit hat der Industrialisierungsprozeß die Arbeiterbevölkerung stark anwachsen lassen in Städten wie z. B. Gijon, Vigo, El Ferrol, Valladolid, Pamplona, Vitoria usw.

Das Wachstum und die Konzentration des industriellen Proletariats und der lohnabhängigen Arbeiter im allgemeinen (besonders in der Bauindustrie und in den Dienstleistungen) erklärt die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung nach den langen Jahren des franquistischen Terrors. Ausdruck dieser Wiederbelegung war die Streikbewegung von 1962, wo über 200 000 Arbeiter die brennende Fackel der asturischen Bergarbeiter aufgenommen und gekämpft haben.

Seitdem hat das Proletariat Tag für Tag bewiesen, daß die erste Realität des Landes der Klassenkampf ist. Die ökonomische Expansion der 60er Jahre hat eine winzige Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter und der anderen Lohnabhängigen ermöglicht. Obwohl die Arbeiter stark ausgebeutet werden und nicht die geringsten demokratischen Rechte haben, haben sie es geschafft, sich zu verteidigen und konnten einen kleinen Teil der technischen Produkte, die sie selbst herstellen, für sich erwerben, teils durch Überstunden, teils durch Verschuldung. Diese winzige Verbesserung wurde vom Regime stark überbetont, wodurch Illusionen in Teilen der Lohnabhängigen geweckt wurden, insbesondere bei denjenigen, die aus der Landwirtschaft kommen und deren Lebensbedingungen dort noch wesentlich rückständiger waren.

Aber die kapitalistische Entwicklung hat neue Bedürfnisse geweckt, Bedürfnisse, die in der aktuellen inflationistischen Periode sehr schwer zu befriedigen sind. Auf der anderen Seite haben sich die Unterschiede zwischen den industrialisierten und den rückständigen Zonen, also zwischen Stadt und Land, stark vergrößert. Das hat das Gleichgewicht in jeder Beziehung gestört.

Für die Arbeiter haben sich die Arbeitsbedingungen in vielen Fällen verschlechtert: Generalisierung des Arbeitsrhythmus, Verschärfung der Disziplin, Einführung des Akkords, Disqualifizierung und skandalöse Lohnstufen. Man muß sagen, daß die Verbesserungen, die die Arbeiter in den letzten Jahren bekommen haben, nur durch einen harten Kampf und unter unvorstellbar repressiven Zuständen erreicht wurden. Man muß weiter sagen, daß diese Kämpfe von denjenigen Arbeitern geführt wurden, die schon bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erreicht hatten.

In den letzten 10 Jahren hat die Arbeiterklasse, obwohl es kein Streikrecht gibt und die faschistischen Gewerkschaften sehr flexibel in ihren polizeilichen Interventionsmethoden geworden sind, einen ständigen Druck auf die Bourgeoisie, auf die Gewerkschaften und auf die Regierung ausgeübt und zwar durch die winzige legale Möglichkeit, die sich ihnen bietet und insbesondere durch die illegale direkte Aktion. Der Klassenkampf in Spanien ist in der Gegenwart vergleichbar mit den Kämpfen in den industrialisierten Ländern, wo es das Streikrecht gibt und wo die Arbeiter legale Gewerkschaftsorganisationen und andere Kampfinstrumente haben. Die Schlußfolgerung ist ganz einfach: Die spanische Arbeiterklasse bildet eine der wichtigsten Kampffronten Westeuropas.

Natürlich haben nicht alle Konflikte und Streiks dieselbe Bedeutung. Es ist die Situation der Arbeiter selbst, die eine Mobilisierung ermöglicht und zwar für ihre kurzfristigen ökonomischen Forderungen. Aber die Natur des herrschenden Regimes und des Arbeiterrechts, das es in Spanien gibt, bringt es mit sich, daß die Forderungen bald nach dem Ausbruch der Kämpfe den ökonomischen und gewerkschaftlichen Rahmen sprengen und direkt gegen das ökonomische und soziale System sowie gegen die Diktatur gerichtet sind.

Die Forderungen, die die Arbeiter in der Streikbewegung vom Oktober 1973 bis März 1974 gestellt haben, nämlich: 40-Stunden-Woche, 3 000 Peseten Lohnerhöhung, 100 % Lohnfortzahlung bei Unfall, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, die Produktionssteuer zu Lasten der Unternehmer, 30 Tage Urlaub, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung, Amnestie für die politischen und sozialen Gefangenen, Klassengewerkschaft usw., diese Forderungen bedeuten, daß der Kampf auf ein höheres Niveau gestellt wurde und im Grunde genommen ein politischer Kampf war. Die Forderungen, die in verschiedenen Fällen von Arbeitern aufgestellt wurden, wie die Arbeiterkontrolle über den Produktionsrhythmus und die Produktionsmethoden bedeuten einen Angriff auf die kapitalistische Organisation der Produktion.

In der langen Serie der Streiks und Konflikte seit 1962 wie in Vizcaya, San Adrian, Seat, Pamplona, dem Bergarbeiterstreik in Asturien, der großen Bewegung von Euzcadi vor und nach dem Burgos-Prozeß, dem beispiellosen Streik in El Ferrol und Vigo haben große Teile der Arbeiterklasse ihre Organisationskapazität und ihren kämpferischen Geist bewiesen. Der Generalstreik in Vigo, El Ferrol und Pamplona war die spektakulärste Bestätigung der Wiederbelegung der Arbeiterbewegung. Eine Analyse seines Ausbruchs und seiner Entwicklung ermöglicht uns, eine ganz neue Strategie in den Kämpfen sich entwickeln sehen.

Das spanische Proletariat hat durch seine schwierigen Kampfbedingungen neue Kampf- und Organisationsformen entwickelt. Die wichtigsten dieser neuen Formen sind u. a. die demokratische Versammlung in der Fabrik, die Arbeiterkommissionen und das vereinheitlichte Betriebskomitee. Die demokratische Versammlung, die am Anfang nur von den fortschrittlichsten Arbeitern vorangetrieben wurde, die kein Vertrauen mehr in die Manipulierung der bürokratischen Apparate mehr hatten. Sie hat sich aber nach und nach in eine perfekte Form von gemeinsamer Front und Arbeiterdemokratie verwandelt. Im Moment ist ein Konflikt, trotz der Repressionen von Seiten der Unternehmer, der Polizei und der Gewerkschaften, undenkbar, ohne daß die Arbeiter die Ziele, die Taktik und die Kampfmittel in einer demokratischen Versammlung entscheiden, ohne daß die Arbeiter auf demokratischer Ebene in diesen Versammlungen ihre direkten Vertreter in Form einer Kommission, eines Komitees oder einer Delegation wählen. Das heutige Proletariat und vor allem sein jüngerer Teil hat, obwohl es **nicht** wie vor dem Krieg Gewerkschaften und Arbeiterzentren zur Verfügung hatte, im Kampf unter dem Franquismus gelernt, die Manipulierung zu bekämpfen und praktiziert eine neue Form von direkter Demokratie in Form der Versammlungen, der Kommissionen und der vereinheitlichten Komitees.

Wir stehen also vor einem Proletariat, das weniger politisiert ist als in den 30er Jahren, das aber anspruchsvoller die Respektierung der Basisdemokratie verlangt. Die aktuelle Bewegung der Versammlungen, Komissionen und Komitees hat ein neues Element in die Struktur der spanischen Arbeiterbewegung gebracht. Die Kommunistische Partei und andere Gruppen versuchen durch ihre verschiedenen Koordinierungsapparate diese Bewegung aufzulösen und sie in den traditionellen Gewerkschaftsapparat zu integrieren. So würden die verschiedenen Formen der Basisdemokratie, die sich im Untergrund entwickelt haben, durch die politischen Apparate neutralisiert und kanalisiert werden. Es ist unbedingt notwendig, alle Basisorgane, die bis jetzt gegründet worden sind, zu halten und zu potenzieren. Es ist notwendig, die neuen Koordinationsformen, die die Arbeiter durch ihre Interessen entwickelt haben, zu wahren. Wenn die Bedingungen es ermöglichen, wird die Organisierung eines großen Arbeiterkongresses notwendig sein, zu dem die Vertreter der demokratischen Versammlungen, Kommissionen und Komitees einberufen werden, auf dem die Erfahrungen und die Koordinationsformen der Basisorgane und ihre Beziehungen zu den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen diskutiert und analysiert werden. So ein Kongreß würde einen entscheidenden Impuls für den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung geben und in einer offensiven Situation der Massen könnte er sich in ein Netz von Arbeiterräten verwandeln.

Die Entwicklung der Kämpfe und die Zuspitzung der Klassengegensätze bedeutet nicht unbedingt, daß die Mehrheit der Arbeiter revolutionäre Positionen einnehmen und auch nicht, daß sie bereit sind, die revolutionäre Gewalt gegen den Franquismus aufzunehmen. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter setzt sich heute aus verschiedenen Aspekten zusammen. Auf der einen Seite haben sie ein sehr starkes Gefühl, zu einer stark ausgebeuteten und unterdrückten Klasse zu gehören. Dieses Gefühl ist sogar stärker als das der Arbeiterklasse verschiedener europäischer Länder. Die Klassensolidarität, die die Arbeiter ganz offen ausüben, wenn sie sich vor den Repressionen und Entlassungen anderer Arbeiter nicht beugen, die Streiksolidarität, die länger anhält als der ökonomische Streik, macht klar, daß dieses Gefühl sehr stark ist.

Aber die schwierigen Bedingungen, unter denen sich die Kämpfe entwickeln, die mörderische Gewalt der Repression, die Angst, die diese Repression auslöst, und auch die Nichtkoordination der Bewegung trägt dazu bei, daß ein bestimmter Pessimismus entsteht, nicht nur in Bezug auf die Ausrottung der Bourgeoisie, sondern auch in Bezug auf die Organisierung einer Aktion, die die Macht der Diktatur vernichten könnte.

Auf der anderen Seite stehen die Veränderungen durch die Entwicklung des Kapitalismus vor allem in den großen Städten: Der Aufbau von isolierten Arbeiterstadtteilen ohne kollektive Leistungen, mit sehr langen Anfahrwegen, der Einfluß des Fernsehens, Fußballs, Lottos usw., dies allles begünstigt die Entpolitisierung und die individualistischen Tendenzen wie die Flucht in die Familie, was in vielen Fällen das Gegenstück zu dem Kampfgeist und der kollektiven Solidarität in den Arbeiterzentren darstellt.

Aber es ist auch wahr, daß diese Veränderungen neue Probleme für die Bevölkerung gebracht haben, vor allen Dingen in den Stadtteilen, der chaotische und mittelmäßige Städtebau, das Nichtvorhandensein von ausreichend Schulen, von sanitären Anlagen, die Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelvergiftung usw. Diese neuen Probleme können ein antikapitalistisches Bewußtsein schaffen und führen zu neuen Kämpfen. Viele Beispiele in der letzten Zeit haben das bewiesen. Und daher läßt die Regierung Armas Navarra Bürgerversammlungen, die es in diesen Stadtteilen gibt, kontrollieren und hat sie in verschiedenen Fällen, wie in Valencia, auch schon auflösen lassen.

(ist noch nicht zu Ende, geht weiter!)

Genau wie in anderen Ländern hat die kapitalistische Entwicklung in Spanien Veränderungen in der sozialen Struktur der Mittelklassen hervorgerufen. Tausende von kleinen Bauern sind zugrunde gegangen und haben sich in Industriearbeiter verwandelt. Dasselbe ist bei Tausenden von kleinen Händlern und Handwerkern vor sich gegangen. Ein ähnliches Phänomen hat sich auch in den „freien Berufen" gezeigt (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten usw.). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Wissenschaftler und Techniker stark vergrößert. Es gibt gegenwärtig mehr als 200 000 Studenten an den Universitäten, gegenüber 20 000 im Jahre 1940. Die Rebellion der studentischen Jugend gegen die Diktatur ist einer der positivsten Tatbestände der letzten Jahre. Die Universität und das gesamte Erziehungssystem des Franquismus sind in einer totalen Krise. Die Studenten kämpfen nicht nur gegen das neue Erziehungsgesetz und gegen die herrschende kulturelle Rückständigkeit, sondern für die radikale und revolutionäre Umwandlung der Erziehung und der Gesellschaft. Deshalb dominieren auf den Universitäten die sozialistischen und marxistischen Konzeptionen, was nicht einmal während der 2. Republik der Fall war. Und das ist auch die Ursache, weshalb sich viele Studenten in revolutionären Gruppen organisieren.

Die Jugend an den Universitäten bildet heute eine sehr wichtige Kraft im Kampf gegen die Diktatur und für den Sozialismus. In diesem Kampf spielt aber auch ein Teil der Wissenschaftler, Techniker, Ärzte und Professoren eine wichtige Rolle. Die Kämpfe der nicht festangestellten Professoren (das sind 80 % aller Professoren) haben in der letzten Zeit eine große Rolle gespielt. Die Berufsverbände der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und Wirtschaftswissenschaftler entwickeln innerhalb ihrer demokratischen Forderungen sozialistische Vorstellungen auf dem Gesundheitswesen, in der Berufsausbildung, auf dem Gebiet des Städtebaus usw. Diese Forderungen entlarven, daß die ungleiche und chaotische kapitalistische Entwicklung, die ausschließlich profitorientiert ist, fundamentale Aspekte des menschlichen Zusammenlebens mißachtet.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat wie in den anderen Ländern eine Verringerung des Anteils der Landwirtschaft an der Ökonomie des Landes mit sich gebracht. Der Sektor der Landwirtschaft und des Fischfangs, der 1963 41,7% der aktiven Bevölkerung beschäftigt hat, umfaßt heute nur noch 28%. Das bedeutet aber nicht, daß es das zentrale Agrarproblem der 30er Jahre nicht mehr gibt. Es gibt auf dem Lande mehr als 1 Million Landarbeiter und mehr als 2 Millionen kleine Bauern, die unter unvorstellbaren Lebensbedingungen leben müssen. Die örtliche Arbeitslosigkeit existiert immer noch, so z. B. in Andalusien, Estremadura, Kastilien und Levante, Regionen, die bisher den Hauptteil der Emigranten gestellt haben. Hunderttausende von kleinen Bauern leben unter einer brutalen Ausbeutung durch kapitalistischen Unternehmen und durch den franquistischen Staat. Die Preise, die sie für ihre Produkte bekommen, sind 10mal kleiner als das, was die Konsumenten dafür bezahlen. Es gibt immer noch Großgrundbesitzer und Kleingrundbesitz, und obwohl eine bestimmte kapitalistische Entwicklung auf dem Land stattgefunden hat, wurde nicht die Struktur verändert und auch nicht die Klassenkämpfe in diesem Bereich ausgeräumt.

In der letzten Zeit gab es viele Streiks bei den Landarbeitern, vor allem im Weinbau in Cadiz und Jerez, bei den Baumwollarbeitern im Guadalquivir-Tal und ganz allgemein in den Provinzen Sevilla und Cordoba, weiter der sogenannte Milchkrieg und der Protest der Landarbeiter aus Navarra und Aragon und der Generalstreik der Fischer. Das alles beweist, daß die relative Passivität der Landarbeitermassen in den letzten Jahren verschwunden ist. Es gibt gegenwärtig auf dem Lande eine gespannte und konfliktreiche Situation, die in naher Zukunft explodieren kann und sich mit der allgemeinen Bewegung des indsutriellen Proletariats vereinigen kann. Das revolutionäre Potential der Landarbeiter ist größer, als man im allgemeinen denkt. Die abnehmende Emigration ins Ausland und in die großen Städte Spaniens — was bisher als Ventil der gespannten Situation auf dem Lande zwischen 1960 und 1973 wirkte — und die als Folge der Krise des europäischen Kapitals auftritt, wird das in naher Zukunft zeigen. Daher ist es von großer Wichtigkeit, alle Kämpfe der Landarbeiter und der Kleinbauern zu unterstützen, sowie diese Kämpfe mit den industriellen Kämpfen zu vereinigen.

Die franquistische Konterrevolution hat das autonome Regime von Katalanien und Euzcadi zerstört und hat die nationalen Bewegungen erbarmungslos verfolgt. Das beweist, daß die Bourgeoisie und die reaktionären Kasten die Selbstbestimmung der nationalen Völker Spaniens nicht dulden wollen. Es stimmt, daß die katalanische und vasquistische Bewegung dazu benutzt worden sind, von der jeweiligen Regierung Druck auf die Zentralregierung auszuüben die in der Hauptseite von den Großgrundbesitzern, der militärischen Kaste und dem Klerus bestimmt wird. Aber es ist nicht weniger wahr, daß sie sich in diesen Staat eingereiht haben und im entscheidenden Moment mit Franco vereinigt haben. Wir sind aber nicht mehr in den 30er Jahren. Die katalanische und vasquistische Bourgeoisie hat sich mit der spanischen Bourgeoisie liiert und ist gleich abhängig vom internationalen Kapital.

Die kapitalistische Gesellschaft Spaniens beutet nicht nur die Arbeiter aus, sondern sie unterdrückt die Mehrheit der Bevölkerung und diese Unterdrückung manifestiert sich auf allen Ebenen, insbesondere auf dem Gebiet der nationalen Rechte (Persönlichkeit, Sprache, Kultur usw.). In dieser Hinsicht haben die nationalen Bewegungen einen antifranquistischen und potentiell revolutionären Inhalt. Deshalb können sie eine wichtige Rolle im Kampf gegen die franquistische Diktatur und für die revolutionäre Veränderung Spaniens spielen. Heute haben die nationalen Bewegungen von Katalanien, Euzcadi und Galizien ihre soziale Basis in einem Teil der Kleinbourgeoisie, der Kleinbauern und der studentischen Jugend, sowie in bestimmten Teil der Lohnabhängigen. Aber viele Militante dieser Bewegungen scheinen verstanden zu haben, daß die einzige soziale Kraft, die den zentralistischen Staat zerstören kann, das Proletariat ist und daß ihr nationaler Kampf nur in den allgemeinen Kampf gegen die Diktatur und für den Sozialismus eingegliedert werden kann. Die Evolution mancher dieser nationalen Bewegungen zu sozialistischen Zielen hat dies bewiesen.

Die Krise des Regimes

Die Krise der franquistischen Diktatur ist in einer der wichtigsten Phasen für die Zukunft unseres Landes. Die improvisierte Regierung von Arias Navarro nach dem Attentat auf Carrero Blanco befindet sich in einem Meer von Schwierigkeiten, die sich auf allen Ebenen vergrößern. Alles war gut kalkuliert, sagte Franco, aber die tägliche Realität beweist, daß das ganze eine Fehlkalkulation war. Es ist möglich, daß Franco und seine Bande noch eine gewisse Rolle spielen. Ein Zeichen dafür ist die Versetzung des Generals Iniesta, Exdirektor der Guardia Civil, in den Ruhestand und die Entlassung des Generals Diez Alegria, Exchef des Generalstabs der Armee, was ein typisch franquistisches Spiel ist, so wie vor kurzem die Entlassung von Fernandez Miranda (Bürokrat der Phalangisten) und von Lopez Rodo (Opus dei). Aber wir haben nicht die geringsten Zweifel, daß wir vor einem Machtkampf stehen, einem Machtkampf der verschiedener Fraktionen des Regimes. Einem Kampf, in dem auch die „oppositionelle" Gruppe der Bourgeoisie versuchen wird einzugreifen, sowie bestimmte Organisationen, die sich von der Arbeiterbewegung und vom Sozialismus her erklären.

In der Erwartung des Todes von Franco hat sich das franquistische Madrid in eine Art „Schwarzen Markt" verwandelt, auf dem nur Intrigen und Komplotte geschmiedet werden. Auf der einen Seite versucht die Regierung Arias Navarra das Land mit einer falschen „Demoratisierung" zu belügen und auf der anderen Seite konspirieren die phalangistischen Bürokraten, die Messediener des Opus, die Christdemokraten, die Monarchisten verschiedener Tendenzen und die Technokraten verschiedener Farben ununterbrochen in öffentlichen Banquetten und in Sitzungen mehr oder weniger geheim.

Vor kurzer Zeit fand das sogenannte Komplott der Generäle statt. Nach Informationen aus verschiedenen Quellen haben die Generäle Garcia Rebull, Campano und Perez Vineta versucht, die führenden Generäle der verschiedenen militärischen Regionen zu mobilisieren, um die Versetzung des Generals Diez Alegria zu erwirken, um seinen Platz mit General Iniesta zu besetzen. Wie jeder weiß, ist das Komplott nur halb gelungen. Diez Alegria ist zwar versetzt worden, aber statt seiner wurde nicht Iniesta ernannt.

Etwas später das Komplott von Estoril. Am selben Tag ist die gesamte Regierung zu dem dummen Juan Carlos in den Opernpalast gegangen, um ihn zu beglückwünschen. Gleichzeitig sind mehr als 400 Persönlichkeiten nach Lissabon gefahren, um von Don Juan eine Erklärung gegen Franco und gegen die Nachfolgeregelung zu erwirken. Unter diesen Persönlichkeiten waren auch manche, die sich als Sozialisten bezeichnen, und manche, die sich für Kommunisten halten. Aber einmal mehr hat Don Juan, der in einem von Franco finanzierten halbgoldenen Exil lebt, seine Anhänger enttäuscht. Er sagte, er habe noch nie konspiriert, und erklärte, daß das Verhältnis zu seinem Sohn sehr gut sei, aber auch, daß er eines Tages, wenn es sein Pflichtbewußtsein von ihm fordere, eine andere Position beziehen würde. Trotz dem relativen Mißerfolg der beiden Komplotte haben sie uns dennoch viel gezeigt. Die Nachfolgeregelung ist seit dem Attentat auf Carrero Blanco bankrott. Die sogenannte politische Klasse agitiert und bekämpft sich gegenseitig.

Der Einfluß der Entwicklung in Portugal in unserem Land hat die KLasse in große Verwirrung gebracht. Für manchen der Generäle wie Iniesta und Campano, der Phalangisten wie Giron und Fernandez Cuesta, reaktionäre Katholiken wie Fernandez de la Mora und Lopez Rodo ist das Problem sehr einfach. Es handelt sich darum, die sogenannte „Demokratisierung" zu verhindern und eine gewisse portugiesische Ansteckung zu vermeiden. Für wieder andere, die auch in der Regierung Arias zu finden sind, und für Leute der legalen „Opposition" ist diese „Demokratisierung" notwendig, um die Unzufriedenheit zu kanalisieren, ist es notwendig, eine gewisse kontrollierte politische Aktivität zu erlauben, um größere Schäden zu verhindern. Es gibt noch einige, die zum ersten Mal eine effektive „Demokratisierung" befürworten, bestimmte politische Parteien dulden würden, um eine Mauer vor die Massenbewegung zu bauen, die sie in den Kämpfen der Arbeiterklasse, Bauern, Studenten und der nationalen Bewegung verkörpert sieht. Die Presse, die in der letzten Zeit weniger zensiert wird, bringt diese Versuche an die Öffentlichkeit und erwirkt damit die Politisierung großer Teile der Bevölkerung.

Unter diesen Bedingungen, nämlich den Schwierigkeiten der Diktatur, des Großkapitals und der reaktionären Kasten, sowie den Kämpfen der Arbeiter und anderer ausgebeuteter und unterdrückter Sektoren entstehen große Strömungen von Vertrauen und Optimismus, die von Tag zu Tag anwachsen und die Möglichkeiten aufzeigen, die bisher noch nicht vorhanden waren. Das Bewußtsein, daß das Regime nicht unantastbar ist, und daß seine Verwandlung in eine ultrareaktionäre Monarchie der schlechteste Ausweg wäre, daß die herrschenden Kräfte besiegt werden können und daß eine revolutionäre Umwandlung des Landes und der Gesellschaft, die Ausrottung der Tyrannei möglich ist, dieses Bewußtsein wird von Tag zu Tag größer. Der Sieg der Massen über die rechten Kräfte in Portugal hat die herrschende Klasse in Spanien noch mehr verunsichert und gleichzeitig mehr Begeisterung und mehr Kampfbereitschaft unter den Arbeitern hervorgerufen.

Das beste Beispiel sind die Kämpfe, die vor kurzem in Spanien ausgebrochen sind, besonders in Pamplona, el Bajo Llobregat und Euzcadi, wo die mutigen Arbeiter von „Authi", von „Elsa" und von den Werken von Tolosa, um nur die wichtigsten zu nennen, sehr breite Solidaritätsbewegungen hervorgerufen haben. Das beste Beispiel sind die Kämpfe, die sich heute in den Fass-Renault-Werken in Valladolid und Sevilla, bei Bosch in Madrid, bei Seat-Fiat in Barcelona, bei ISA in Sevilla und NICAS in Valladolid usw. entwickeln.

Diese Kämpfe werden sich in den nächsten Monaten steigern. Die politischen Schwierigkeiten des Regimes treffen mit den ökonomischen Schwierigkeiten der Bourgeoisie zusammen. Die Stabilisierungsmaßnahmen gegen den inflationären Prozeß und gegen die radikalen Preiserhöhungen haben keine Wirkung gehabt. Die ökonomische Aktivität verringert sich auf allen Sektoren. Der Tourismus ist stark zurückgegangen, sowie die Investitionsbereitschaft der Kapitalisten im In- und Ausland. Die kapitalistische Krise hat die Wirkungen, die man erwartet hat.

Das Informationsministerium hat die Presse beauftragt, jeden Tag der Bevölkerung zu verkünden, daß das institutionelle System funktioniert und das spanische Volk erwachsen geworden sei. Damit versuchen sie die Kämpfe zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie und des Regimes zu vertuschen und ignorieren gleichzeitig, wie gleichgültig sich die Massen gegenüber diesen politischen Spielchen verhalten. Alle versuchen zu beruhigen, weil sie beunruhigt sind. Es gibt keine Stabilität und keine Stabilisierungsperspektiven, nirgendwo und auf keiner Ebene. Franco hat wieder seine Funktionen übernommen. Wie lange noch? Es gibt keine Prinzen und Könige, die man beliebig hin und herschieben kann. Die Monarchie, verkörpert in Juan Carlos als ein Produkt des omnipotenten Willens Francos, als ein Produkt des verfaulten Kompromisses zwischen den herrschenden Klassen des Regimes und der nationalen Bourgeoisie wird die spektakulärste Abtreibung der politischen Geschichte Spaniens werden. Auch wenn bestimmte „Oppositionskräfte" sich vor der Monarchie beugen, werden die lebendigen Kräfte des Landes, das Proletariat, die linken Intellektuellen, die revolutionäre Jugend, die Monarchie von Anfang an bekämpfen als einen Versuch, den Franquismus fortzusetzen.

Die internationale Situation ist ebenfalls sehr ungünstig für die Diktatur und für die herrschenden Klassen. Der Sturz Nixons hat den politischen Kredit des Yankee-Imperialismus geschwächt, der die hauptsächliche Stütze der Diktatur ist. Hinter der Frontlinie der spanischen Diktatur schwächt der revolutionäre Prozeß in Portugal die Basis des Regimes. Der Sturz der griechischen Generäle und die Yankee-Politik im Mittelmeer haben eine ganz neue Situation in Südeuropa geschaffen. Die Winde von Portugal und Griechenland kommen über unsere Küsten und Berge. Das „andere Spanien" von Fraga wollte keine chronische Ausnahme sein, es wollte kämpfen, es wollte sich befreien von der Kette von mehr als 30 Jahren Tyrannei und Totalitarismus.

Wir revolutionären Marxisten glauben, daß der Kampf für die demokratischen Rechte in der aktuellen Phase der Krise und der Dekadenz der Diktatur eine unserer wichtigsten Aufgaben ist. Aber unser Ziel ist nicht die Restaurierung der bürgerlichen Demokratie oder die Kontinuität des Staates, wie es die sog. Junta democratica von Calvo Serer-Carillo es fordert, sondern im Gegenteil die Ausrottung des totalitären Staates, der vom Franquismus aufgebaut worden ist, die Realisierung der notwendigen sozialen und ökonomischen Veränderung, die das Land braucht, um die Perspektiven zu öfffnen, die eine freiheitliche sozialistische Republik ermöglichen.

Lucha Obrera



Liebe Genoss-inn-en! Wenn Ihr mal einen Artikel schreibt, dann schickt möglichst auch dazu passende Bilder mit; denn sonst werden die Seiten so eintönig wie diese hier!

Eure WWA

Ford-Arbeiter verschenkt 18000 DM!

Nicht nur Alfred B. aus Köln-Weidenpesch, sondern jeder der mehr als 54 000 Fordarbeiter und -angestellten hat seiner Firma im vergangenen Jahr knapp 18 000 DM geschenkt. Das hat sich jetzt beim Jahresabschluß der Fordwerke AG für das Geschäftsjahr 1973 herausgestellt. Aufgrund des darin zugegebenen Profits in Höhe von allein 225 Millionen Mark und den nicht direkt aufgeführten, aber aus anderen Angaben des Geschäftsberichts entnehmbaren Gewinnanteilen haben Vertrauensleute der Firma Ford dies errechnet. Denn für fast 18.000 Mark hat jeder Fordler mehr hergestellt, als er nach Abzug der sonstigen Kosten an Lohn oder Gehalt mit nach Hause nehmen konnte.

In der offiziellen Gewinn- und Verlustrechnung sind 255,5 Millionen als Gewinn ausgewiesen. Auf die 54 188 Lohnabhängigen bei Ford aufgeteilt, heißt das: allein nach den offiziellen Angaben hat schon jeder einzelne den Aktionären 4.714 Mark angeschafft. Das sind ein Vierteljahr harte Arbeit – umsonst, unentgeltlich. Hauptverdiener und Hauptaktionär ist Henry Ford II mit seiner Ford Motor Company in Dearbom, Michigan, USA. Er ganz allein bekommt 251,5 Millionen.

Aber das ist nicht der Gesamtgewinn. Ein großer Teil wird nicht ausgeschüttet, sondern wieder investiert. Das mag zwar notwendig sein, aber die angeschafften, erneuerten und erweiterten Produktionsanlagen gehören nicht den Arbeitern und Angestellten. Deshalb ist auch dieser Teil des Gewinns „verschenkt".

Der Gesamtgewinn der Ford Werke AG beträgt 1973 ganze 965 Millionen. Also fast eine Milliarde Mark = 1.000.000.000 DM. Damit man sich beseser vorstellen kann, um was für eine Menge Geld es sich hier handelt: Teilt man den Gesamtgewinn von 965 Millionen auf Groß-Köln auf – die Eingemeindungen schon vorweggenommen –, so könnte jeder Bürger der Millionenstadt vom Säugling bis zum Bewohner der Riehler Heimstätten, allein aus dem Gewinn der Firma Ford 1973 ein Weihnachtsgeld von 965 DM erhalten!

Wenn man allerdings das Geld nicht einzeln verteilen, also privatisieren wollte, dann könnte man eine Menge Phantasie entwickeln, was alles in einer Stadt wie Köln damit zu machen wäre: an öffentlichen, allen zugänglichen Gemeinschaftseinrichtungen, damit alle etwas davon haben und nicht nur ein seniler Multimillionär in den USA.

Auf diese Summe kommt man, wenn man die einzelnen Posten der Bilanz genauer abklopft und die darin enthaltenen Gewinnanteile zu dem ausgewiesenen Bilanzgewinn hinzuzählt. Das sieht dann so aus:

Bilanzgewinn
1. Gewinnanteil der Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge
2. Unterbewertung der Lagerbestände
3. Überhöhte Abschreibungen
4. Gewinnanteil der sonstigen Aufwendungen
5. Nicht ausgezahlte Aufwendungen für Altersunterstützung

255,5 Mio.
3,3 Mio.
98,8 Mio.
164,5 Mio.
417,7 Mio.
25,4 Mio.

965,2 Mio.

Zu 1: Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge: Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder erhielten 1973 zusammen mehr als 3,5 Millionen, genau 3.577.014 DM. Setzt man für jedes der acht Vorstandsmitglieder ein normales Angestelltengehalt von 25.000 DM an und für die sieben Aufsichtsratsmitglieder eine „angemessene Aufwandsentschädigung" in Höhe von 1.000 DM, dann bleiben noch 3,37 Millionen Gewinn übrig, die in der Bilanz als „Kosten" verbucht sind.

Zu 2: Unterbewertung der Bestände (Vorräte): Für die Berechnung der 1973 geschaffenen Werte werden die Verkaufserlöse, der „Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen" und die „aktivierten Eigenleistungen" zusammengezählt. Die Fordarbeiter haben ja nicht nur die verkauften Autos hergestellt, sondern auch die, die am 31. Dezember auf Halde lagern. Das sind Ende 1973 immerhin 23 000 Wagen mehr als am 1. Januar des Jahres. Der Wert dieser Vorratszunahme wird mit 132 Millionen angegeben. Pro Wagen würde das nur 5.740 DM bedeuten, der Wert der gelagerten Einzelteile noch nicht gerechnet!

Ähnlich unterbewertet werden die „aktivierten Eigenleistungen". Das sind die Tätigkeiten und Produkte, die nicht verkauft, sondern für den eigenen Produktionsprozeß im Werk verwandt werden; im Geschäftsbericht sind sie mit nur 65,5 Millionen angegeben.

Der Grund für diese ganzen Unterbewertungen: Ford hat laut Eigenbericht bei den Bewertungen wegen niedriger Marktpreise, mangelnder Verwendbarkeit und auslaufender Modelle „angemessene Abschläge" vorgenommen. In Wirklichkeit sind die Vorräte und Eigenleistungen etwa die Hälfte mehr wert als angegeben. Entsprechend muß man diesen Wert – rund 98,8 Millionen – dem Gewinn zurechnen.

Zu 3: Überhöhte Abschreibungen: Bei Gebäuden, der Geschäftsausstattung und den Fabrikationsanlagen werden jährlich Abschreibungen vorgenommen. Abschreibungen sind für die Unternehmer Ausgaben. Sie sollen für die Kostenrechnung die durch Abnutzung eingetretenen Wertminderungen angeben. Steuerrechtlich sind aber Abschreibungswerte über die tatsächliche Abnutzung hinaus zulässig. Würden die steuerlichen Abschreibungssätze der wirklichen Abnutzung entsprechen, wären die Sachanlagen bei Ford im Wert von 1,4 Milliarden bei einer jährlichen Abschreibung von 329 Millionen (so 1973) bereits nach viereinhalb Jahren abgenutzt und, wie das Steuerrecht vortäuscht, damit verbraucht, wertlos.

Die Produktionsanlagen sind aber in Wirklichkeit nicht viereinhalb Jahre, sondern mindestens doppelt so lange in Betrieb. Akzeptiert man deshalb nicht die steuerlichen Abschreibungswerte, sondern nur die halb so große, wirkliche Abnutzung in einem Jahr als Ausgabe, so verringert sich der Posten „Abschreibung/Abnutzung" um die Hälfte; der Gewinn nimmt um 164,5 Millionen zu.

Zu 4: Gewinne im Posten „Sonstige Aufwendungen": 556,9 Millionen verbucht Fort in der Spalte „Sonstige Aufwendungen". Das entspricht einem Drittel der gesamten Personalausgaben! Dieser Posten enthält eine Reihe von notwendigen Ausgaben, zum Beispiel die Organisierung des Vertriebs, Transportkosten, Versicherungsgebühren, in gewissem Umfang auch Entwicklung und Forschung. Er enthält aber auch persönliche Zuwendungen wie Dienstwagen, Villen, Repräsentationsausgaben, Bestechungsgelder, Parteizuwendungen oder Wahlgeschenke und Mitgliedsbeiträge an Unternehmerverbände – was alles weder für die Produktion noch für den Absatz von wirklicher Bedeutung ist. Deshalb können davon bestenfalls ein Viertel als notwendige Unkosten und Ausgaben gelten. Dreiviertel sind dem Gewinn zuzurechnen: das sind 417,7 Millionen.

Zu 5: Altersversorgung: von den mit 49,3 Millionen angegebenen Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sind nur 23,9 Millionen im Jahre 1973 ausgezahlt worden. Da bleibt ein Rest von 25,4 Millionen als unversteuerter Gewinn in der Kasse liegen.

Zusammengezählt sind das 965 Millionen Mark Gesamtgewinn für 1973. Teilt man diesen Profit durch die Zahl aller Beschäftigten (54,188), dann weiß jeder einzelne Fordler, was er neben seinem Lohn noch erarbeitet und dann doch nicht bekommen hat: 17.808 DM.

Dieser Artikel stammt aus dem „Kölner Stadtanzeiger Bürgerinitiativen informieren" von dessen erster Ausgabe innerhalb weniger Tage bereits über 3000 Stück verkauft wurden.

Arbeitskampf bei VILLEROY & BOCH

... und das Problem der Intervention „von außen"

Folgender Bericht wurde von Genossen geschrieben, die nicht in dem betreffenden Betrieb arbeiten und auch bis vor kurzem keinerlei Aktivitäten in Bezug auf diesen Betrieb entwickelt hatten. Wir machen seit Jahren Betriebszeitungen für zwei saarländische Großbetriebe, aber auch die als externe. Wir kennen seit längerer Zeit einen der Facharbeiter bei V & B Wadgassen, der auch das erste Flugblatt in Zusammenhang mit dem Streik verfaßte.

Der Betrieb

V & B ist eines der größten Unternehmen im Saarland, trotzdem ein typischer Familienbetrieb. In dem Konzern werden Keramik- und Glaswaren produziert. Die Glashütte in Wadgassen – einer der Betriebe – beschäftigt z. Zt. etwa 800 Leute. Davon sind ca. 150 Ausländer, vor allem Portugiesen. Die Produktion ist – wie in anderen Glashütten auch – auf einem ziemlich niedrigen Stand der Automation. Das hat zur Folge, daß die Glasbläser die qualifiziertesten Arbeiter des Betriebes sind. Deshalb betrachten die sich als für den Betrieb unersetzbar, was sich auch im Verlauf des Arbeitskampfes ausdrückt: „Wenn die unseren Forderungen nicht nachkommen, dann gehn wir halt. Die können ohne uns nix machen." Dabei übersehen die Arbeiter, daß sie nach einer Kündigung im Saarland keine gleichwertige Arbeitsstelle finden können.

Die Situation vor dem Streik

Die Gewerkschaft Papier-Chemie-Keramik hat gerade ihre Lohnforderungen für die letzte Tarifrunde angemeldet: 15 % mehr Lohn für die saarländischen Betriebe von V & B. In dieser Situation greift V & B zu einem einfachen, aber wirksamen Mittel, mit dem seit Jahren die Löhne auf einem gleich niedrigen Stad (DM 1.000–1.200) gehalten werden: Vor den Tarifverhandlungen werden massive Lohnkürzungen durchgeführt, indem man bei den Akkordarbeitern die Vorgabezeiten kürzt. Da die Kollegen nach den alten Vorgabezeiten weiter arbeiten, haben sie am Ende des Monats bis zu DM 150 weniger in der Lohntüte.

Damit hat die Werksleitung die Kollegen doppelt übers Ohr gehauen: 1. braucht sie nach dem Tarifabschluß im September nicht mehr Lohn zu zahlen als beispielsweise im Mai und 2. nimmt sie vor den Tarifverhandlungen Lohnkürzungen vor. Da sich die neuen Vorgabezeiten nicht einhalten lassen – eine Tatsache, die allen klar ist – würde das bedeuten, daß die Kollegen nach dem Tarifabschluß weniger verdienen würden als vor der Lohnerhöhung.

Dieses Spielchen treibt V & B schon seit Jahren mit Erfolg. Zwar haben die Kollegen oft gemeckert, aber sie haben sich nie zur Wehr gesetzt. Diesmal aber passiert etwas, womit V & B nicht gerechnet haben.

Der Streik

In dieser Situation kommt das erste Flugblatt heraus, das eine enorme Wirkung hat: Die Kollegen diskutieren darüber. Einige hängen es an ihre Maschinen. Am gleichen Tag ruft einer der Kollegen bei der Kontaktadresse des Flugblattes an und meint, daß am nächsten Tag im Betrieb etwas passieren wird.



Am kommenden Tag verteilen die Hüttenmeister wie üblich nach der Frühstückspause die Lohnzettel. Die Kollegen von den Pressen (dort werden die Einzelteile von Gläsern zusammengepreßt) müssen feststellen, daß DM 100–150 weniger gezahlt werden. Sie beginnen mit den Hüttenmeistern zu diskutieren. Als diese sagen, daß habe alles seine Richtigkeit, werden die Kollegen sauer. Erst wollen alle nach Hause gehen, aber dann versammeln sich doch 50 Kollegen auf dem Hof. Sie wollen beraten, was zu tun sei.

Doch zu den Beratungen kommt es erst gar nicht, denn sofort taucht der Direktor auf: „Was Ihr hier macht, ist ungesetzlich. Ich hätte die Polizei rufen können, aber ich habe es nicht gemacht." Und weiter: „Ich gebe Ihnen eine halbe Stunde Zeit. Bis dahin können Sie eine Verhandlungsdelegation bilden, aber nicht mehr als 5 Mann! Und wenn Sie danach die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, können Sie sich als entlassen betrachten. Dann können Sie alle zwei Wochen im Büro anfragen, ob wir Sie wieder einstellen wollen!"

Beratungen der Kollegen

Anfangs wollen die Kollegen von Verhandlungen überhaupt nichts wissen. Wozu verhandeln, schließlich geht es nur darum, die Vorgabezeiten wieder auf den alten Stand zu bringen – und damit basta! Die Kollegen diskutieren. Und das dauert länger als die vom Direktor allergnädigst zugestandene halbe Stunde. Schließlich einigt man sich darauf, eine Delegation zu bilden. Aber nicht nur aus 5 Mann! Sie besteht aus 12 Kollegen, nämlich 2 pro Presse. Und außerdem soll nur gefordert werden, daß der alte Zustand wieder hergestellt wird.

Die Verhandlungen

Die Verhandlungen beginnen in der gleichen Woche und dauern länger als eine Woche. Am ersten Tag stehen der Delegation neben dem Direktor auch ein Gewerkschaftsfunktionär gegenüber. Er verurteilt die Aktion und versucht die Kollegen dadurch zu beschwichtigen, daß er ihnen den 12 % Tarifabschluß mitteilt. Das kommt für die Kollegen völlig überraschend, da es vorher keine Informationen über die Tarifverhandlungen gab.

→ geht noch weiter →

Der Direktor macht das Angebot, die Löhne der Kollegen von den Pressen um ca. 15 % zusätzlich aufzustocken.

Die Kollegen sehen darin einen Erfolg und kommen davon ab, weiterhin zu fordern, die Kürzung der Vorgabezeiten rückgängig zu machen. Sie gehen jedoch nicht sofort auf das Angebot des Direktors ein, sondern beraten weiterhin untereinander. Ein paar Tage später bietet der Direktor an, die Verkürzung der Vorgabezeiten um ca. 1 % zurückzunehmen. Die Kollegen gehen auf dieses erweiterte Angebot des Direktors ein.

Die erste Betriebszeitung

In Zusammenarbeit mit dem anfangs erwähnten Kollegen wird von uns die erste Betriebszeitung konzipiert. Der Entwurf wird mit einigen Kollegen diskutiert. Sie finden es gut, eine Zeitung zu machen und vor dem Betrieb zu verteilen. Die erste Nummer erscheint nach Abschluß der Verhandlungen.

Die Kollegen sind den Verteilern gegenüber sehr freundlich. Bemerkungen wie „Na endlich die richtige Betriebszeitung" sind häufig. Ganz anders der Pförtner: War er noch beim Flugblattverteilen vor dem Streik recht nett und meinte, wir sollten auch am 2. Eingang verteilen, so motzt er uns diesmal ziemlich an.

Um 5.10 Uhr erscheint der Direktor persönlich und droht uns mit der Polizei. Doch diesmal ruft er sie noch nicht. Klar ist, daß die Geschäftsleitung total verunsichert ist. Sie weiß nicht, wer hinter der Zeitung steht. Der Direktor verteilt am gleichen Tag ein handgeschriebenes Flugblatt im Betrieb, in dem er „seine Arbeiter" vor den „bösen kommunistischen Studenten" warnt.

Die zweite Betriebszeitung

In der ersten Betriebszeitung versuchten wir, die Kollegen vor möglichen Repressalien der Betriebsleitung – z. B. Entlassungen – zu warnen. Die zweite Betriebszeitung entsteht aufgrund der Tatsache, daß Entlassungen erfolgten. Wir zitieren aus der zweiten Nummer:

„Nach dem Streik haben wir in der September-Ausgabe der „Arbeitersolidarität" geschrieben: ‚V & B wird in naher Zukunft versuchen, diejenigen Kollegen, die ihnen die Niederlage verschafft haben, zu bestrafen. Durch Entlassung oder Versetzung an einen schlechteren Arbeitsplatz. Dabei werden sie aber nicht so plump vorgehen wie vor dem Streik. Dafür haben sie zuviel Angst, daß wieder gestreikt wird. Aber mit einem Vorwand, z. B.: . . . ist zu oft zu spät gekommen . . . hat zu oft Bier getrunken. Und wenn der Vorwand noch so scheinheilig und an den Haaren herbeigezogen ist, Hauptsache, alle verstehen: Wer streikt, wird bestraft. Wir müssen also aufpassen, daß der Erfolg nicht durch die Hintertür wieder zunichte gemacht wird.'

Und so geschah es auch. In Wadgassen haben in den letzten Tagen 20 Kollegen die Papiere erhalten. Aber was hat denn das mit dem Streik zu tun, könnte jetzt jemand fragen, bis auf zwei Kollegen hat doch von denen niemand mitgestreikt. Richtig. Aber: Bei Entlassungen werden immer zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Erstens wird rationalisiert – mit anderen Worten: Leute fliegen raus – und das Werk spart dadurch Löhne ein, verlangt aber von den übrigen Kollegen die Gesamtleistung wie vorher. Und zweitens: Die verbleibenden Kollegen sollen wieder Angst um ihren Arbeitsplatz bekommen. Sie sollen sich sagen: Morgen könntest du an die Reihe kommen. Und sie sollen sich wieder ducken und mehr arbeiten.

Hier lag das Dilemma der Werksleitung: Entlassen werden mußte – damit wieder Zucht in den Laden kommt, wie sie sagen. Aber an die Kollegen, die gestreikt haben, trauen sie sich nicht ran. Also hat man einfach ein paar „Unschuldige" entlassen. Man schlägt den Sack – und meint den Esel!"

Als wir die zweite Zeitung verteilen, macht Direktor S. ernst: Nicht nur, daß er uns gehörig anmotzt (einen der Verteiler kennt er sogar beim Namen), er ruft die Bullen. Und die kommen auch.

Und die Verteiler verhalten sich genau so, wie es der Direktor erhofft: Sie lassen sich schon beim Auftauchen des Streifenwagens einschüchtern und versuchen, sich aus dem Staub zu machen. Die Zeitung wird vorläufig beschlagnahmt, im Laufe des Vormittags rücken die Bullen sie allerdings wieder raus – mit der Auflage, sie nicht weiter zu verteilen. Das Verteilen ist nach ihren Worten ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Beim Verteilen könnten schließlich ein paar Arbeiter stehen bleiben, und das sei dann eine „illegale Versammlung".

Trotzdem wird nach der Schicht die Zeitung an die Kollegen, die morgens keine bekommen haben, verteilt. Der Direktor beläßt es diesmal dabei, uns zu beobachten.

Wie soll's weitergehen?

V & B's Angstmacherei hat im Moment Erfolg: Die Kollegen im Betrieb haben Schiß. Das bedeutet für uns: nicht mehr einfach vor's Betriebstor gehen und mit den Kollegen reden können. Das ist vor allem deshalb unmöglich, weil der Direktor bei unserem Erscheinen sofort am Betriebstor auftaucht. Die Gefahr für die Kollegen ist daher zu groß. Der Kollege, der von Anfang an mit uns Kontakt hatte, gehört zu den Entlassenen.

Auch die Kollegen, die wir während des Arbeitskampfs kennenlernten, die uns Informationen lieferten und die Zeitung gut fanden, verhalten sich uns gegenüber jetzt anders. Sie sperren sich sofort, wenn wir nach ihrer Adresse fragen bzw. wenn wir mit ihnen einen Treffpunkt ausmachen wollen. Das ist aber ein Problem, das sich Externen auch in Zeiten des „Betriebsfriedens" stellen kann.

Was es heißt, als Externer zum Betrieb zu kommen, wird daran deutlich, daß wir sowohl während des Arbeitskampfs als auch nachher nicht klarmachen konnten, warum wir überhaupt Flugblätter verteilen – warum wir uns als Studenten um die Probleme im Betrieb kümmern. Dazu kommt noch, daß einige der Kollegen meinen, wir seien irgendeine Organisation, die versucht, sie für ihre Zwecke einzuspannen.

Außerdem wird uns im Gespräch mit den Kollegen klar, daß wir zu wenig über die Produktion in einer Glashütte wissen. Auch haben wir nach wie vor nur Kontakt zu den Kollegen, die an den Pressen arbeiten und gestreikt haben. Es fehlt der Kontakt zu Kollegen an anderen Arbeitsplätzen, zu den Portugiesen, zu den Frauen im Betrieb.

Unser nächstes Ziel ist es, mit den Kollegen, die wir kennen, ein gemeinsames Treffen zu arrangieren. Dort soll diskutiert werden, ob und wie wir gemeinsam weiterarbeiten können.

Genossen aus dem Saarland

CHILESOLIDARITÄT IN DER PROVINZ

Spontane Demonstration durch die Stadt Miltenberg nach dem Polizeieinsatz



Erfahrungsbericht des Chile-Komitees Wertheim:

Nicht nur die Stadt-Spontis haben eine Chile-Woche durchgeführt, sondern auch das Chile-Komitee Wertheim (liegt zwischen Würzburg und Frankfurt a. M.). Trotz vieler Schwierigkeiten (Leute zur Mitarbeit gewinnen, Entfernungen, stockreaktionäre Umgebung mit Dörfern, die so schwarz sind, daß man nur mit Aufblendlicht durchfahren kann usw.) hat das Komitee in der Zeit vom 24. 8.–8. 9. 1974 DM 580 für Chile gesammelt und eine Chile-Solidaritätsrockfete mit 250 Jugendlichen veranstaltet.

Leider ging die politische Arbeit nicht so glatt über die Bühne. Neben den vielen Anpöbelungen von Faschisten und Nichtinformierten bekamen wir von Seiten der Polizei eine Anzeige mit den Anklagepunkten: Verstoß gegen das Versammlungsrecht, Durchführung einer unerlaubten Demonstration und Verweigerung der Personalien. Diese Anklagepunkte sind von A bis Z gelogen und frei erfunden. In Wirklichkeit hat sich die Sache wie folgt abgespielt:

Am 1. September fuhren wir (das Chile-Komitee) nach Miltenberg am Main, um dort Flugblätter mit einem Spendenaufruf für Chile zu verteilen. Dadurch, daß gerade an diesem Tag Messe stattfand, war es möglich viele Leute zu erreichen. Nur die Messeleitung hatte etwas gegen uns, da wir nicht in das Bild von Jubel-Trubel-Heiterkeit paßten und so das Messebild (Profitmachen) störten. Sie verständigte die Polizei, die kurz darauf mit zwei Streifenwagen mit Blaulicht anrückte. Man warf uns vor, eine nicht angemeldete Sammlung durchzuführen. In Wirklichkeit riefen wir aber nur durch das Verteilen von Flugblättern zum Spenden auf und hatten, um im Menschenstrom nicht unterzugehen, unsere große Chile-Fahne ausgebreitet, wohinein einige Passanten eine Spende gelegt hatten.

Inzwischen war der ganze Platz voller Schaulustiger, die mit Zurufen wie „Habt ihr die Gummiknüppel nicht dabei" oder „Stellt sie an die Wand", „Werft sie in den Main" versuchten, die Polizisten gegen uns aufzuhetzen. Durch unsere Diskussion und das allgemeine Durcheinander war der Oberbulle so verunsichert, daß er versuchte, einfach einen von uns mitzunehmen. Um das Herausgreifen eines einzelnen, der dann zum Verantwortlichen erklärt werden sollte (alte Rädelsführertheorie), zu verhindern, erklärten wir uns bereit, alle aufs Revier mitzugehen, um unsere Personalien feststellen zu lassen. Die Chile-Fahne in unserer Mitte zogen wir los. Der Oberbulle verbot uns, die Fahne ausgebreitet zu lassen und zerrte wie wild (Wutausbrüche) an ihr. Wir aber hielten am anderen Ende fest und erklärten, daß er kein Recht habe, dies zu verlangen und bestanden auf unserem Recht auf freie Meinungsäußerung.

Bei dieser Rangelei schaltete sich ein Passant in die ‚Diskussion' ein: der urige Bayer in Trachtenanzug und mit Bierbauch sagte: „Wer verbietet denn, daß ihr die Fahne offen tragen?" – der Innenminister Merk, dieses Arschloch, der hat es doch hier!" (und machte einen Autofahrergruß). Noch ein weiterer Urbayer trat für uns ein und bekam dafür von einem Polizisten einen Leberhaken. Wir zogen dann einfach los und die Polizei mußte uns mit Blaulicht und Martinshorn überholen, weil der Verkehr zusammenbrach. Die ‚Grünen' verzogen sich aber bald, da der stadtbekannte Oberbulle es sich nicht erlauben konnte, in solcher Begleitung gesehen zu werden. Sein Kopf leuchtete so rot aus dem Auto, daß sie das Blaulicht hätten sparen können. Durch diese Spontandemo durch die Stadt fielen wir stark auf. Allerdings waren wir nicht in der Lage, über die Fahne hinaus unsere Absicht (Beharren auf dem Recht der freien Meinungsäußerung) mitzuteilen.

Am Bullenrevier angekommen, schossen nicht nur wir ein Gruppenfoto, sondern auch die Polizei wollte uns aktenkundlich machen. Aber außer Haaren wurde da nichts draus, weil wir darauf vorbereitet waren. Unser Anklagepunkt lautete: Verstoß gegen das Sammlungsgesetz durch Durchführung einer nicht genehmigten Sammlung. Nach der Personalienangabe zogen wir in die nächste Kneipe und schlotzten einen Gerstensaft.

Eine Woche später wurde ein Mitglied es Chile-Kometees angerufen und den Eltern mitgeteilt, das Mädchen habe eine strafbare Handlung begangen, indem es in eine Wirtschaft (!) gegangen sei, obwohl sie noch keine 18 Jahre sei, und indem sie ihre Personalien unvollständig angegeben habe. Durch Repression, Verängstigung der Eltern durch Fehlinformation wollte die Kripo die Mitglieder einschüchtern.

Im Oktober wurde der Vater eines Mitglieds im Betrieb angerufen, daß sein Sohn bei der Kripo vorgeladen sei und sich als Verantwortlicher zu verantworten habe. Zu dem Termin am 7.10.1974 rückten wir alle im Revier an. Der Kripobulle flippte angesichts unserer Solidarität aus, brüllte rum und schlug einem Chile-Komiteemitglied zwei in die Rippen. Als dieser daraufhin Anzeige wegen „Tätlichkeit im Amt" erstatten wollte, verweigerten die umstehenden Polizisten die Annahme. Der Kripobulle beruhigte sich, als unsere Forderung – zu erfahren, weshalb einer und nicht alle und weshalb wir überhaupt hierher bestellt seien – von den anderen Bullen als legitim erachtet wurde.

Als die Anklagepunkte verlesen wurden, brach ein Gelächter über die Rechtsverdrehung los. Vielen von uns wurde spätestens hier bewußt, daß wir es mit einer Klassenjustiz zu tun hatten. Die Ankündigung, die Eltern und die Schule zu informieren, lassen weitere Repressionen erwarten. Inzwischen wurde Kontakt zur RH/SH in Würzburg aufgenommen. Das Komitee braucht Geld für den zu erwartenden Prozeß: Postscheckkonto Karlsruhe 15 09 40 758 (A. Herrenknecht).

Venceremos!
Chile Socialista!

(Aus: Info Berliner Undogmatische Gruppen)